



# Vermögensbildung

unter neuen Rahmenbedingungen



Deutsches Institut für Altersvorsorge



## **Impressum**

Herausgeber:

Deutsches Institut für Altersvorsorge GmbH, Köln, (Eigenverlag),  
Hohenstaufenring 29 – 37, 50674 Köln,  
Telefon (02 21) 92 39 4–0  
Telefax (02 21) 92 39 4–9  
[www.dia-vorsorge.de](http://www.dia-vorsorge.de)  
E-Mail: [dia@cologne.net](mailto:dia@cologne.net)

Autoren: Dr. Reiner Braun  
Prof. Dr. Meinhard Miegel  
Ulrich Pfeiffer

Copyright © 2000, Deutsches Institut für Altersvorsorge GmbH, Köln

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in EDV-Anlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwendung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder Teile davon ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des deutschen Urheberrechtsgesetzes in der jeweils gültigen Fassung zulässig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechtsgesetzes.

Gestaltung + Produktion: TZ-marketing · Köln · [www.tz-marketing.com](http://www.tz-marketing.com)

Die Broschüre kann kostenlos beim Herausgeber per Fax (02 21) 92 39 4–9  
oder unter [www.dia-vorsorge.de](http://www.dia-vorsorge.de) bezogen werden.

Deutsches Institut für Altersvorsorge (Hrsg),  
Vermögensbildung unter neuen Rahmenbedingungen  
Köln 2000  
ISBN 3-934446-206-X



## Inhaltsverzeichnis

### **Vorbemerkung und Zusammenfassung**

Nur Investitionen sind Altersvorsorge .....	1
Sinkende Sparquote gefährdet Alterssicherung .....	2
Renten sind nicht mehr lebensstandardsichernd .....	4
Das Rentenniveau wird weiter stark zurückgehen .....	5
Maßnahmen zur Förderung der privaten Vermögensbildung .....	7
Fazit .....	9

### **Teil A:**

#### **Mehr individuelles Vermögen, weniger gesetzliche Rente**

1. Die Notwendigkeit vermehrter Vermögensbildung .....	11
Exkurs: Die Risiken aus der veränderten Altersschichtung .....	13
2. Die Vorteile und Risiken einer individuellen Vermögensbildung .....	14
Vorteile .....	14
Nachteile .....	15
3. Die Illusionen überwinden .....	17
Wachstumsillusion .....	17
Abgabenillusion .....	18
Pflegeillusion .....	20
Versorgungsillusion .....	20
Erbschaftsillusion .....	20

## Teil B:

### Analyse: Sparverhalten und Versorgungslücken

1.	Die Deutschen: Keine „Weltmeister“ im Sparen .....	23
1.1	Die Entwicklung der aggregierten Sparquote .....	23
	Unterinvestition in Humankapital .....	25
	Ineffiziente Immobilienproduktion .....	27
	Liberalisierung der Finanzmärkte .....	29
1.2	Die Auswirkungen der demographischen Veränderungen .....	29
2.	Das Versorgungsniveau und die Vermögensbildung heute .....	32
2.1	Das Versorgungsniveau am Vorabend des Ruhestandes .....	32
2.1.1	Rentner heute: Hohes Konsumniveau .....	33
	Alterslängs- vs. Altersquerschnitt .....	33
2.1.2	Tatsächliche Ersatzquoten heute .....	36
2.2	Vermögensbildung im Lebenszyklus .....	44
	Beispielrechnung: Gesparte Erziehungskosten .....	48
	Exkurs: Sparen als „Luxus“ .....	51
2.3	Mögliche Verhaltensänderungen in der Zukunft .....	52
	Exkurs: Leibrenten .....	55
3.	Zukünftige Versorgungslücken im Alter .....	56
3.1	Notwendiges Volumen der Alterssicherung .....	57
3.2	Notwendige Sparquoten zur Alterssicherung .....	60

3.3	Simulation: Vermögenslücken .....	66
3.4	Zukünftige Einkommenslücken bei konstantem Beitragssatz – Drei Modellbeispiele .....	69
4.	Fazit: Mehr private Vermögensbildung .....	80

## **Teil C:**

### **Maßnahmen: Die Lücke schließen**

1.	Bestehende Förderungen der Vermögensbildung .....	83
1.1	Regelungen in Deutschland .....	83
1.1.1	Steuerlich relevante Regelungen .....	83
1.1.2	Direkte Sparförderung .....	86
1.2	Internationale Erfahrungen mit Alterssicherungssparen .....	88
1.2.1	Großbritannien .....	88
	Das alte System .....	88
	Empirische Evidenz .....	89
	Das neue System .....	89
	Konsequenzen .....	90
	Förderung von Privatrenten .....	90
1.2.2	USA .....	91
	Individual Retirement Accounts .....	91
	Betriebliche Rentensparpläne .....	92

	Empirische Evidenz .....	93
2.	Zielverhalten unter neuen Rahmenbedingungen .....	94
2.1	Transparenz als Grundlage für rationale Lebensplanungen .....	94
2.2	Unabhängige und offene Diskussion .....	95
	Exkurs: Zeitnahe Messung des Sparverhaltens .....	96
2.3	Wesentliche Inhalte der pol. Alterssicherungsdiskussion .....	97
	Intergenerative Gerechtigkeit statt Generationensteuer .....	99
	Aufklärung über Versorgungslücken .....	99
2.4	Verhaltensänderung und Bewusstseinsbildung bei den Erwerbstätigen .....	100
2.5	Kriterien für Alterssicherungsprodukte .....	101
3.	Gesetzgeberischer Handlungsbedarf .....	103
3.1	Vermeidung von negativen Sparanreizen .....	106
3.2	Direkte Sparförderung nur im Übergang .....	107
	Mindestsicherung statt direkter Sparförderung .....	108
	Sparförderung zur Unterstützung von Verhaltensänderungen .....	109
	Bisherige Sparförderung überflüssig .....	110
3.3	Förderung der Wohneigentumsbildung .....	111
	Zur Förderung von selbst genutztem Wohneigentum .....	114
3.4	Forderung: Steuerliche Neutralität .....	115
	Operationale Probleme einer nachgelagerten Besteuerung .....	118
	Beispiel .....	119

3.5	Kriterien zukünftiger Organisationsformen der Alterssicherung ....	121
	Gesetzliche Regelungen .....	121
	Vorschriften für alle Fondsbetreiber .....	122
	Zusätzliche Vorschriften für betrieblich organisierte Fonds ....	124
4.	Fazit: Die Krise ist beherrschbar .....	125

#### **Teil D: Anhang**

1.	Tabellen .....	129
2.	Abbildungen .....	132
3.	Definition: Äquivalenzeinkommen/-ausgaben .....	134
4.	Schätzung der Bruttoerwerbseinkommen im Lebenszyklus ....	134
5.	Normative vs. faktische Ersatzquote des Erwerbseinkommens .....	135
6.	Literaturverzeichnis .....	138

Abbildungsverzeichnis .....	147
-----------------------------	-----

Tabellenverzeichnis .....	148
---------------------------	-----

Das Deutsche Institut für Altersvorsorge .....	150
--	-----







## Vorbemerkung und Zusammenfassung

### **Nur Investitionen sind Altersvorsorge**

Jahrzehntlang glaubte die Bevölkerung, mit ihren Beiträgen an die gesetzliche Rentenversicherung auskömmlich für ihr Alter vorzusorgen. Das hatten ihr die Politiker so gesagt. In Wirklichkeit finanzierten sie jedoch nur den Unterhalt der jeweils Alten. Diese nahmen die empfangenen Leistungen mit ins Grab. Die Beitragszahler hatten nie mehr als die Hoffnung, dass sich in ihrem eigenen Alter wiederum genügend Menschen fänden, die dann für ihren Unterhalt aufkämen.

Dass auf diese Hoffnung nur bedingt Verlass war, zeigt sich jetzt. Kein Politiker führt noch das Wort von der lebensstandardsichernden gesetzlichen Rente im Mund. Diese Zeiten sind vorbei. Denn die Zahl der Menschen, die künftig die Alten unterhalten soll, schwindet zügig, und auch ihre Fähigkeit hierzu ist keineswegs gewiss. Es fehlt an produktiven Arbeitsplätzen.

Von Tag zu Tag wird deutlicher, dass die künftige Altersversorgung nicht primär von den derzeitigen Beitragszahlungen, sondern vielmehr davon abhängt, wie viele Kinder großgezogen und wie sie ausgebildet werden, ob sie in moderne, funktionierende Infrastrukturen und eine intakte Umwelt hineinwachsen, kurz: wie intensiv die jeweils Erwerbsfähigen in Menschen und Realkapital investieren.

Frühere Generationen waren sich dieser Zusammenhänge wohl bewusst. Sie zogen eine stattliche Zahl von Kindern auf, bauten Häuser und kultivierten Felder. Das alles diente nicht nur, aber eben auch der Sicherung ihres Lebensunterhalts über ihre Erwerbsfähigkeit hinaus. Es blieb unserer so aufgeklärten Zeit vorbehalten, diesen menschheitserprobten Mechanismus außer Kraft setzen zu wollen.

Die Folge war eine anhaltende Phase chronischer Unterinvestitionen. Eine ganze Generation lebte auf zu großem Fuße und scheute sich nicht, sogar von der Substanz zu zehren. So hätte seit 1970 die Zahl der Kinder, die zur


Erhaltung des Bevölkerungsbestands erforderlich war, um die Hälfte größer sein müssen. Den heute 30- bis 60-Jährigen folgt eine Generation nach, die zahlenmäßig ein Drittel kleiner ist. Auf diese Weise hat sich die Eltern-generation in den zurückliegenden 30 Jahren rund 3.000 Milliarden DM „geschenkt“, Mittel, die sie für ein sorgenfreies Alter in Kinder hätten investieren müssen.

Allerdings trifft diese Feststellung nicht alle gleich. Rund die Hälfte der Bevölkerung hat alles unternommen, um durch Investitionen in Menschen und zumeist auch Realkapital die Alterssicherung auf ein dauerhaftes Fundament zu stellen. Das heißt jedoch gleichzeitig, dass der Beitrag der anderen Hälfte häufig zu gering war. Sie investierte zu wenig und konsumierte zu viel. Wenn diese Hälfte heute eine gerechte Verteilung der Lasten zwischen Jung und Alt fordert, dann fehlen ihr die Adressaten. Sie hat zu wenige junge Menschen großgezogen, die ihre Forderung erfüllen könnten.

### **Sinkende Sparquote gefährdet Alterssicherung**

Um trotz der schwindenden Zahl künftig Erwerbsfähiger die auskömmliche Versorgung des alten Bevölkerungsteils zu gewährleisten, muss dafür gesorgt werden, dass die Heranwachsenden besonders sorgfältig ausgebildet, Forschung und Entwicklung zügig vorangetrieben und hochproduktive Arbeitsplätze geschaffen werden. Nur so lassen sich unterlassene Investitionen in Kinder in gewissem Umfang ausgleichen.

Bislang ist dieser Ausgleich jedoch nicht erfolgt. Im Gegenteil. Mit sinkender Geburtenrate sank zugleich auch die Sparquote. Von 1970 bis 1999 ging sie von 14,7 auf 9,7 % der verfügbaren Einkommen zurück. Noch wesentlich stärker ist der Rückgang, wenn darüber hinaus auch die unterschiedlichen Investitionen in Kinder berücksichtigt werden, also gewissermaßen eine Humankapitalsparquote gebildet wird. Dann steigt die „Sparleistung“, die 1970 erbracht wurde, auf 15,9 % und fällt 1999 auf 5,7 %. Das entspricht einem Rückgang von annähernd zwei Dritteln binnen einer Generation. Doch in den zurückliegenden 30 Jahren wurde nicht nur immer



weniger Vermögen gebildet, sei es in Gestalt von Kindern oder von Realkapital. Zusätzlich verschuldeten sich die öffentlichen Haushalte – häufig für konsumtive Zwecke. Auch diese Last muss vorwiegend von den jetzt und künftig Erwerbsfähigen getragen werden.

Widersinniger hätte sich eine Bevölkerung kaum verhalten können. Selten hat eine Generation – irregeleitet durch falsche politische Vorgaben – die Fundamente ihrer Alterssicherung so bedenkenlos untergraben wie die Erwerbsfähigen während der letzten drei Jahrzehnte. Ihr Verhalten war umso problematischer, als die Altersphase, für die es vorzusorgen galt, durch die Zunahme der Lebenserwartung und den frühen Renteneintritt immer länger wird. In den 60er Jahren lag die durchschnittliche Rentenbezugsdauer erst bei knapp zehn Jahren. Gegenwärtig sind es 16 Jahre. Und ein weiterer Anstieg auf 20 und mehr Jahre ist wahrscheinlich.

Durch die schrumpfende Zahl Beitrags zahlender Erwerbstätiger und hoch produktiver Arbeitsplätze auf der einen und einer steigenden Zahl rentenberechtigter Nicht-mehr-Erwerbstätiger auf der anderen Seite gerät die gesetzliche Rentenversicherung in Schwierigkeiten, die innerhalb des Systems nicht mehr zu lösen sind. Alle Politiker sind sich mittlerweile einig, dass die Bevölkerung neben der gesetzlichen Rentenversicherung in erheblichem Umfang privat vorsorgen muss, um im Alter auskömmlich versorgt zu sein.

Die Erfahrung einer lebensstandardsichernden gesetzlichen Altersrente erweist sich als flüchtig. Die Bevölkerung muss erkennen, dass mit den Beitragszahlungen an die gesetzliche Rentenversicherung keine ausreichende Altersvorsorge zu betreiben ist. Diese Erkenntnis hat sich jedoch erst unzulänglich in praktischem Handeln niedergeschlagen. Das ist weiterhin von Illusionen geleitet. Manche setzen auf unrealistisch hohe Produktivitätssteigerungen und Wachstumsraten, von denen sie einen steilen Anstieg der Erwerbseinkommen und später der Altersrenten erwarten. Andere bauen auf ergiebige Erbschaften. Viele sehen noch nicht oder wollen nicht sehen,


dass Erfahrungen der Vergangenheit in einer stark alternden Bevölkerung ihre Gültigkeit verlieren, beispielsweise Vermögen zunehmend nicht mehr vererbt, sondern von denen, die sie gebildet haben, verzehrt werden.

### **Renten sind nicht mehr lebensstandardsichernd**

Die Rentenwirklichkeit ist nüchtern. Zwar weist die Politik unermüdlich darauf hin, dass Rentner, die 45 Jahre lang Beiträge aus einem Erwerbseinkommen geleistet haben, das sich parallel zum Durchschnittseinkommen aller abhängig Beschäftigten entwickelte, eine Rente in Höhe von 70 % ihres letzten Nettolohns erhalten. Doch diese Aussage beinhaltet wenig. Denn erstens sind Rentner, die 45 Jahre lang ununterbrochen gearbeitet haben, die Ausnahme. Zweitens haben die wenigsten während eines so langen Zeitraums ein sich völlig gleichförmig entwickelndes Erwerbseinkommen erzielt. Und drittens sind selbst 70 % nicht mehr als der Sozialhilfesatz, wenn das Einkommen im Laufe des Lebens nur halb so hoch war wie die Durchschnittseinkommen – ein Sachverhalt, der vor allem auf Frauen zutrifft.

Aussagekräftiger ist eine andere Zahl. Danach haben die Haupteinkommensbezieher der Geburtsjahrgänge 1934 bis 1939, also die heute 61- bis 66-Jährigen im Durchschnitt einen Rentenanspruch in Höhe von 59 % ihres letzten Nettolohns. Bei den Nicht-Haupteinkommensbeziehern – wiederum zumeist Frauen – liegt die Ersatzquote sogar noch weit niedriger. In vielen Fällen lässt sich mit solchen Renten der Lebensstandard schon jetzt nicht mehr aufrechterhalten.

Das ist nur möglich, weil viele Rentner noch zusätzliche Einkommen erzielen. Ein Teil geht weiter einer Erwerbsarbeit nach. Doch die meisten stützen sich auf ihre Ersparnisse. Verbrauchen Versicherte, die in den 90er Jahren in Rente gingen, binnen 20 Jahre ihr gesamtes Geldvermögen, können sie ihre Lohnersatzquote von durchschnittlich 59 % auf 73 % erhöhen. Setzen die Eigentümer von Immobilien auch diese für ihren Lebensunterhalt ein, steigt die Ersatzquote sogar auf etwa 145 %. Allerdings ist hierzu



nur etwa die Hälfte der Rentnerhaushalte in der Lage, und zugleich ist unterstellt, dass auch bei einer massenhaften Verwertung von Immobilien-eigentum für Zwecke der Alterssicherung das heutige Preisniveau nicht verfällt. Sollte das der Fall sein, würde die Ersatzquote entsprechend zurückgehen. Aber auch dann dürfte die Versorgungslage von Immobilien-eigentümern ungleich besser sein als die von Mieterhaushalten, die – wenn überhaupt – häufig nur auf bescheidene Ersparnisse zurückgreifen können.

Dennoch ist die Altersversorgung, insbesondere der jüngeren Rentner-jahrgänge, im Allgemeinen auskömmlich und oft sogar gut. Allerdings müssen die Erwerbsfähigen dafür nicht nur 19,3 % ihrer Bruttoarbeitseinkommen an die Rentenversicherung abführen. Darüber hinaus müssen ihr erhebliche Steuermittel zugeführt werden. Würden die Renten vollständig durch Beiträge finanziert, läge der Beitragssatz heute bei 28 %. Diese Belastung kann nicht entsprechend dem Anstieg des alten Bevölkerungsteils gestei-gert werden. Deshalb werden sich die Grundlagen der Altersversorgung in den kommenden Jahren und Jahrzehnten nachhaltig verändern.

### **Das Rentenniveau wird weiter stark zurückgehen**


Nach den Rentenplänen der Bundesregierung<sup>1</sup> wird das Rentenniveau, das unter den genannten Voraussetzungen derzeit bei 70 % des letzten Netto-lohns liegt, bei Versicherten, die vor 2011 in Rente gehen, bis 2030 auf 68 % und für solche, deren Renteneintritt nach 2011 liegt, auf 64 % fallen. Werden ferner die durchschnittlichen Nettoeinkommen um die geplanten Bei-träge zur privaten Alterssicherung vermindert, sinkt das Versorgungsniveau bei einem Renteneintritt im Jahre 2030 sogar auf 61 %. Damit ist allerdings noch immer keine Stabilität des Rentenniveaus erreicht. Es sinkt auch nach 2030 weiter auf deutlich unter 60 %.

<sup>1</sup> Stand September 2000

Und selbst dieses Niveau wird in 30 Jahren nur noch von der kleinen Minderheit derer erreicht werden, die sehr lange ungestörte Erwerbsbiografien aufweisen. Das Versorgungsniveau der Durchschnittsrentner, das derzeit bei 59 % liegt, wird nach den gegenwärtigen rentenpolitischen Vorgaben bei denen, die vor 2011 in Rente gehen, auf knapp 58 % und bei später Eintretenden auf 54 bzw. 51 % fallen. Das gilt jedoch wiederum nur für die Haupteinkommensbezieher. Die Ersatzquote der anderen liegt in der Regel noch niedriger.

Erschwerend kommt hinzu, dass sich die Erwerbsstruktur in Zukunft zum Nachteil der Beschäftigten entwickeln dürfte, wenn nicht nachhaltige Trendwenden am Arbeitsmarkt erreicht werden. Setzen sich die jahrzehntelangen Tendenzen fort, wird Vollzeitbeschäftigung weiter durch Teilzeit-, und diese durch geringfügige Beschäftigung ersetzt werden, ohne dass die Erwerbstätigenquote gegenüber heute signifikant steigt. Dadurch würde das durchschnittliche Versorgungsniveau auch ohne gesetzgeberische Eingriffe spürbar zurückgehen. Zusammen mit diesen Eingriffen wird die sich ändernde Erwerbsstruktur dazu führen, dass das Rentenniveau in sehr vielen Fällen weit unter die 50-%-Marke fällt. Ein großer Teil derer, deren Einkommen die Beitragsbemessungsgrenze nicht überschreitet, wird mithin Versorgungslücken von bis zu 30 Prozentpunkten schließen müssen, um ein Versorgungsniveau von 70 % des letzten Nettolohns zu erreichen.

Um eine Lücke von 10 Prozentpunkten zwischen gesetzlicher Rente und letztem Nettolohn zu füllen, müssen – bei einem durchschnittlichen Zinssatz von 4 % und nachgelagerter Besteuerung – 40 Jahre lang 2,5 % des Bruttoeinkommens für Alterssicherungszwecke auf die hohe Kante gelegt werden. Entsprechend müssen diejenigen, die über Alterseinkommen in Höhe ihrer Erwerbseinkommen verfügen wollen, bis zu 12,5 % ihrer Bruttoeinkommen über vier Jahrzehnte hinweg sparen. Dabei ist unterstellt, dass die Sparleistungen ausschließlich Alterssicherungszwecken dienen. Werden noch andere Sparziele verfolgt, müssen die Sparleistungen entsprechend höher ausfallen.



Das bedeutet gegenüber heute eine umwälzende Veränderung des Sparverhaltens, auf die die Bevölkerung in keiner Weise vorbereitet ist. Um eine 10%ige Einkommenslücke im Rentenalter schließen zu können, müsste das Geldvermögen der Haushalte mit einem Vorstand von unter 60 Jahren schon jetzt 700 Milliarden DM größer sein, als es tatsächlich ist. Das entspricht etwa 20 % des vorhandenen Geldvermögens und - unter Einbeziehung der Immobilienwerte – 12 % des gesamten Nettovermögens dieser Haushalte.

Ähnlich hoch ist der Sparbedarf, wenn unterstellt wird, dass die künftig Erwerbstätigen nicht stärker für Zwecke der gesetzlichen Alterssicherung belastet werden als die heutigen, die derzeitigen Beitragssätze also eingefroren und der Steueranteil an der Rentenfinanzierung nicht erhöht werden.

### **Maßnahmen zur Förderung der privaten Vermögensbildung**

Um die gebotenen Sparaktivitäten in Gang zu setzen, ist eine Vielzahl von Maßnahmen erforderlich. Mit den bisherigen wurde vor allem kurzfristige Vermögensbildung gefördert. Jetzt geht es darum, Anreize für einen wirklich langfristigen Vermögensaufbau zu schaffen.

Der erste und wichtigste Schritt ist die unbedingte Offenheit der Rentenversicherungsträger und des Staates in Bezug auf die künftige Entwicklung von Beitragsleistungen und Rentenansprüchen. Dass es an dieser Offenheit bisher gemangelt hat, zeigen nicht zuletzt die gravierenden Fehlvorstellungen weiter Bevölkerungskreise, die ihre Beitragsleistungen zu niedrig und ihre Rentenansprüche zu hoch veranschlagen.<sup>2</sup> In die gleiche Richtung weist die ständige Bezugnahme der Bundesregierung auf den langjährig versicherten so genannten Eckrentner, den es in der Lebenswirklichkeit künftig kaum noch geben wird.

<sup>2</sup> Hinweis auf die entsprechende Publikation vom DIA


Damit allen Bürgern die notwendigen Informationen ungefiltert zukommen, sollte der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Situation – gestützt auf erweiterte Kompetenzen – regelmäßig über die Lage der Alterssicherung berichten. Die Privathaushalte können nur rational handeln, wenn sie frühzeitig die zu erwartenden Versorgungslücken im Alter kennen. Aus dieser Kenntnis folgt ein hoher Sparanreiz. Zu späte Aufklärung zwingt hingegen zu unzumutbar hohen Sparquoten, die im Ergebnis unsozial sind.

Neben der hohen Transparenz über die künftige Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Alterssicherung ist der Markt gefordert. Auch er muss noch stärker als bisher zur Aufklärung der Bevölkerung beitragen und zusätzliche Produkte entwickeln, mit denen private Vermögensbildung für Alterssicherungszwecke optimal verwirklicht werden kann. Unter diesen Bedingungen werden viele Haushalte ihr derzeitiges Sparverhalten den veränderten Anforderungen anpassen. Dennoch sollte der Staat die Dringlichkeit verstärkter Vermögensbildung für einen Zeitraum von etwa fünf bis zehn Jahren durch degressiv wirkende Sparanreize unterstreichen. Da hierbei der Werbeeffect im Vordergrund steht, sind geringe Fördersätze, die erst bei hohen Einkommensgrenzen auslaufen, ausreichend.

Trotz derartiger Maßnahmen ist davon auszugehen, dass ein Teil der Haushalte keine oder nur unzureichende Vermögen für Alterssicherungszwecke bilden wird. Deshalb ist eine staatlich garantierte Mindestsicherung erforderlich. Sie sollte sich allerdings auf die Finanzierung eines Mindestkonsums beschränken, da sonst die Anreize, aus eigener Kraft zur Alterssicherung beizutragen, geschwächt werden. Ferner darf die Mindestsicherung nicht, wie die derzeitige Sozialhilfe, bedarfsorientiert sein, da sonst ebenfalls für viele Haushalte Sparanreize entfallen.

Um die Vermögensbildung zusätzlich zu fördern, darf das Steuersystem nicht den Gegenwartskonsum zu Lasten des Zukunftskonsums bevorzugen. Die Bedingung steuerlicher Neutralität wird am besten von einer





nachgelagerten Besteuerung erfüllt. Betrachtet man das Vorsorgesparen fürs Alter als eine weitere Komponente des Existenzminimums – zur Absicherung des Konsums im Alter – und nicht als eine endgültige Einkommensverwendung, dann ist besonders in einem progressiven Steuersystem der nachgelagerten Besteuerung der Vorzug zu geben, weil sie die unterschiedliche Leistungsfähigkeit der Steuerzahler nach Abzug des Vorsorgesparens berücksichtigt.

Eine nachgelagerte Besteuerung für „Immobilien sparen“ ist aufgrund der „Konsumgütlösung“ für selbst genutztes Wohneigentum hingegen nicht möglich. Deswegen sollte als ein Sonderweg beim Erwerb von selbst bewohnten Immobilien die Beleihung von Altersvorsorgekonten und zumindest im Übergang die heutige Bausparförderung aufrechterhalten bleiben. Empirische Analysen zeigen, dass Haushalte, die Immobilien-eigentum schaffen, bereit sind, über Jahre hinweg einen weit überdurchschnittlichen Konsumverzicht hinzunehmen. Gegenwärtig stellt die Wohneigentumsbildung die mit Abstand wichtigste Form der Alterssicherung dar.

### **Fazit**

In der Bundesrepublik Deutschland sind durch individuelles Verhalten und politische Weichenstellungen erhebliche Risiken für die Zukunft aufgetürmt worden. 30 Jahre lang sind Lasten in die Zukunft verschoben und von vielen zu geringe private Vermögen gebildet worden. Das bedeutet für die künftig Aktiven eine gewaltige Hypothek. Die Zeit für Korrekturen ist knapp geworden. Die Bürger müssen jetzt zügig ihre Ersparnisse erhöhen, damit zur Kompensation des schrumpfenden Erwerbspersonenpotenzials ausreichend Kapital zur Verfügung steht.

Der Staat muss adäquate Rahmenbedingungen zur Förderung individueller Vermögensbildung schaffen. Von besonderer Bedeutung ist hierbei, dass die erwerbsfähige Generation nicht durch die Finanzierung der gesetzlichen Alterssicherung überfordert wird. Auf eine dauerhafte Sparförderung

für breite Schichten kann jedoch verzichtet werden. Ein höheres Maß von Selbstverantwortung für das Alter wird das wirtschaftliche Verhalten der Bevölkerung verändern und ihr Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge verbessern.

Die nachfolgende Untersuchung, die von empirica im Auftrag des Deutschen Instituts für Altersvorsorge durchgeführt worden ist, zeigt, wie dringlich die Kurskorrektur vor dem Hintergrund der sich ändernden Bevölkerungs- und Erwerbsstruktur ist. Gelingt diese Kurskorrektur nicht, droht die aktive Generation in den kommenden Jahren und Jahrzehnten überfordert zu werden. Zugleich breitet sich Altersarmut aus.

Mit dieser Untersuchung leistet das Deutsche Institut für Altersvorsorge einen weiteren Beitrag zur Überwindung der Krise der gesetzlichen Alterssicherung. Sie führt eindringlich vor Augen: Die Vermögensbildung für Zwecke der Alterssicherung muss in Deutschland beträchtlich verstärkt werden. Das aber ist nicht nur nötig, es ist auch möglich.

Bonn, September 2000

Professor Dr. Meinhard Miegel

## A. Mehr individuelles Vermögen, weniger gesetzliche Rente

### 1. Die Notwendigkeit vermehrter Vermögensbildung

Das großzügige, umlagefinanzierte Rentensystem hat die private Spartätigkeit in Deutschland gedrosselt. Unter dem Druck der Verhältnisse macht sich der Staat allmählich daran, die großzügigen Rentenanwartschaften zu kappen. Das wird gravierende Folgen haben, denn gut 80 % aller über 60-jährigen Personen leben laut Mikrozensus 1996 im Alter überwiegend von staatlich organisierten Renten oder Pensionen. Nach Jahrhunderten der privaten Alterssicherung durch die Familien, eigenes Vermögen oder Grundeigentum hat der Staat seit Ende des letzten Jahrhunderts seine Transfersysteme immer weiter ausgebaut und die Umlagenrente zur dominanten Quelle der Alterssicherung erhoben. Doch bei dem rasch wachsenden Anteil der Rentner, ständig verringerter Lebensarbeitszeit und steigenden Lebenserwartungen müssen den Erwerbstätigen immer höhere Abgaben aufgebürdet werden. Soll dieser Anstieg der Beiträge gebremst werden, muss das Rentenniveau sinken. Nach elf Kürzungsmaßnahmen seit 1977 und den aktuellen Reformbestrebungen gibt es dennoch keine Garantie für ein Ende der Rententalfahrt, denn das Ausmaß der demographischen Veränderungen wird dramatisch sein. Bis zum Jahr 2030 wird in Deutschland der Anteil der Haushalte mit einem über 65-jährigen Haushaltsvorstand um etwa die Hälfte auf dann 39 % ansteigen.

Nach *global warming* scheint *global aging* zum großen zentralen Sorgen thema der wirtschaftlich entwickelten Welt zu werden. Die hohe Alterssicherung hat über Jahrzehnte für die Masse der abhängig Beschäftigten ein individuelles Alterssicherungssparen weitgehend überflüssig gemacht. Angesichts großzügiger Rentenversprechungen wäre es für den Einzelnen wenig vernünftig gewesen, eine bedeutende private Alterssicherung aufzubauen. Allerdings beruht das gegenwärtige Rentenniveau bei der noch niedrigen Rentnerquote auf einer Ungleichbehandlung der Generationen. Die gegenwärtigen Erwerbstätigen geben durch hohe Rentenbeiträge, Ökosteuer und Deckungsbeiträge aus allgemeinen Steuern mit insgesamt 28 % schon weit mehr von ihrem Bruttoeinkommen zu Gunsten der

## A. Mehr individuelles Vermögen, weniger gesetzliche Rente Die Notwendigkeit vermehrter Vermögensbildung

Rentner ab als vorangegangene Generationen von Erwerbstätigen.<sup>1</sup> Diese „Generationensteuer“ wird zu Lasten der nächsten Generation noch kräftig weiter steigen. Jede Rentnergeneration kann jedoch von der nächsten im Umlagesystem nur ein solches Niveau der Alterssicherungsabgaben verlangen, das sie selbst bereit war, während der eigenen Erwerbstätigkeit zu tragen, wenn das System als generationengerecht gelten soll.

Jede Rentnergeneration kann eine volle Umlagenrente auch nur erwarten, wenn sie die wirtschaftlichen Kapazitäten dafür geschaffen hat. Kinder bleiben weiterhin die wichtigste Voraussetzung für die Alterssicherung. Niedrige Geburtenraten können in gewissen Grenzen durch den verstärkten Aufbau von Realkapital kompensiert werden. Eine sinkende Kinderzahl impliziert für die Alterssicherung dann aber höheres Sparen und darf – bei Fairness zwischen den Generationen – nicht durch eine „Generationensteuer“ finanziert werden. Genau das ist aber geschehen, denn neben einem unzureichenden Alterssicherungssparen haben sich die jetzt unter 60-jährigen Erwerbstätigen in den letzten 30 Jahren durch zu wenige Kinder – ökonomisch gesprochen durch Unterinvestition in Humankapital – in Größenordnungen von 3 Bill. DM entlastet, während ihre eigenen Alterssicherungsansprüche weitgehend bestehen blieben (vgl. Miegel und Wahl, 1999). Die schon vielfach erhöhten Rentenbeiträge sind ein Spiegelbild der schon entstandenen Sparlücke. Aus individueller Sicht reichten die Ersparnisse zwar aus, weil für das Alter schon staatlich vorgesorgt war. Doch die staatlichen Vorsorgeversprechen insgesamt verletzen die intergenerationale Gerechtigkeit und wurden zu einer überhöhten Bürde, die auch ein angemessenes Wachstum zu behindern droht.

<sup>1</sup> 19,3 % direkte Beiträge plus ca. 9 % in Form von Öko-, Umsatz- und sonstigen Steuern (vgl. Börsch-Supan, 2000b).

#### **Exkurs: Die Risiken aus der veränderten Altersschichtung**

Innerhalb der OECD-Länder hat bei sinkender Fertilität die Lebenserwartung eines 60-Jährigen zwischen 1960 und 1995 um zwei bis fünf Jahre zugenommen (vgl. Tabelle 19 im Anhang).<sup>2</sup> In der Folge steigt der Abhängigkeitsquotient<sup>3</sup> und der Altenquotient<sup>4</sup> rapide an. Während in den 60er Jahren noch fünf Erwerbsfähige einem über 65-jährigen gegenüberstanden, wird dieses Verhältnis bis zum Jahr 2030 auf 2:1 fallen (vgl. Tabelle 18 im Anhang).

Im geltenden Umlagesystem führen diese Verschiebungen in der Altersschichtung zu einer dramatischen Verminderung der „Renditen“ in der gesetzlichen Umlagenrente.<sup>5</sup> Diese Rendite betrug für einen 1930 Geborenen noch 3,5 %, für einen 1960 (1970 bzw. 1980) Geborenen aber nur noch 1,2 % (0,6 % bzw. 0,3 %) und liegt damit deutlich unterhalb marktüblichen Verzinsungen (vgl. z.B. DIA-Studie von Schnabel, Raffelhüsch und Miegel, 1998). Diese Entwicklung wurde begleitet von ständig ansteigenden Rentenbeitragsätzen, die mittlerweile offen ausgewiesen 19,3 % des Bruttolohns ausmachen. Diese Beiträge werden eher als Steuern<sup>6</sup> denn als eigene Ersparnisse wahrgenommen (vgl. Kotlikoff, 1979), sodass sich zusätzlich negative Anreize auf das Arbeitsangebot der abhängig Beschäftigten ergeben.

<sup>2</sup> Eine Verringerung der Mortalität um jährlich 35 Tage führt nach Schätzungen von Rürup (1999) in Deutschland zu einem höheren Transferanspruch der Rentenbezieher von ca. 4 Mrd. DM.

<sup>3</sup> Verhältnis der über 65- und unter 25-Jährigen in Relation zur erwerbsfähigen Bevölkerung.

<sup>4</sup> Verhältnis der über 65-Jährigen in Relation zur erwerbsfähigen Bevölkerung.

<sup>5</sup> Dieses Problem haben beinahe alle OECD-Länder, das Ausmaß hängt jedoch vom Ausmaß der demographischen Veränderungen, der GRV-Ersatzquote, dem Rentenzutrittsalter und der Finanzierungsmethode ab.

<sup>6</sup> Dies gilt umso mehr, je geringer die Beziehung zwischen Beiträgen und eigenen Ansprüchen wird (z.B. durch Mindestrente oder ungleiche Belastung der Generationen) und resultiert letztlich in Beitragsvermeidung durch Umgehung und/oder weniger Arbeitsangebot.

## A. Mehr individuelles Vermögen, weniger gesetzliche Rente

### Die Vorteile und Risiken einer individuellen Vermögensbildung

Eine permanente Einwanderung könnte die Rendite der Rentenversicherungsbeiträge und die Beitragssätze stabilisieren. Gleichzeitig würde damit der Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials kompensiert. Die jährliche Nettoimmigration müsste aber auf 800.000 Personen steigen (vgl. Börsch-Supan und Winter, 1999) – im Durchschnitt der letzten fünf Jahre betrug sie rund 200.000. Eine Einwanderungspolitik nach dem bisherigen Muster würde das Überangebot an niedrig qualifizierten Arbeitskräften übermäßig erhöhen. Die strukturellen Probleme lassen sich nur bewältigen, wenn die Einwanderer entweder über höhere Qualifikationen verfügen oder sich in Deutschland besser qualifizieren können. Eine Ausweitung der Beitragszahler durch Einbeziehung weiterer Berufsgruppen („Schein“-Selbstständige, geringfügig Beschäftigte, Selbstständige) würde gerade dann zusätzliche Ansprüche entstehen lassen, wenn die Überalterung im Jahr 2035 ihrem Hochplateau zusteuert. Technischer Fortschritt und Wirtschaftswachstum sind zwar hilfreich für die Bewältigung der Rentenfinanzierung, da das zu verteilende Sozialprodukt wächst. Allerdings steigen lohnbezogene Renten gerade durch ein zusätzliches Wirtschaftswachstum entsprechend an. Eine Absenkung der Beiträge ergibt sich nicht.

## 2. Die Vorteile und Risiken einer individuellen Vermögensbildung

### Vorteile

Mehr individuelle Vermögensbildung als Grundlage der Alterssicherung bietet erhebliche Vorteile:

- Die Sparquote für ein bestimmtes Absicherungsziel kann aufgrund höherer erzielbarer Renditen niedriger sein als die Beiträge im Umlageverfahren;<sup>7</sup> Lohnkosten des Arbeitgebers sowie Bruttoeinkommen und Nettoeinkommen des Arbeitnehmers liegen deswegen näher beieinander und spiegeln deutlicher den Gegenwert der Arbeit wider.

<sup>7</sup> Dieser Vorteil resultiert nicht zuletzt aus einer effizienteren Kapitalverwendung auf der Unternehmensseite, wenn durch das Entstehen großer Pensionsfonds nach angelsächsischem Muster eine zusätzliche Kontrollinstanz der Kapitalverwendung etabliert wird.

- Im Unterschied zum Umlagesystem wird das Sparergebnis sichtbarer als eigenes Vermögen angesammelt.
- Die Bedeutung der Lebensarbeitszeit für den Einzelnen wird unmittelbar sichtbar, weil eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit den Sparbedarf für das Alter verringert. Die Anreize, früher und länger zu arbeiten, nehmen zu.

Alle diese Wirkungen kann man mit dem Satz zusammenfassen: Die individuelle Verantwortung wird transparent und direkt erfahrbare. Außerdem werden individuelle und kollektive Ziele in sich stimmiger.

#### **Nachteile**

- Kapitalmärkte entwickeln sich erratischer als die Volkswirtschaften insgesamt. Die Verfechter der Umlagesysteme haben immer auf deren höhere Verlässlichkeit verwiesen. Wie die gegenwärtige Debatte sowie die Kürzungen um immerhin 30 % in der Vergangenheit zeigen (vgl. Miegel und Wahl, 2000), sind aber auch die Ansprüche an die Umlagesysteme nicht garantiert; sie werden immer dann gesenkt, wenn die Belastungen für die jeweiligen Erwerbstätigen zu groß werden. Allerdings beruhen die Kapitalmarktrisiken auf anderen Determinanten. Sie entstehen oft kurzfristiger und können deshalb bestimmte Alterskohorten härter treffen. Diese Risiken können jedoch durch adäquate Anlagestrategien auf ein erträgliches Maß reduziert werden.
- Private Alterssicherung muss biometrische Risiken berücksichtigen. Eine Absicherung von Erwerbsunfähigkeit und Langlebigkeit sowie eine spezielle Vorsorge für Hinterbliebene kann jedoch durch gesonderte Versicherungen auf freiwilliger Basis gewährleistet werden.
- Der Einzelne muss schließlich ein Optimum zwischen Rendite und Risiko finden. Das erfordert eine genaue Abschätzung der eigenen Bedürfnisse. Manche Personen werden geringere Risiken eingehen und sicherere Anlagen mit niedrigen Renditen bevorzugen, während andere Personen auf risikoreichere Anlageformen mit hohen Renditen spekulieren werden.

## A. Mehr individuelles Vermögen, weniger gesetzliche Rente Überwindung der Illusionen

- Kritiker einer kapitalgedeckten Altersvorsorge befürchten Wertverluste der Vermögenstitel, wenn die Baby-Boomer in etwa 30 Jahren im großen Stil Vermögen auflösen, um ihren Konsum zu finanzieren. Dieses Problem entsteht aber auch im Rahmen einer Umlagenrente. Die aktuelle Nachfrage muss immer aus dem aktuellen Sozialprodukt befriedigt werden. Deswegen ist es unerheblich, ob „das Geld“ für die Konsumausgaben der Älteren aus einem Konsumverzicht der aktuell Erwerbstätigen in Form einer Umlagenrente an die Ruheständler fließt oder aber in Form eines „Abkaufens“ von Vermögenstiteln der aktuell Erwerbstätigen. In einer alternden Gesellschaft können dann entweder die Vermögenstitel der Ruheständler an Wert verlieren<sup>8</sup> oder können im Fall der Umlagenrente nur noch geringere Transfers an den steigenden Anteil Ruheständler bezahlt werden. Der Unterschied in einer Welt mit (teilweiser) Kapitaldeckung besteht jedoch in der Möglichkeit, kapitalintensiver zu produzieren und somit bei rückläufigem Erwerbspersonenpotenzial ein konstantes oder sogar höheres Sozialprodukt zu erwirtschaften. Durch höhere Ersparnis kann außerdem im Ausland mehr Kapital akkumuliert werden. Eine Erhöhung der Kapitaleinkommen der Inländer vergrößert ebenfalls das Sozialprodukt. Zum anderen erlaubt eine internationale Vermögensstreuung eine Risikominderung im Portfolio.

Es liegt auf der Hand, dass private Vorsorge ganz neue Entscheidungssituationen für die Haushalte hervorbringt, die in einem reinen System der Umlagenrente unbekannt waren. Allerdings muss der Beitragszahler im Status quo eine Anlage mit einer (sinkenden) Rendite als obligatorisches Angebot akzeptieren. Die Kombination beider Vorsorgeformen, Umlagenrente und private Kapitaldeckung, erlaubt eine Diversifizierung auch zwischen allgemeinen politischen Risiken und komplexen Marktrisiken.

<sup>8</sup> Die Gefahren von dieser Seite dürften allerdings vernachlässigbar sein. Börsch-Supan (1995) schätzt für Deutschland „nur“ einen Rückgang der realen Renditen von derzeit etwa 5,5 % auf ca. 4,5 % um das Jahr 2030.



### **3. Die Illusionen überwinden**

Der Übergang in ein Alterssicherungssystem, das mehr eigenes Sparen als konstitutives Element vorsieht, erfordert ein langfristiges individuelles Kalkül. Das war bisher nicht erforderlich. Die Menschen sind deshalb nicht geübt, die neue Aufgabe zu bewältigen. Sie sind darüber hinaus durch Erfahrungen geprägt, die man nicht einfach in die Zukunft fortschreiben kann. Ändern sich fundamentale Rahmenbedingungen, dann bilden sich neue Verhaltensweisen erst in langen Fristen und im Rahmen neuer kollektiver Erfahrungen. Deswegen müssen Illusionen rasch zerstört und Lernprozesse beschleunigt werden.

#### **Wachstumsillusion**

Die Erfahrungen der letzten 40 Jahre waren für die deutsche Mittelschicht durch hohe wirtschaftliche Prosperität gekennzeichnet. Der relative Rückgang in den Produktivitätssteigerungen war für diese politisch dominante Gruppe kaum merklich und in den Einkommenswirkungen dieser Haushalte überlagert durch steigende Erwerbsquoten der Frauen. In Zukunft werden die Effekte einer steigenden Erwerbsquote hier schwächer. Die Produktivitätssteigerung kann sich durch die Alterung der Gesellschaft abschwächen.

Wachstum war in der Vergangenheit auch angetrieben durch steigende Kapitalintensität als Folge einer hohen volkswirtschaftlichen Sparquote. Durch die Alterung wird die Sparquote wahrscheinlich sinken, weil ältere Menschen absolut weniger sparen oder sogar entsparen (vgl. Abbildung 6 in Teil B). Da diese Entsparprozesse weltweit zunehmen, besteht insbesondere in einem System umlagefinanzierter Renten die Befürchtung, dass sich langfristig die Steigerung der Kapitalintensität verlangsamt. Natürlich bringt Alterung in verschiedenen Bereichen auch eine sinkende Nachfrage nach Kapital mit sich. Dennoch überwiegen die Risiken für die Produktivitätsentwicklung, insbesondere wenn man eine geringere Mobilität und eine Überalterung des Wissens mit einkalkuliert.

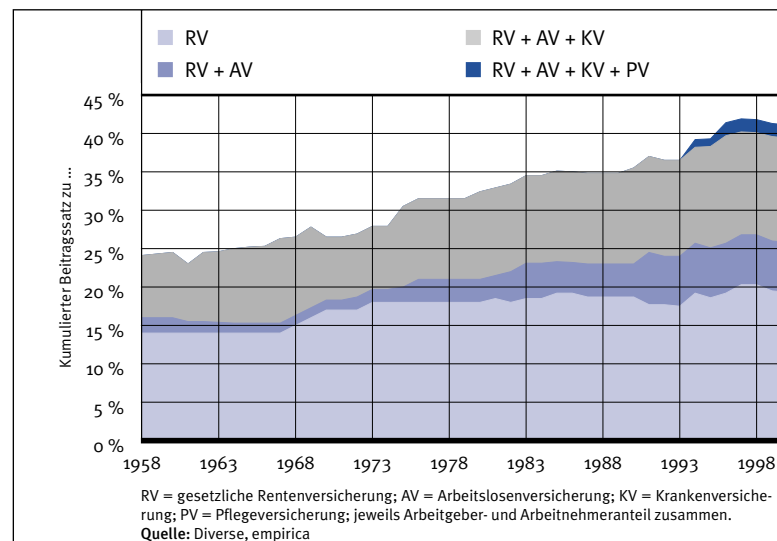
## A. Mehr individuelles Vermögen, weniger gesetzliche Rente Überwindung der Illusionen

### Abgabenillusion

Während die automatischen, versteckten Steuererhöhungen im Rahmen der kalten Progression hin und wieder durch Steuerreformen zumindest teilweise zurückgegeben werden, steigen die Abgabensätze der Sozialversicherungen seit Jahrzehnten unermüdlich an (vgl. Abbildung 1). Dadurch wurden selbst die deutlichen Senkungen der Durchschnittssteuersätze im Jahr 1990 für den Durchschnittsverdiener längst wieder durch gestiegene Sozialversicherungsbeiträge wettgemacht (vgl. Abbildung 2).

### Abbildung 1:

**Kumulierte Abgabensätze der Sozialversicherungen seit 1958 als Prozentsatz der Bruttolöhne (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil)**

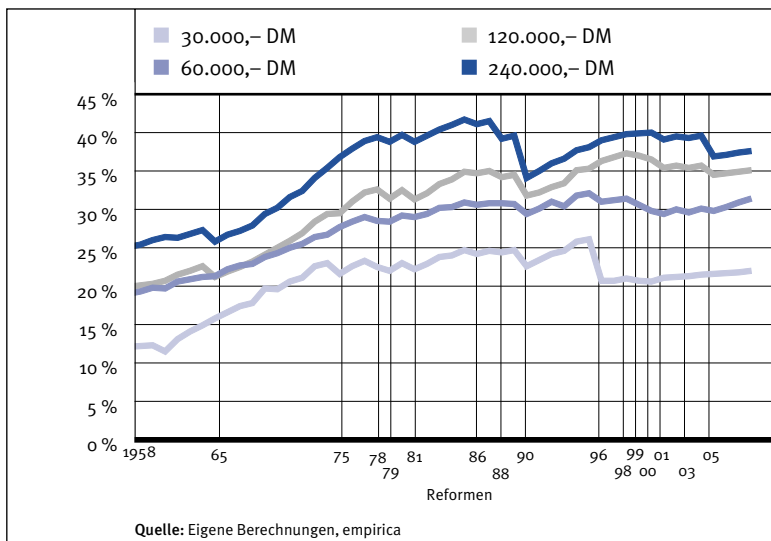


### Anmerkung:

Die Aufteilung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil hat nur technische und keine verteilungspolitische Bedeutung. Die Arbeitgeber kalkulieren mit den gesamten Lohnkosten (Bruttolohn zzgl. Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung), das Ergebnis von (Brutto-)Lohnverhandlungen wird für die Arbeitnehmer günstiger ausfallen, wenn die Lohnnebenkosten niedriger sind.

**Abbildung 2:**

**Steuer- und Abgabenbelastung von 1958 bis 2008 (ohne Arbeitgeberanteil)**



**Anmerkung:**

Durchschnittsbelastung (ESt, RV, AV, KV und PV) bezogen auf Bruttoeinkommen, Bruttoeinkommen = Werte in Legende (DM p.a. in Löhnen von 1998).

**Annahmen:**

Splittingtarif, ein Einkommensbezieher, Bruttoeinkommen rückwärts deflationiert mit dem Tarifindex für Angestellte (indexierte Bemessungsgrundlage), vorwärts inflationiert mit 2 % p.a. Zu versteuerndes Einkommen = Bruttoeinkommen abzgl. der jeweils gültigen Arbeitnehmerfreibeträge und der abziehbaren gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträge; ab 2001 steigen Beitragssätze für KV/PV um einen Viertel Prozentpunkt p.a.; AV-Beitragssätze bleiben auf Niveau des Jahres 2000, RV- Beitragssatz beträgt 20 %.

Selbst nach einer durchgreifenden Reform der Alterssicherung darf man sich nicht der Illusion konstanter oder gar fallender Abgaben hingeben. Ohne weitere Anspruchskürzungen z.B. an die Krankenversicherungen werden die Sozialversicherungsbeiträge weiter ansteigen. Gleichzeitig werden die steigenden Ausgaben für Pensionsverpflichtungen und die wachsende Zinslast der Staatsschulden weitere Steuererhöhungen erfordern.

## A. Mehr individuelles Vermögen, weniger gesetzliche Rente Überwindung der Illusionen

### **Pflegeillusion**

Besonders hoch sind die Risiken bei der Pflege, weil hier ein ganzes Sicherungssystem zusammenbrechen wird, denn 80 % der Leistungen werden heute informell in den Familien erbracht. Wachsende Kinderlosigkeit und steigende Erwerbsquote der Frauen verursachen eine „Pflegelücke“, die nur zu steigenden relativen Preisen und deutlich steigenden Beitragsätzen geschlossen werden kann. Derzeit werden etwa 8 % der Haushalte im Alter pflegebedürftig.<sup>9</sup> Soll das bisherige Leistungsniveau durch Dienstleistungen auf Märkten aufrechterhalten werden, dann dürften drastische Steigerungen der Beiträge zur Pflegeversicherung unvermeidbar sein.


### **Versorgungssillusion**

Zwar breitet sich schon jetzt das Gefühl aus, vom Staat immer weniger für die eigenen Abgaben zurückzubekommen. Gemessen an künftigen Veränderungen dürften die Erwartungen jedoch noch eher zu optimistisch sein. Das „Preis-Leistungs-Verhältnis“ zwischen Abgaben und Gegenleistung der Rentenversicherung wird sich ständig verschlechtern. Meinungsumfragen machen deutlich, dass die Menschen skeptischer geworden sind (vgl. z.B. DIA-Studien von Börsch-Supan, 2000a oder von Adelt et al., 1999). Die Bevölkerung hat das Gefühl, sie zahle zu viel und bekomme zu wenig. Das Ausmaß künftiger Verschlechterungen wird aber noch nicht ernst genommen – jedenfalls führte es bisher nicht zu allgemeinen Verhaltensänderungen.

### **Erbschaftsillusion**

Wir wissen nicht, wie realistisch die Erwartungen der potenziellen Erben hinsichtlich ihrer Erbschaften sind. Die Diskussion in der Öffentlichkeit über die reichen Erben unterstellt, die Erben könnten ihrem Alter relativ sorglos entgegensehen. Das ist richtig aus individueller Sicht. Die Erben können ihre Vermögen verbrauchen, um Lücken in der eigenen Alterssi-

<sup>9</sup> Davon werden rund drei Viertel im Haushalt gepflegt, der Rest „am Markt“.



cherung zu schließen. Vermögen wurde aber immer aus vergangener Wertschöpfung abgezweigt, indem auf Konsum verzichtet wurde. Diese akkumulierten Verzicht aus der Vergangenheit eröffnen Ansprüche an das künftige Sozialprodukt. Sie erlauben auch, durch hohe Kapitalintensitäten in der Produktion, die Produktivität auf hohem Niveau zu halten. Wenn eine ganze Erbgeneration entspart, fehlt der Volkswirtschaft Kapital. Das aber wird zu gravierenden Problemen führen. Denn künftig steht einer steigenden Anzahl Rentner eine schrumpfende Erwerbsbevölkerung gegenüber, die diese Vermögensansprüche durch eigenen Konsumverzicht neu erwirtschaften muss, wenn sie von der „Erbgeneration“ konsumiert wurden. Eine höhere Kapitalintensität erleichtert es, ein ausreichendes Sozialprodukt zu erwirtschaften. Dies erfordert aber eine steigende Sparquote und erlaubt kein massenhaftes „Verfrühstücken“ von Erbschaften (vgl. auch Abschnitt 1.2 in Teil B)



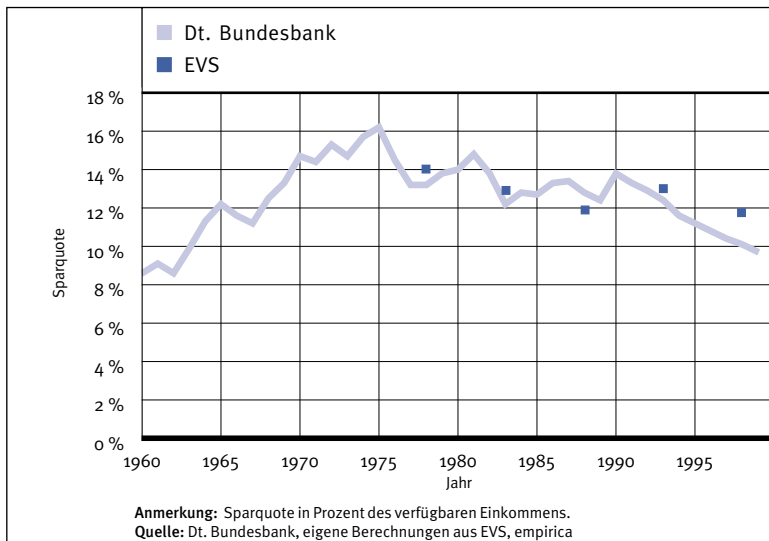
## B. Analyse: Sparverhalten und Versorgungslücken

### 1. Die Deutschen: Keine „Weltmeister“ im Sparen

#### 1.1 Die Entwicklung der aggregierten Sparquote

Die Deutschen gelten als sparfreudig. Ihre aggregierte Haushaltssparquote übersteigt die der US-Amerikaner bei weitem (vgl. Abbildung 3 und Abbildung 19 im Anhang). Solche Vergleiche täuschen. Beispielsweise weist McKinsey Global Institute (1997) nach, dass die amerikanischen Haushalte ihre Ersparnisse rentierlicher anlegen.<sup>10</sup> Bei höherer Verzinsung reichen geringere Sparquoten aus, um ein gewünschtes Vermögensziel bis zum Ruhestand zu erreichen. Dabei helfen auch Kursgewinne von Wertpapieren. Solange diese Gewinne noch nicht realisiert sind, werden sie von der aggregierten Sparquote nicht erfasst. Die positive Entwicklung der Aktienmärkte und die weit verbreitete Vermögensanlage in Aktien dürfte deswe-

**Abbildung 3: Aggregierte Sparquote im früheren Bundesgebiet 1960-1999**



<sup>10</sup> Dieser Renditeunterschied resultiert nicht zuletzt aus den abweichenden Portfoliopräferenzen bei langfristigen Vermögensanlagen (z.B. Pensionsfonds in den USA; vgl. auch Abschnitt 2.2) gegenüber kurzfristigen Zwecksparprozessen, wie sie in Deutschland dominieren.

## B. Analyse: Sparverhalten und Versorgungslücken

### Die Deutschen: Keine „Weltmeister“ im Sparen

<b>Tabelle 1: Geldvermögensbildung und Kursgewinne in Deutschland 1992-98</b> (alle Angaben in Mrd. DM)			
	<b>Zunahme Geldvermögen</b>	<b>Davon Geldvermögens- bildung</b>	<b>Kursgewinne oder -verluste</b>
<b>1992</b>	231	258	-27
<b>1993</b>	376	235	141
<b>1994</b>	220	230	-10
<b>1995</b>	340	237	103
<b>1996</b>	303	249	54
<b>1997</b>	407	243	163
<b>1998</b>	321	251	70
<b>Summe</b>	<b>2.197</b>	<b>1.703</b>	<b>494</b>
<b>Quelle:</b> DIW, empirica			

gen insbesondere in den USA einen Beitrag zur Erklärung der geringen aggregierten Haushaltssparquote liefern. In Deutschland bestreiten Kursgewinne erst neuerdings einen bedeutenden Anteil an der Zunahme des Geldvermögens (vgl. Tabelle 1).

Die Entwicklung der aggregierten Sparquote kann also nur bedingt zur Messung des aktuellen Vorsorgeniveaus oder der zukünftigen Erfolge in der Vermögensbildung herangezogen werden, weil sich in den Veränderungen dieser Quoten verschiedene Einflüsse überlagern. So wird auch oder gerade eine erfolgreiche Ausweitung der privaten, kapitalgedeckten Altersvorsorge die aggregierte Sparquote langfristig nicht erhöhen. Wenn die geburtenstarken Jahrgänge im Alter ihr angesammeltes Kapital verzehren, können sie die Sparanstrengungen geburtenschwacher, erwerbstätiger Jahrgänge sogar überkompensieren (vgl. Abschnitt 1.2). Anders formuliert kann die aggregierte Sparquote in einer alternden Gesellschaft fallen, ohne dass sich das Verhalten der einzelnen Jahrgangsgruppen geändert hat. Dieser Effekt wird zudem gefördert durch Kinderlosigkeit und ein Anwachsen der Anzahl der Singlehaushalte, deren Erbschafts- und Absicherungsmotive weniger ausgeprägt sind.

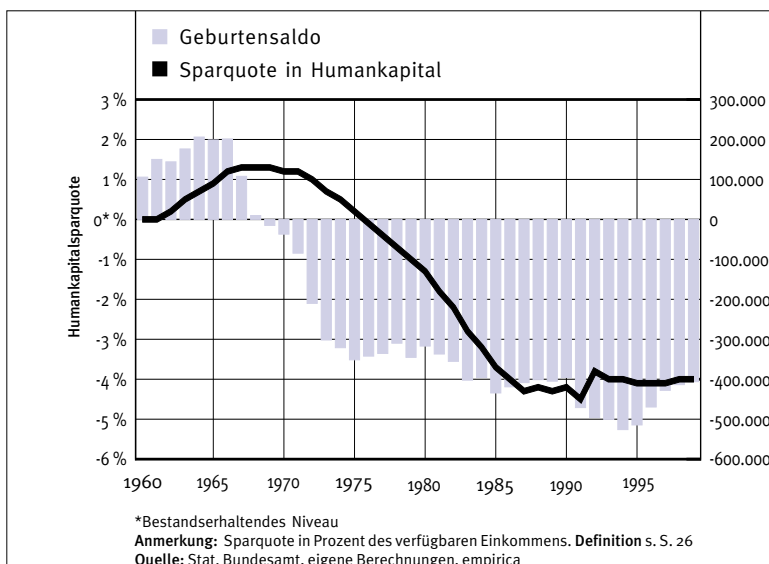


Weitere Relativierungen der Aussagefähigkeit einer aggregierten Sparquote ergeben sich aus Unterinvestitionen in Humankapital, ineffizienten Immobilienmärkten oder Regulierungen der Finanzmärkte. Die resultierenden Verzerrungen werden im Folgenden kurz skizziert und können ebenfalls demonstrieren, warum die aggregierte Sparquote kein sinnvolles Maß zur Bewertung der Alterssicherung darstellt und warum die Deutschen trotz einer hohen aggregierten Sparquote keine „Sparweltmeister“ sind.

#### Unterinvestition in Humankapital

Seit Anfang der 70er Jahre werden in Deutschland deutlich weniger Kinder geboren als in den Perioden zuvor. Die Zahl der Erwerbspersonen und langfristig auch die Bevölkerung werden schrumpfen. Ökonomisch gesprochen wird zu wenig in Humankapital investiert. Die ungünstiger werdende Relation zwischen Rentnern und Erwerbstätigen wurde aber auch nicht durch die verstärkte Bildung von Finanzvermögen kompensiert. Die aggre-

**Abbildung 4:**  
**Geburtensaldo und schematische Sparquote in Humankapital 1960-99**

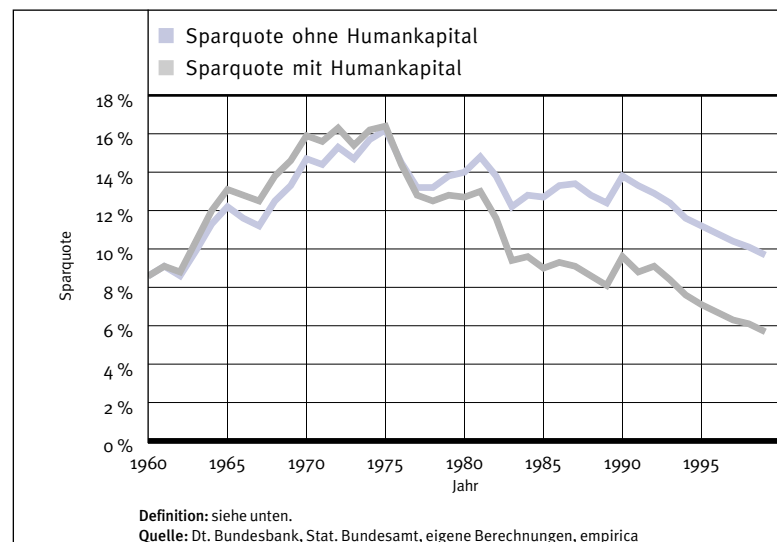


## B. Analyse: Sparverhalten und Versorgungslücken

### Die Deutschen: Keine „Weltmeister“ im Sparen


gierte Sparquote, die für die Bildung von Finanzvermögen steht, hat sich in den letzten 30 Jahren nicht nachhaltig erhöht. Sie ist sogar rückläufig, obwohl sie aufgrund der Altersschichtung hätte steigen müssen: Die Baby-Boomer der 60er Jahre erhöhen gerade den Anteil der 30- bis 40-Jährigen an der Gesamtbevölkerung – diese Lebensphase ist typischerweise sehr sparintensiv.

**Abbildung 5: Gesamtsparquote einschließlich Humankapital 1960-99**



**Definition (Abbildung 4 und 5):** Eine positive/negative Abweichung der Netto-reproduktionsrate von 1 (pos./neg. Geburtensaldo) führt zu einer Erhöhung /Absenkung der Ersparnisse in Humankapital. Zur Illustration wird jedes lebend geborene Kind über einen Zeitraum von 20 Jahren einer jährlichen realen Ersparnis in Höhe von 12.000 DM gleichgesetzt (in Preisen des Jahres 2000; frühere Werte deflationiert mit Konsumentenpreisindex). Dieser Betrag ergibt sich durch monatliche Kosten für die Kindererziehung bzw. -ausbildung von 1.000 DM (vgl. Miegel und Wahl, 1999).

Würde man eine Gesamtsparquote berechnen, die den Gesamteffekt der Bildung von Geldvermögen und der Bildung von Humankapital misst, dann ergibt sich schon seit Mitte der 70er Jahre eine deutlich negative Entwick-



lung (vgl. Abbildung 4 und Abbildung 5). Die Messung einer Humankapitalsparquote ist allerdings problematisch. Hier sind ganz unterschiedliche Komponenten zu erfassen (von Teilen der Lebenshaltungskosten der Kinder und Jugendlichen bis hin zu den Studienkosten). Um die Veränderungen im Zeitablauf zu zeigen, wurde in einer schematischen Betrachtung ein Teil der Erziehungs- bzw. Ausbildungskosten als Ersparnis in Humankapital interpretiert (vgl. Definition unter Abbildung 5). Unterstellt man, dass entsprechende Kosten für jedes Kind über einen Zeitraum von 20 Lebensjahren anfallen, dann ergibt sich in den späten 80er Jahren eine Veränderung der Sparquote in Humankapital von  $-4\%$ . Geburtenstarke Elternjahrgänge haben die Geburtenzahlen ab Ende der 80er Jahre vorübergehend stabilisiert, sodass sich die Veränderung der Sparquote in Humankapital derzeit bei „nur“ rund  $-4\%$  bewegt.

Nach Abzug der so geschätzten „Humankapitalsparquote“ ergibt sich für das Jahr 1998 eine aggregierte Gesamtsparquote von nur noch  $6\%$ , während die reine Finanzsparquote einen Wert von  $10\%$  angibt. Demgegenüber wurde 1970 rund 1 Prozentpunkt in Humankapital gespart, sodass die aggregierte Sparquote unter Berücksichtigung der Humankapitalbildung dort von  $14\%$  auf  $15\%$  nach oben korrigiert werden müsste. Dieser Rückgang der gesamten Sparquote blieb über fast 30 Jahre hinweg ohne Konsequenzen, weil die positiven Rahmenbedingungen der Umlagenrente den direkten Zusammenhang zwischen Kindern und individueller Altersvorsorge vernebelten und eine ständige Verschiebung der intergenerationalen Lastenverteilung erlaubten. Dies wird für eine breite Öffentlichkeit erst jetzt mit einer erheblichen zeitlichen Verzögerung spürbar.

### **Ineffiziente Immobilienproduktion**

Das Ansparen des Eigenkapitals für den Immobilienerwerb und das Tilgen von Baukrediten bestimmen in Deutschland einen großen Anteil der Gesamtsparquote. Eine Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1993 zeigt das Ausmaß der aggregierten Tilgungsleistungen: Die mittlere aggregierte Ersparnis pro Haushalt (Sparquote) betrug in der EVS

## B. Analyse: Sparverhalten und Versorgungslücken


### Die Deutschen: Keine „Weltmeister“ im Sparen

im Jahr 1993 7.735 DM (13,3 %), davon entfielen 2.600 DM (4,5 Prozentpunkte) auf die Tilgung von Baukrediten, so, dass die Ersparnis ohne Tilgung nur bei 5.135 DM lag (8,8 %). Unter plausiblen Annahmen kann zudem der Anteil der Ansparleistungen für den Immobilienerwerb an der gesamten Sparquote auf rund 375 DM bzw. ca. 0,6 Prozentpunkte geschätzt werden.<sup>11</sup>

Nach Schätzungen von McKinsey Global Institute (1997) sind die Baukosten in Deutschland fast doppelt so hoch wie in den USA oder in Holland. Wären die Bau- und Bodenkosten nur 25 % niedriger (bzw. halb so hoch) und hätten die Haushalte ihre Sparanstrengungen proportional reduziert,<sup>12</sup> wäre anstelle einer Sparquote von 13,3 % im Jahr 1993 nur eine Sparquote von 11,9 % (bzw. 10,7 %) notwendig gewesen. Im Umkehrschluss würden 1,4 (bzw. 2,6) Prozentpunkte der deutschen aggregierten Sparquote verschenkt bzw. ineffizient verwandt. In absoluten Zahlen summierte sich diese „Verschwendung“ auf 23,7 (bzw. 42,1) Mrd. DM, die jedes Jahr wirksamer

<sup>11</sup> Zur Schätzung der Zwecksparsumme für Immobilienerwerb: Bei einem mittleren Hauspreis von 400.000 DM und einer typischen Eigenkapitalquote von 25 % müssen 100.000 DM an Eigenkapital bereitstehen. Geht man davon aus, dass die Haushalte im Mittel sieben Jahre ansparen, ergäbe sich eine jährliche Rücklage für den Immobilienerwerb von rund 14.000 DM. Dieser Betrag dürfte jedoch deutlich zu hoch gegriffen sein, da ein Teil des Eigenkapitals aus Zuschüssen oder Transfers stammt (Staat, Arbeitgeber, Verwandte). Unter der großzügigen Annahme, dass lediglich 50 % aus eigener Kraft angespart werden, reduziert sich die individuelle jährliche Ansparleistung auf etwa 7.000 DM. Zur Messung der Auswirkungen auf die aggregierte Sparquote müssen noch weitere Annahmen darüber getroffen werden, wie viele Haushalte in einem Jahr zu den „Ansparern“ gezählt werden können. Aus den Daten der EVS ist bekannt, dass im Jahr 1993 etwa 0,75 % aller Haushalte Immobilien erworben haben. Wenn die Haushalte immer 7 Jahre ansparen, summiert sich deren Anteil demnach auf  $7 \cdot 0,75 \% = 5,25 \%$ . Damit ergibt sich im Aggregat eine jährliche Zwecksparsumme für den Erwerb von Wohneigentum in einer Höhe von  $7.000 \text{ DM} \cdot 5,25 \% \approx 375 \text{ DM}$  oder 0,6 % der Haushaltsnettoeinkommen.

<sup>12</sup> Eine Reduzierung der Anspardauer anstelle einer Reduzierung der jährlichen Ansparsbeträge würde keinen Effekt auf die Sparquote haben, da der einzelne Ansparer zwar relativ mehr spart, im Aggregat aber eine entsprechend geringere Anzahl Haushalte spart.



verwendet werden könnten. Eine deutliche Kostenreduktion wäre durch geringere staatliche Regulierung des Grundstücksangebots und bei einer effizienteren Produktionsweise sicherlich zu erreichen (vgl. BMBAU, 1994).

### **Liberalisierung der Finanzmärkte**

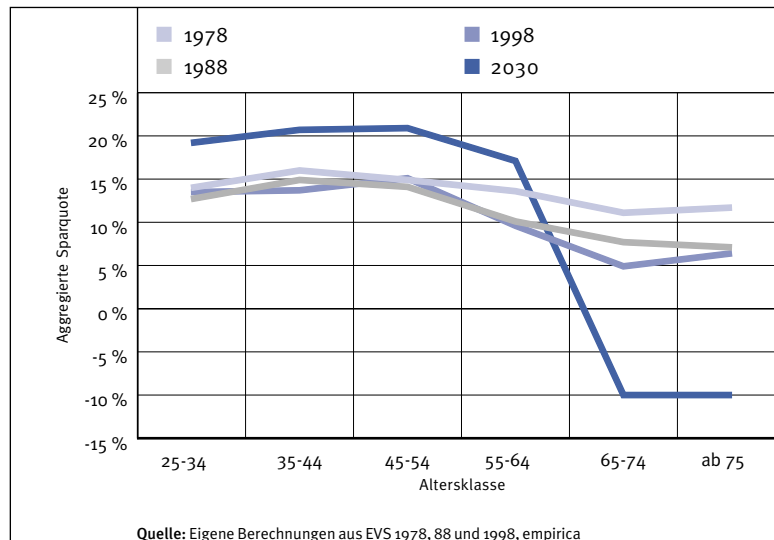
Vor allem in Großbritannien trug die Liberalisierung der Finanzmärkte zu Beginn der 80er Jahre geradezu lehrbuchhaft zum Konsumboom Ende des Jahrzehnts bei. Auch die Entwicklung auf den Versicherungsmärkten tangiert die aggregierte Sparquote erheblich. Versicherungen reduzieren die Sparanforderungen für seltene, aber teurere „Schadensfälle“. Insbesondere in den USA kann die geringe und in Italien kann ein Teil der fallenden Sparquote auf die (teilweise) Liberalisierung des Versicherungsmarkts sowie auf die Verbesserungen im Realkredit zurückgeführt werden.

### **1.2 Die Auswirkungen der demographischen Veränderungen**

Die arbeitsmarktpolitischen und demographischen Veränderungen werden die zukünftige Entwicklung der aggregierten Sparquote stark beeinflussen. Die folgende Modellrechnung verdeutlicht die Dimension der möglichen Auswirkungen verstärkter privater Altersvorsorge im Rahmen der zunehmenden Alterung. In einer Prognoserechnung wird unterstellt, dass langfristig – nach einem graduellen Übergang (s. Erläuterung unter Abbildung 6) – alle Erwerbstätigen 5 Prozentpunkte mehr sparen als heute und die Ruheständler entsprechend weniger sparen bzw. entsparen. Die relativen Einkommenspositionen (vgl. Abbildung 15) werden dabei auf dem Niveau von 1993 konstant gehalten.

## B. Analyse: Sparverhalten und Versorgungslücken Die Deutschen: Keine „Weltmeister“ im Sparen

**Abbildung 6: Aggregierte Sparquoten im Altersquerschnitt 1978-98**  
(Auswahl: früheres Bundesgebiet)

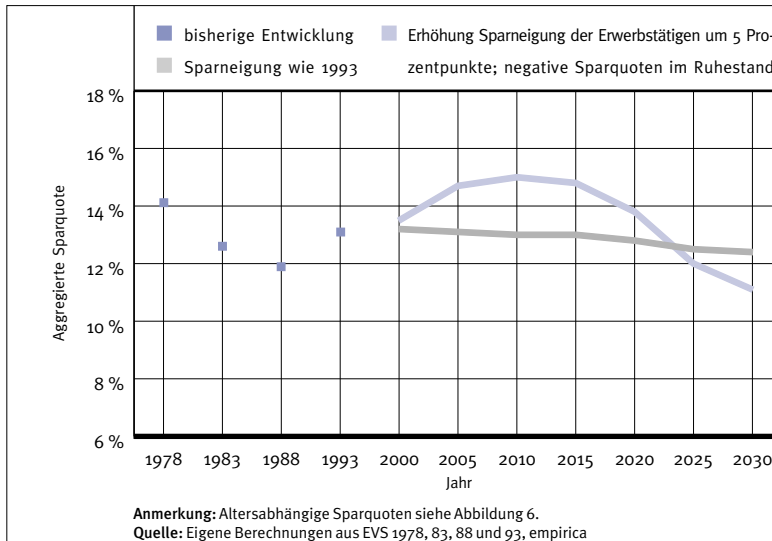


**Anmerkung (Abbildung 6 und 7):** „2030“ = gesetzte Sparquote für Simulationsrechnungen; alle unter 65-Jährigen sparen zukünftig 5 Prozentpunkte mehr als in den 90er Jahren, über 65-jährige Haushalte entsparen 10 %. Im Übergang sparen die 1964-73 Geborenen nur 2,5 Punkte mehr und die 1944-63 Geborenen nur 1,5 Punkte. Die vor 1944 Geborenen behalten ihre bisherigen Sparquoten bei.

Die aus den getroffenen Annahmen resultierende aggregierte Sparquote zeigt deutlich das Muster der zu erwartenden Veränderungen im Zeitablauf (vgl. Abbildung 7).<sup>13</sup> Die zusätzlichen Ersparnisse der Erwerbstätigen erzeugen zunächst eine deutliche Erhöhung der aggregierten Sparquote. Diese Entwicklung kehrt sich unter den getroffenen Annahmen nach dem Jahr 2020 um, weil dann eine zahlenmäßig relevante Geburtskohorte das Renten-

<sup>13</sup> Das tatsächliche **Niveau** im Zeitablauf hängt natürlich vom Ausmaß der effektiven Erhöhung individueller Sparanstrengungen ab.

**Abbildung 7: Modellrechnungen zur aggregierten Sparquote**  
(Auswahl: früheres Bundesgebiet)



alter erreicht und in signifikantem Umfang zu entsparen beginnt. Dieser Effekt wird trotz hoher Rücklagen der noch Erwerbstätigen nicht kompensiert, weil die älteren Haushalte zahlenmäßig an Gewicht gewinnen.

Im dargestellten Szenario würde sich – im Vergleich der Jahre 2000 und 2030 – ein Rückgang der aggregierten Sparquote um 2,4 Prozentpunkte ergeben. Ohne die angenommene Sparquotenerhöhung der Erwerbstätigen würde die aggregierte Sparquote wegen der veränderten Altersschichtung im selben Zeitraum um 0,8 Prozentpunkte absinken. Der Nettoeffekt einer verstärkten privaten Kapitalbildung wäre in diesem Fall also mit einem Rückgang der aggregierten Sparquote um 1,6 Prozentpunkte anzugeben. In der Wirklichkeit hängt der Effekt vom Ausmaß zukünftiger Versorgungslücken und damit auch vom Reformwillen der Parteien ab.<sup>14</sup>

<sup>14</sup> Zum Vergleich: Börsch-Supan (1996) schätzt in einer ähnlichen Simulationsstudie bis 2030 einen Rückgang der aggregierten Sparquote um 2 Prozentpunkte.

## **2. Das Versorgungsniveau und die Vermögensbildung heute**

Vor einer Diskussion um staatliche Maßnahmen zur Anregung der privaten Vermögensbildung als künftigem Element der Alterssicherung muss empirisch geklärt werden, welche Bedeutung und Funktion das Vermögen heute bei gegebenem Sparverhalten und gegebenem Rentenniveau einnimmt. Dazu ist auch zu analysieren, welchen Beitrag die Verrentung privater Vermögensbestände zum verfügbaren Einkommen der heutigen Rentenzugänger leisten kann. Dabei wird deutlich, dass Vermögen bei den Erwerbstätigen heutzutage meist nur kurzfristig gebildet wird und dann dem Erwerb langlebiger Konsumgüter dient. Gemessen am Gegenwert der Rentenansprüche können lediglich Haushalte mit selbst genutztem Wohneigentum bedeutende Vermögensbestände vorweisen.


Ein Sparverhalten, das sich auf kurz- und mittelfristige Ziele konzentriert, war unter den gegebenen Rahmenbedingungen individuell rational. Dazu mussten jedoch auf volkswirtschaftlicher Ebene Finanzierungslasten der Alterssicherungssysteme auf zukünftige Generationen verschoben werden. Zukünftig sind bedeutende Verhaltensänderungen notwendig. Der Anteil langfristiger Vermögensbildung wird im Rahmen verstärkter privater Altersvorsorge deutlich ansteigen müssen. Insbesondere die Anzahl (schuldenfrei) vererbter Immobilien wird zurückgehen, weil das Alterssicherungspotenzial des Eigenheims zukünftig stärker in Anspruch genommen werden muss.

### **2.1 Das Versorgungsniveau am Vorabend des Ruhestandes**

Unter den Rahmenbedingungen des geltenden Rentensystems lässt sich aus den empirischen Informationen über Einkommen und Vermögen ableiten, in welchem Ausmaß das bisherige Erwerbseinkommen zukünftig durch gesetzliche Rente und privates Vermögen kompensiert wird (faktische Ersatzquote).<sup>15</sup> Dazu betrachten wir die am Vorabend des Renteneintritts in

<sup>15</sup> Man könnte auch versuchen abzuleiten, welche Ersatzquote normativ notwendig ist, um den bisherigen Lebensstandard im Rentenalter zu halten. Eine solche Analyse wäre jedoch mit erheblichen Unsicherheiten behaftet (vgl. Abschnitt 5 im Anhang).





den Einkommens- und Verbrauchsstichproben erfassten Vermögen der 55- bis 59-jährigen abhängig Beschäftigten in Relation zu ihren erwarteten Renteneinkommen als angemessen. Diese Prämisse ist empirisch plausibel. Damit ergibt jede zukünftige Absenkung des Rentenniveaus eine zusätzliche Versorgungslücke, die durch private Vermögensbildung geschlossen werden sollte.

#### **2.1.1 Rentner heute: Hohes Konsumniveau**

##### **Alterslängs- vs. Altersquerschnitt**

In einem „Alterslängsschnitt“ wird das Verhalten (hier: die Ausgaben) eines Geburtsjahrgangs in seinem Lebenszyklus zu verschiedenen Zeitpunkten betrachtet. Im Gegensatz dazu stellt ein „Altersquerschnitt“ das Verhalten (hier: die Ausgaben) unterschiedlicher Geburtsjahrgänge zu einem Zeitpunkt dar. Diese unterschiedliche Darstellung ist wichtig, um z.B. Wachstumseffekte von Alterseffekten zu unterscheiden: Beispielsweise steigt das Erwerbseinkommen der meisten Haushalte mit zunehmendem Alter (im Alterslängsschnitt!) bis zur Pensionierung an. Infolge des Wirtschaftswachstums liegen die „Längsschnitte“ früherer Geburtskohorten niedriger. Dadurch kann es in einer Querschnittsbetrachtung zu einem bestimmten Zeitpunkt zu dem irreführenden Ergebnis kommen, dass die Einkommen der Haushalte im Alter fallen. Tatsächlich haben die älteren Haushalte aber schon immer weniger verdient.

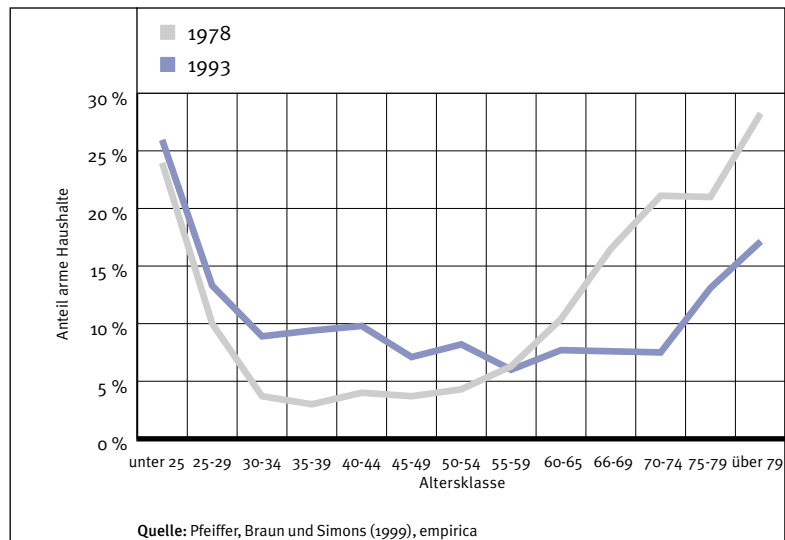
Empirische Daten stützen die These einer angemessenen Versorgung der heutigen Rentner. Die Sparquote der Kohorten der jetzt über 65-Jährigen ist im Vergleich zu den Sparquoten der über 65-Jährigen vor 20 Jahren um gut ein Drittel auf 7,1 % deutlich zurückgegangen (vgl. Abbildung 6). Dabei hat sich die relative Einkommensposition der Rentner nicht verschlechtert. Auch Vermögen musste für den täglichen Konsumbedarf nicht aufgelöst werden (vgl. Abbildung 15). Bei den über 60-Jährigen ist die Armutsquote in den letzten 15 Jahren sogar kontinuierlich um 10 Prozentpunkte abgesunken

## B. Analyse: Sparverhalten und Versorgungslücken

### Das Versorgungsniveau und die Vermögensbildung heute

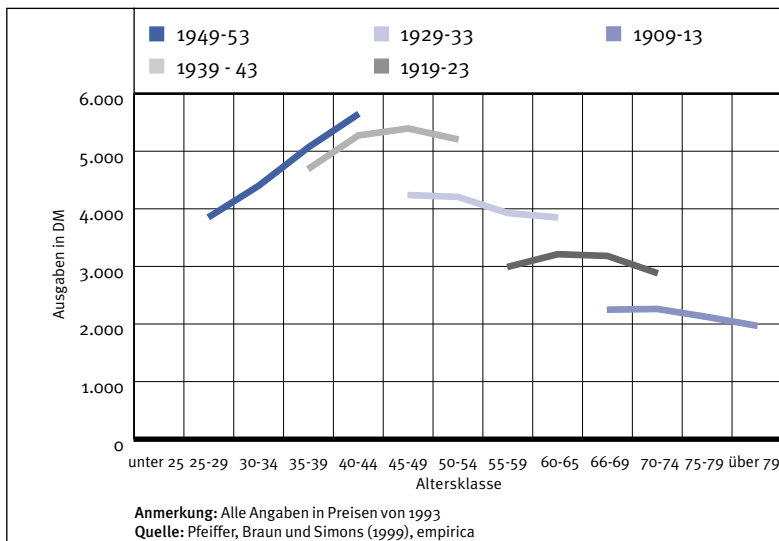
(vgl. Abbildung 8). Gleichzeitig geben die älteren Haushalte heute viel mehr für langlebige Konsumgüter und Freizeitartikel aus als frühere Geburtskohorten (vgl. Abbildung 9).

**Abbildung 8: Absolute Armut im Altersquerschnitt 1978 und 93**  
(Auswahl: früheres Bundesgebiet)



**Definition:** Ein Haushalt ist „absolut arm“, wenn sein Haushaltsnettoeinkommen nach Wohnkosten (ohne Tilgung) kleiner als der doppelte Regelsatz der Sozialhilfe ist. Der Eckregelsatz beträgt für das Jahr 1993 511 DM/Monat; dieser Satz erhöht sich um 80 % für weitere volljährige Haushaltsmitglieder und um 50-90 % für Minderjährige. Zur besseren Vergleichbarkeit wurde für 1978 der deflationierte Eckregelsatz von 1993 verwandt.

**Abbildung 9: Ausgaben für Bildung, Unterhaltung und Freizeit im Alterslängsschnitt ausgewählter Geburtskohorten 1978-93**  
(Auswahl früheres Bundesgebiet)



Parallel haben sich die Haushaltseinkommen der jüngeren Generationen verschlechtert und ist die Armutsquote bei den unter 55-Jährigen gestiegen. Verglichen mit vorherigen Generationen haben auch die Wohneigentumsquoten bei den jüngeren Haushalten nicht zugenommen. Insgesamt sind weder die Sparquoten noch die Geburtenraten der unter 40-Jährigen gestiegen. Die bisherigen und zukünftig absehbaren wirtschaftlichen und demographischen Veränderungen sind hier noch nicht verhaltenswirksam geworden.

## B. Analyse: Sparverhalten und Versorgungslücken

### Das Versorgungsniveau und die Vermögensbildung heute

#### 2.1.2 Tatsächliche Ersatzquoten heute

Die folgende Analyse ermittelt die faktischen Ersatzquoten<sup>16</sup> derjenigen Erwerbstätigen, die Ende der 90er Jahre in Rente gegangen sind. Dazu wurde die Einkommens- und Vermögenssituation der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte mit 55- bis 59-jährigem Haushaltsvorstand betrachtet, wie sie in der EVS 1993 erfasst wurde. Diese Haushalte standen damals kurz vor dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben. Deswegen dürfte deren Vermögensbildung ein Niveau repräsentieren, das Rentner unter bisherigen Bedingungen für subjektiv angemessen hielten.

Im Unterschied zum Konstrukt des so genannten Eckrentners beträgt die faktische mittlere Ersatzquote des letzten Nettoerwerbseinkommens durch die gesetzliche Rente nicht 70 %, sondern nur knapp 60 % (vgl. Tabelle 2a).<sup>17</sup> Die unteren 75 % der Einkommenspyramide unterscheiden sich dabei nur wenig. Erst bei den oberen 25 % (4. Quartil) machen sich die Effekte der Beitragsbemessungsgrenzen bemerkbar – die Ersatzquoten sind hier deutlich geringer. Aus diesem Grund ergeben sich auch bei Angestellten geringere Ersatzquoten als bei Arbeitern, deren Einkommen in der Regel

<sup>16</sup> Definition Ersatzquote: Verhältnis der gesetzlichen Rente (zzgl. verrenteter privater Vermögensbestände) zum vormaligen Erwerbseinkommen.

<sup>17</sup> Die hier berechneten Ersatzquoten beziehen sich auf die gesetzliche Rente des Haupteinkommensbeziehers. Sie dürften den tatsächlichen Lebensstandard etwas unterschätzen, weil keine Privatrenten berücksichtigt sind. Die dazu erforderlichen Informationen werden in den vorhandenen Datensätzen nicht erhoben. Es kann jedoch ein Analogieschluss als Plausibilitätscheck durchgeführt werden: Das Nettoerwerbseinkommen der 55- bis 59-jährigen Arbeiter und Angestellten beträgt im Mittel pro Haushalt laut EVS 1993 52.575 DM p.a., die Nettoerwerbseinkommen der 66- bis 69-jährigen Rentner 22.755 DM p.a. Zur Konstruktion einer Ersatzquote aus den Beobachtungen dieser Geburtskohorten muss das nominale Lohnwachstum (Annahme 4 % p.a.; vgl. Zeitpunkteffekte 1983-93 in Tabelle 21 im Anhang) der jüngeren Kohorte über die Altersdifferenz von zehn Jahren beim Vergleich mit den Rentenbezügen der älteren Kohorte berücksichtigt werden. Dadurch ergeben sich zu „vergleichende“ Rentenbezüge von 33.683 DM und folglich eine Ersatzquote des Erwerbseinkommens eines Hauptverdieners durch **gesetzliche und private** Renten in Höhe von  $33.683/52.575=64\%$ .

unter der Bemessungsgrenze bleibt. Ähnliches gilt für Haushalte mit selbst genutztem Wohneigentum, die im Mittel ein höheres Einkommen erzielen als Mieterhaushalte (vgl. Pfeiffer, Braun und Simons, 1999).

Bezieht man die vorhandenen Geldvermögen (bzw. eine daraus resultierende 20-jährige Annuität) vollständig als Finanzierungsquelle für den Lebensunterhalt mit ein, dann steigen die Ersatzquoten für die vormaligen Erwerbseinkommen, für die Rentenzugänger der 90er Jahre von 59 % auf

<b>Tabelle 2a: Empirische Ersatzquoten 1934-39 geborener Haushaltsvorstände (Angestellte und Arbeiter) durch GRV-Rente (Auswahl: früheres Bundesgebiet)</b>			
	<b>Letztes Nettoerwerbseinkommen DM/Monat</b>	<b>Anfängliche Rentenhöhe DM/Monat</b>	<b>Ersatzquote % Erwerbseink.</b>
<b>Beruf</b>			
Angestellter	4.488	2.350	55 %
Arbeiter	2.975	1.887	63 %
<b>Einkommenschichtung*</b>			
1. Quartil	2.182	1.322	60 %
2. Quartil	3.029	1.879	62 %
3. Quartil	3.796	2.360	62 %
4. Quartil	6.536	3.176	52 %
<b>Wohnstatus</b>			
Mieter	3.348	1.969	60 %
Selbstnutzer	3.956	2.209	59 %
<b>Insgesamt</b>	<b>3.713</b>	<b>2.113</b>	<b>59 %</b>
<i>nachrichtl.:</i>			
Rentendauer 25 Jahre	3.713	2.113	59 %
*Schichtung nach dem Nettoerwerbseinkommen des Haushaltsvorstands. <sup>18</sup>			
<b>Quelle:</b> Eigene Berechnungen aus EVS 1993, empirica			

## B. Analyse: Sparverhalten und Versorgungslücken

### Das Versorgungsniveau und die Vermögensbildung heute

**Tabelle 2b: Empirische Ersatzquoten 1934-39 geborener Haushaltsvorstände (Angestellte und Arbeiter). Erhöhung durch vorhandenes Vermögen (20- und 25-jährige Annuität)**  
(Auswahl: früheres Bundesgebiet)

	Vorhandene Vermögen		Annuität aus Vermögen		Ersatzquote GRV und Vermögen	
	Geldvermögen	zzgl. Immobilien	Geldvermögen	zzgl. Immobilien	Geldvermögen	zzgl. Immobilien
	DM	DM	DM/Monat	DM/Monat	% Erwerbseink.	% Erwerbseink.
<b>Beruf</b>						
Angestellter	108.801	381.162	667	2.336	70 %	110 %
Arbeiter	64.269	282.579	394	1.731	77 %	123 %
<b>Einkommenschichtung*</b>						
1. Quartil	51.256	231.040	314	1.416	75 %	128 %
2. Quartil	61.778	278.160	379	1.704	74 %	118 %
3. Quartil	85.405	336.893	523	2.064	76 %	117 %
4. Quartil	164.280	523.823	1.007	3.210	67 %	102 %
<b>Wohnstatus</b>						
Mieter	58.742	87.975	360	539	71 %	76 %
Selbstnutzer	104.125	492.161	638	3.016	75 %	145 %
<b>Insgesamt</b>	<b>85.992</b>	<b>330.668</b>	<b>527</b>	<b>2.026</b>	<b>73 %</b>	<b>117 %</b>
<i>nachrichtl.:</i>						
25-jährige Annuität	85.992	330.668	466	1.812	71 %	110 %
*Schichtung nach dem Nettoerwerbseinkommen des Haushaltsvorstands. <sup>18</sup>						
Quelle: Eigene Berechnungen aus EVS 1993, empirica						

#### Anmerkung (Tabelle 2a und 2b):

Die Ersatzquoten sind als Mittelwerte der individuellen Ersatzquoten in der Stichprobe berechnet  $[1/n \cdot \Sigma(a/b)]$ . Dadurch ergeben sich Abweichungen bei einer Berechnung der Ersatzquote als Verhältnis der mittleren Rentenhöhe zum mittleren Nettoerwerbseinkommen aus der Tabelle  $[1/n \cdot \Sigma(a/b) \neq 1/n \cdot (\Sigma a / \Sigma b)]$ .

#### Definition 1:

Rentenhöhe = zukünftige anfängliche Höhe der Umlagenrente (Annahme: durchschnittliche Erwerbsbiografie, Struktur der bisherigen Erwerbseinkommen gem. Schätzungen im Anhang,<sup>19</sup>

Niveau der bisherigen Erwerbseinkommen in Abhängigkeit vom aktuellen Erwerbseinkommen); Nettoerwerbseinkommen = letztes Nettoerwerbseinkommen vor Rente; Ersatzquote = Relation zwischen anfänglicher Rentenhöhe und letztem Nettoerwerbseinkommen.

**Definition 2:**

Geldvermögen = Sparguthaben, Bausparguthaben, Wertpapiere und Rückkaufwert Lebensversicherungen abzgl. Bestand Konsumentenkredite; Immobilien = Verkehrswert abzgl. ausstehende Baukredite; Annuität aus Vermögen = theoretisches monatliches Einkommen bei vollständiger Verrentung des vorhandenen Vermögens (Privatrente), Dauer dieser Zahlungen 20 Jahre (nachrichtlich 25 Jahre) bei 4%iger Verzinsung.

73 % (auf 71 % bei 25-jähriger Annuität). Diese Grenzwertrechnung widerspricht natürlich den Präferenzen, weil gewisse fungible Geldvermögen benötigt werden. Wird das Geldvermögen nur zu zwei Drittel aufgebraucht, dann ergäbe dies zusammen mit der gesetzlichen Rente eine Ersatzquote von 68 % statt 73 % (bei 20-jähriger Annuität).

<sup>18</sup> Quartile zerlegen Stichproben in vier Teilmengen mit gleich vielen Beobachtungen, wobei im ersten Quartil die 25 % niedrigsten, im zweiten die 25 % nächsthöheren, im dritten die wiederum nächsthöheren 25 % und im vierten Quartil die 25 % höchsten Einkommen zu finden sind (75 % aller Beobachtungen sind größer als das 1. Quartil, 25 % sind kleiner; das 2. Quartil ist gleich dem Median; 25 % aller Beobachtungen sind größer als das 3. Quartil, 75 % sind kleiner; das 4. Quartil ist das Maximum).

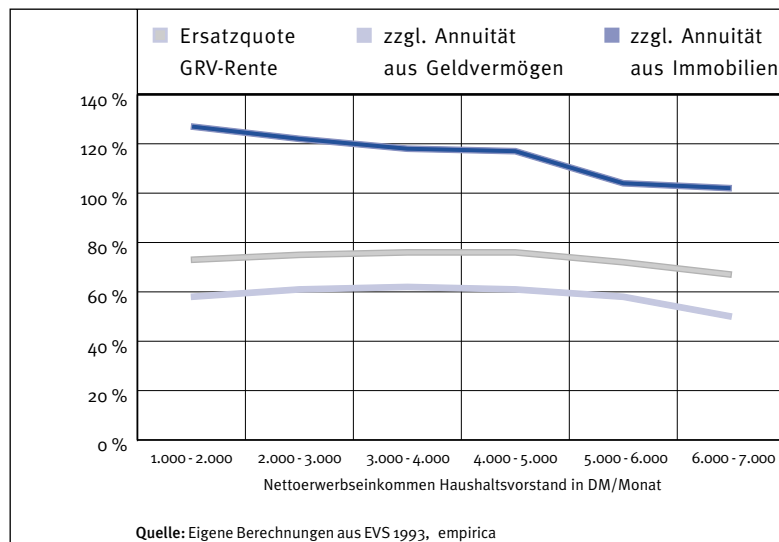
<sup>19</sup> Die Schätzungen der Erwerbseinkommen berücksichtigen sowohl Alterseffekte (Beförderungen, Weiterbildung, Mehrarbeit) als auch Zeitpunkteffekte (Produktivitätsfortschritt, Inflation). Damit lassen sich für sämtliche Geburtskohorten die Pfade der Erwerbseinkommen rekonstruieren (vgl. Tabelle 21 im Anhang). Unter Berücksichtigung der jeweils gültigen Beitragsbemessungsgrenzen kann so die relative Einkommensposition im Erwerbsleben zur individuellen Berechnung der Entgeltpunkte ermittelt und nach Multiplikation mit dem aktuellen Rentenwert von 48,29 DM die anfängliche Rentenhöhe berechnet werden, wie sie sich für die betrachtete Geburtskohorte mittlerweile ergeben hat. Die Mittelwerte der resultierenden Rentenansprüche von Arbeitern und Angestellten wurden abgeglichen mit den Ansprüchen, wie sie sich bei Anwendung der „Faktoren zur Umrechnung von Verdiensten in Altersrenten“ des BMA ergeben hätten.

## B. Analyse: Sparverhalten und Versorgungslücken

### Das Versorgungsniveau und die Vermögensbildung heute

**Abbildung 10: Ersatzquoten des Erwerbseinkommens 1934-39 geborener Haushaltsvorstände** (Angestellte und Arbeiter).

Auswahl: früheres Bundesgebiet



**Definition:** Annuität aus Vermögen = theoretisches monatliches Einkommen bei vollständiger Verrentung des vorhandenen Vermögens (Vermögensverzehr), Dauer dieser Zahlungen 20 Jahre bei 4%iger Verzinsung.

Gemessen an ihrem Lebensstandard haben die unteren Einkommensgruppen trotz ihrer vergleichsweise geringen Vermögensbestände immer noch eine relativ höhere Absicherung als Haushalte aus den oberen Einkommensklassen. Insgesamt besitzen aber nur knapp 7 % (bei 20-jähriger Annuität) der Angestellten- und Arbeiterhaushalte mit 55- bis 59-jährigem Haushaltsvorstand so hohe Geldvermögen, dass sie zusammen mit ihren Rentenansprüchen im Rentenalter keine Einkommenseinbußen hinnehmen müssen.<sup>20</sup>

<sup>20</sup> Weniger als 1 % aller betrachteten Haushalte kann allein aus einer Verrentung des Geldvermögens sein bisheriges Erwerbseinkommen vollständig kompensieren.



Wird neben den Geldvermögen auch der Nettowert von Immobilien berücksichtigt, können die Selbstnutzer ihre Ersatzquote durch die gesetzliche Rente von 59 % (vgl. Tabelle 2a) auf theoretisch 145 % (vgl. Tabelle 2b) mehr als verdoppeln. Allerdings verbergen sich hinter diesen Mittelwerten enorme Streuungen: Rund die Hälfte aller betrachteten Haushalte, aber mehr als drei Viertel der Selbstnutzer und weniger als 10 % der Mieter hätten die Möglichkeit, ihr bisheriges Erwerbseinkommen im Rentenalter

**Tabelle 3: Verteilung der empirischen Ersatzquoten durch Rente und eigenes Vermögen 1934-39 geborener Haushaltsvorstände (Angestellte und Arbeiter);**  
alle Angaben in Prozent

Perzentile	20-jährige Annuität			25-jährige Annuität		
	Alle Haushalte	Mieter	Selbstnutzer	Alle Haushalte	Mieter	Selbstnutzer
5	61	57	77	61	57	73
10	64	61	87	63	60	83
25	71	65	107	70	64	101
50	105	69	130	99	68	121
75	141	79	159	131	77	146
90	189	95	213	172	90	193
95	226	125	261	205	117	236
Mittelwert	117	77	144	110	74	133
Anteil über 100	53	9	82	49	8	76

**Lesebeispiel:** Betrachtet man alle 55- bis 59-jährigen Angestellten- und Arbeiterhaushalte, dann können die 25 % „ärmsten“ Haushalte 71 % ihres letzten Erwerbseinkommens durch Umlagenrente und Verrentung ihrer gesamten Vermögensbestände aufrechterhalten. Unter den Mieterhaushalten erreichen die 25 % „ärmsten“ nur eine 65%ige Kompensation, während die 25 % „ärmsten“ Selbstnutzer ihr letztes Erwerbseinkommen mehr als kompensieren könnten (107 %).

**Annahmen:** s. Tabelle 2.

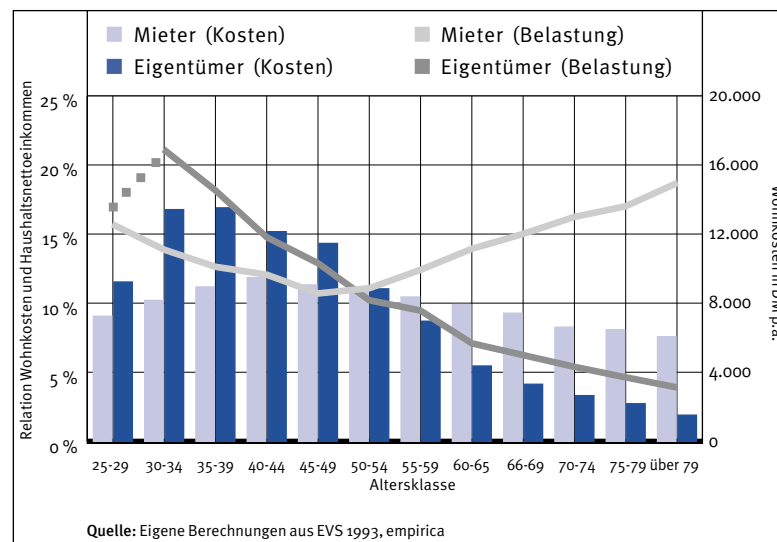
**Quelle:** Eigene Berechnungen aus EVS 1993, empirica

## B. Analyse: Sparverhalten und Versorgungslücken

### Das Versorgungsniveau und die Vermögensbildung heute


vollständig aufrechtzuerhalten, wenn sie neben ihrer Umlagenrente ihr Geldvermögen und ihre Immobilien vollständig verrenten würden (vgl. Tabelle 3).<sup>21</sup>

**Abbildung 11: Mittelwert der Wohnkostenbelastung von Mietern und Selbstnutzern im Altersquerschnitt 1993** (Auswahl: Haushalte aus dem 3. Einkommensquartil je Altersklasse)



**Anmerkung (Abbildung 11):** Wohnkosten sind Mietzahlungen und Nebenkosten bei Mietern bzw. Zins-, Tilgungs- und Unterhaltungskosten sowie Nebenkosten bei Selbstnutzern (jeweils abzüglich evtl. Einnahmen aus Untervermietung). Im „dritten Einkommensquartil je Altersklasse“ befinden sich jeweils diejenigen Haushalte, deren Nettoeinkommen in der betreffenden Altersklasse größer als das der unteren Hälfte der Einkommensverteilung, aber kleiner als das der oberen 25 % der Einkommensverteilung ist. Damit werden trotz der Querschnittsbetrachtung dem Einkommen nach vergleichbare Haushalte betrachtet.

<sup>21</sup> 16 % aller betrachteten Haushalte (26 % der Selbstnutzer und 3 % der Mieter) können allein aus einer Verrentung ihrer Immobilien ihr bisheriges Erwerbseinkommen vollständig kompensieren.



Selbst wenn die Eigenheimer ihre Immobilie nicht verrenten, ergibt sich aber ein erheblicher Einkommenssicherungseffekt, weil ihre Lebenshaltungskosten durch das Wohnen im entschuldeten Eigenheim deutlich unter denen vergleichbarer Mieterhaushalte liegen (vgl. Abbildung 11). Verglichen mit den Gegenwerten der Rentenansprüche sind die privaten Vermögensbestände der Mieter gering. Der überwiegende Teil ihrer Alterssicherung stammt aus dem Umlagesystem (vgl. Abbildung 17 in Teil C). Eigentumsbildung dagegen bedeutet die Entscheidung für eine sparsintensive Lebensform. Das führt im Rentenalter zu niedrigeren Wohnkosten und höheren verfügbaren Einkommen, was wiederum im Vergleich zu einem Mieterhaushalt eine höhere Sparquote erlaubt. Als Rentner sind Wohneigentümer dann bei vergleichbaren Lebenseinkommen nicht unbedingt wegen einer höheren Rendite des Immobilienvermögens reicher, sondern weil sie mehr gespart haben und infolge der niedrigen Wohnkosten im Alter bei identischen Einkommen ein höheres sparfähiges Einkommen erreichen.

Insgesamt kann festgehalten werden: Abgesehen vom Wohnstatus, der zu beträchtlichen Unterschieden in der privaten Vermögensausstattung führt, können anhand objektiver Haushaltscharakteristika – insbesondere der Einkommenshöhe – keine Fälle gefunden werden, deren bisheriger Lebensstandard im Ruhestand überdurchschnittlich fällt. Erst individuelle Biografien würden kritische Fälle isolieren. Einmal dürfte es sich dabei um Haushalte mit hohen Ausfallzeiten bei den GRV-Beiträgen handeln. Als Ursache kommen Scheidungen, lange Ausbildungszeiten, Umschulungen oder langjährige Arbeitslosigkeit in Betracht. Daneben werden Haushalte mit geringer Sparneigung zu „Problemfällen“. Empirische Potenzialschätzungen sind jedoch nicht möglich, da diese subjektiven Charakteristika nicht Gegenstand einschlägiger Datenerhebungen sind.<sup>22</sup>

<sup>22</sup> Deswegen konnten auch die dargestellten Schätzungen der zukünftigen Rentenansprüche nur unter der Annahme typischer Erwerbsbiografien konstruiert werden (vgl. Anhang).

## **2.2 Vermögensbildung im Lebenszyklus**

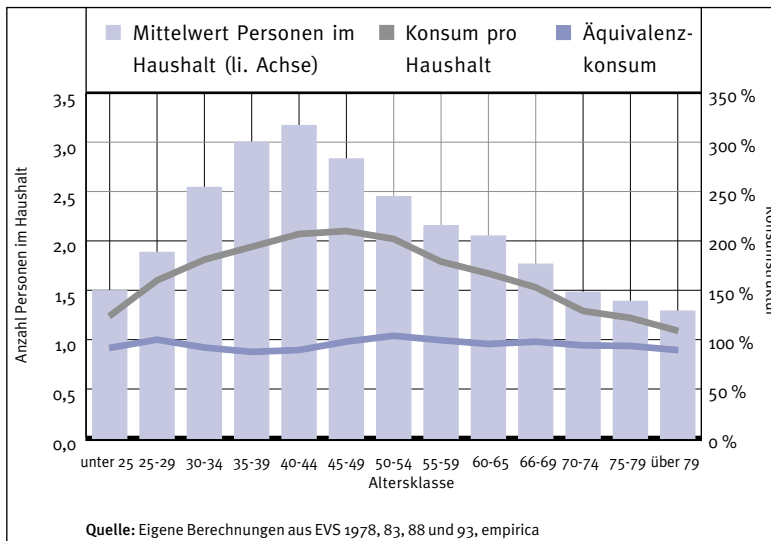
Sparen soll das zeitliche Auseinanderklaffen von Konsumbedürfnissen und verfügbarem Einkommen kompensieren oder überbrücken. Haushalte sparen dann mehr, wenn die aktuellen Konsumbedürfnisse niedriger als das aktuelle Einkommen sind oder wenn das aktuelle Einkommen im Vergleich zum zukünftig erwarteten Einkommen hoch ist. Deswegen führt ein hohes Einkommen per se nicht zu hohen Ersparnissen. Dasselbe gilt für einen Erwerbstätigen, der eine hohe Rente erwartet. Die Analyse der Vermögensbildung Erwerbstätiger soll deswegen mit einer Betrachtung des typischen Verlaufs der Konsumausgaben und der Erwerbseinkommen im Lebenszyklus beginnen.

Die Struktur der realen Konsumausgaben unterscheiden sich kaum zwischen einzelnen Geburtskohorten und weisen einen umgekehrt u-förmigen Verlauf auf (vgl. Abbildung 12). Dieses Muster wird durch die unterschiedliche Haushaltszusammensetzung in den einzelnen Altersklassen verursacht. Die Äquivalenzausgaben<sup>23</sup> der Haushalte unterscheiden sich demgegenüber in den verschiedenen Altersschichten kaum.<sup>24</sup>

<sup>23</sup> Dabei werden die Konsumausgaben um die Haushaltsgröße bzw. -zusammensetzung korrigiert (vgl. Anhang).

<sup>24</sup> Dieser Verlauf der Konsumausgaben kann genauso in anderen Ländern beobachtet werden. Die Konsumausgaben erreichen einen Scheitelpunkt um das Alter von 45 Jahren. Danach fallen die Ausgaben deutlich ab. Allerdings geht dieser Abstieg in den einzelnen Ländern unterschiedlich schnell. Die Ursache dürfte insbesondere in den unterschiedlichen Haushaltsstrukturen zu finden sein. Auch die Struktur der Erwerbstätigkeit spielt eine bedeutende Rolle: In Deutschland und Großbritannien scheiden die Erwerbstätigen mit etwa 60 in großer Zahl aus dem Erwerbsleben aus. In den USA streuen die Werte stärker mit entsprechend unterschiedlichen Effekten auf Haushaltseinkommen und Konsumgewohnheiten. Die Einkommenseffekte variieren zudem durch die unterschiedlichen Niveaus der Alterseinkommen.

**Abbildung 12: Struktur der Konsumausgaben im Alterslängsschnitt**  
(Auswahl: früheres Bundesgebiet)



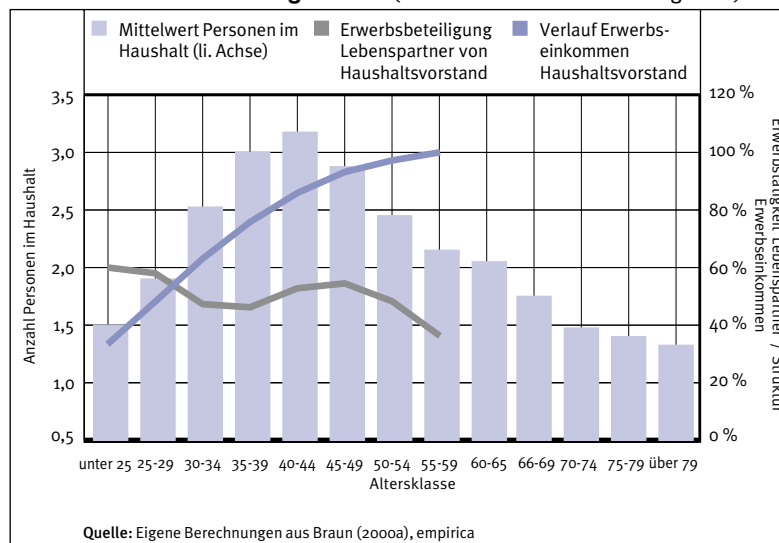
**Anmerkung (Abbildung 12):**

Zur Ermittlung des Äquivalenzkonsums werden die Haushaltsausgaben durch eine gewichtete Haushaltsgröße dividiert (s. Anhang). Alle Angaben sind normiert, sodass der Äquivalenzkonsum 25- bis 29-jähriger Haushalte 100 % beträgt. Der „Konsum pro Haushalt“ ergibt sich dann durch Multiplikation des Äquivalenzkonsums mit der gewichteten Haushaltsgröße.

Ein Vergleich der Ausgabenstruktur mit der Struktur der Erwerbseinkommen und der Erwerbsbeteiligung von Lebenspartnern (vgl. Abbildung 13) gibt einen Hinweis darauf, in welchen Phasen des Lebenszyklus ein typischer Haushalt hohe Sparleistungen entwickeln kann. Unter 30-jährige Haushaltsvorstände beziehen zwar noch vergleichsweise geringe Erwerbseinkommen, dafür müssen sie nur wenige Haushaltsmitglieder versorgen und

## B. Analyse: Sparverhalten und Versorgungslücken Vermögensbildung im Lebenszyklus

**Abbildung 13: Struktur des realen Nettoerwerbseinkommens des Haushaltsvorstands und der Erwerbsbeteiligung des Lebenspartners im Alterslängsschnitt** (Auswahl: früheres Bundesgebiet)



**Anmerkung (Abbildung 13):** Das Erwerbseinkommen des Haushaltsvorstands wird so normiert, dass es bei 55- bis 59-jährigen Haushalten 100 % beträgt.

können häufig auf ein zweites Erwerbseinkommen des Lebenspartners zurückgreifen. Diesem hohen kurzfristigen Sparpotenzial stehen mittelfristig hohe Konsumausgaben gegenüber, die im Rahmen des sporadischen Erwerbs von langlebigen Konsumgütern anfallen (Möbel, größere Haushaltsgeräte, PKW). Schätzungen von Braun (2000a) zeigen, dass der Medianhaushalt in dieser Lebensphase etwa 25 bis 30 % seines Bruttogeldvermögens kurzfristig zu Konsumzwecken wieder auflöst (vgl. Tabelle 4).

**Tabelle 4: Anteil der kurzfristigen Vermögensbildung am Bruttogeldvermögen im Altersquerschnitt 1993**

Altersklasse	Lebensversicherung	
	unberücksichtigt	berücksichtigt
unter 25	35 %	30 %
25-29	33 %	25 %
30-34	31 %	21 %
35-39	30 %	17 %
40-44	27 %	14 %
45-49	26 %	12 %
50-54	21 %	10 %
55-59	18 %	9 %
Insgesamt	27 %	15 %

**Definition:** kurzfristige Vermögensbildung = erwartete jährliche Ausgaben für langlebige Konsumgüter / Bruttogeldvermögen; Bruttogeldvermögen = Sparbücher, Wertpapiere, Bausparverträge; Lebensversicherungen berücksichtigt / unberücksichtigt = Bruttogeldvermögen mit/ohne Rückkaufswert Lebensversicherungen.

**Quelle:** Braun (2000a), empirica

Die typischen Erwerbseinkommen der Haushaltsvorstände im Alter 30 bis 45 Jahre steigen zwar deutlich an, gleichzeitig steigen aber die Konsumausgaben als Folge der Familienvergrößerung. Parallel verringern sich oft die Einkommen der Lebenspartner. Im Ergebnis sind in dieser Lebensphase keine überdurchschnittlichen Sparleistungen zu erwarten. Der Äquivalenzkonsum ist in diesem Abschnitt sogar unterdurchschnittlich. Die mit dem baldigen Erwerb der „eigenen vier Wände“ zu beobachtenden Sparanstrengungen der Haushalte in dieser Altersklasse widersprechen dieser These nicht. Bei den Erwerbern von selbst genutztem Wohneigentum kommt es zu einem weit überproportionalen Konsumverzicht. Sie schränken insbesondere den Erwerb langlebiger Konsumgüter ein und beanspruchen seltener Konsumentenkredite. Außerdem sind – trotz der Kinder – häufiger beide Lebenspartner erwerbstätig (vgl. Braun 1998).

## B. Analyse: Sparverhalten und Versorgungslücken Vermögensbildung im Lebenszyklus


Dieses Bild ändert sich jedoch dramatisch, wenn keine Kinder zu versorgen sind. Dann fehlt ein zentrales Motiv für den Wunsch nach Wohneigentum (vgl. Pfeiffer und Braun, 1998), und es steht auch einer durchgängigen Erwerbsbeteiligung beider Lebenspartner nichts mehr im Wege. Wenn also die rückläufige Geburtenrate neben der längeren Lebenserwartung die Krise des derzeitigen Umlagesystems auslöst, dann eröffnet gerade der Verzicht auf Kinder auch das Potenzial für eine verstärkte private Alterssicherung!

### **Beispielrechnung: Gesparte Erziehungskosten**

Unterstellt man durchschnittliche monatliche Kosten für die Kindererziehung bzw. -ausbildung von 1.000 DM (vgl. Miegel und Wahl, 1999), so ergibt sich bei einem durchschnittlichen Bruttoerwerbseinkommen 30- bis 39-jähriger Doppelverdiener von 105.000 DM durch Kinderlosigkeit ein zusätzliches Sparpotenzial von gut 10 % des Bruttoeinkommens. Wenn dieser Betrag ab dem 30. Lebensjahr über einen Zeitraum von 20 Jahren jährlich angespart wird, summiert sich das resultierende Vermögen mit Zinseszinsen (Annahme: 4 % Zinsen) bis zu einem Alter von 60 Jahren auf über eine halbe Mio. DM. Aus diesem Zusatzvermögen könnte über 20 (25) Jahre eine monatliche Privatrente in Höhe von rund 3.300 (3.000) DM finanziert werden.

In der dritten Erwerbsphase des Haushaltsvorstands, im Alter von 45 bis etwa 60 Jahren, „verbessern“ sich die Rahmenbedingungen für die Vermögensbildung. Auf der Spitze der Karriereleiter flachen die Einkommenssteigerungen ab, gleichwohl garantiert das Senioritätsprinzip – zumindest bisher – diesen Altersgruppen die höchsten Erwerbseinkommen. Auch der Lebenspartner kann jetzt wieder häufiger einer eigenen Erwerbstätigkeit nachgehen. Die Konsumausgaben sinken, weil die Kinder den Haushalt verlassen. Gleichzeitig gewinnt in dieser Phase die Absicherung des





Lebensstandards im Alter an Bedeutung. Nur noch etwa 10 % der vorhandenen Bruttogeldvermögen werden jetzt mittelfristig für langlebige Konsumgüter wieder aufgelöst (vgl. Tabelle 4). Analog steigt die mittlere Reichweite des Nettogeldvermögens (ohne Lebensversicherungen) in dieser Lebensphase zum ersten Mal deutlich von rund 6 auf etwa 8 Monatseinkommen an (vgl. Abbildung 14).<sup>25</sup> Der folgende Anstieg auf 12 Monatseinkommen (ohne Lebensversicherungen) bei den Rentnern wird in erster Linie durch die geringeren Alterseinkommen verursacht. Weitere Ersparnisse aus den Alterseinkommen sind für diesen Effekt kaum verantwortlich.

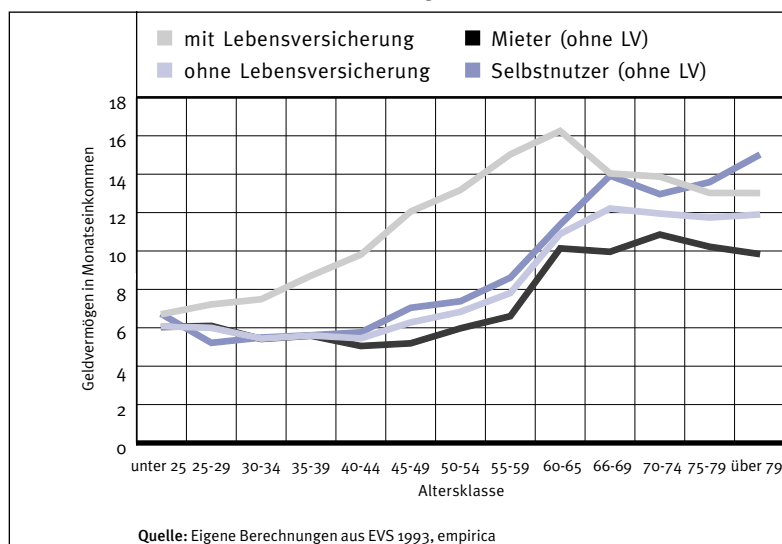
Die Steigerung der Reichweite des Geldvermögens auf 8 monatliche Haushaltsnettoeinkommen (55- bis 59-jährige) ist gering, denn Geldvermögen in dieser Höhe reichen bei weitem nicht aus, um die zukünftig zu erwartenden Versorgungslücken in der Alterssicherung zu kompensieren. Selbst eine geringe Absenkung des Eckrentenniveaus von 70 % auf 64 % würde die Ersatzquote eines Durchschnittsverdieners von 59 % auf 54 % um 5 Prozentpunkte absenken. Bei einer Lebenserwartung der 60-Jährigen von nur 20 Jahren und einer großzügig angenommenen sicheren Verzinsung von 6 Prozent müsste dann das 7fache des letzten monatlichen Nettoerwerbseinkommens zur Kompensation dieser zusätzlichen Einkommenslücke verfügbar sein. Im Ergebnis würde das im Mittel vorhandene Lebensversicherungsvermögen (rd. 45 TDM) gerade die Folgen einer Mini-Rentenreform ausgleichen. Ein doppelt so hohes Vermögen und damit zusätzlich das gesamte Geldvermögen eines heutigen durchschnittlichen 55- bis 59-jährigen Erwerbstätigen wäre zur Kompensation gefordert (zusammen rd. 85.000 DM), wenn eine umfangreichere Reform das Eckrentenniveau von 70 % auf 57 % absenken würde. Für größere Anschaffungen, Reisen oder Instandsetzungen der Wohnung bliebe dann nichts mehr übrig.

<sup>25</sup> Diese Beobachtung gilt auch im Alterslängsschnitt (vgl. Abbildung 18 im Anhang).

## B. Analyse: Sparverhalten und Versorgungslücken Vermögensbildung im Lebenszyklus

**Abbildung 14: Nettogeldvermögen im Altersquerschnitt als Vielfaches des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens 1993**

(Auswahl: früheres Bundesgebiet)



**Anmerkung:** Geldvermögen in Monatseinkommen = Nettogeldvermögen / monatliches Haushaltsnettoeinkommen (ohne Mietwert der selbst genutzten Wohnung); „mit Lebensversicherung“ = Nettogeldvermögen zzgl. Rückkaufwerte der Lebensversicherungen (LV).

Die geringen Geldvermögensbestände der deutschen Haushalte müssen im Kontext der heute noch hohen Renten im Umlagesystem gesehen werden.<sup>26</sup> Das vorwiegende Sparmotiv besteht statistisch gesehen – insbesondere bei den Haushalten mit unter 40-jährigem Haushaltsvorstand – nicht in der Altersvorsorge. Es werden kurzfristige Ansparprozesse für den Erwerb langlebiger Konsumgüter hintereinander geschaltet. Im Umkehrschluss würde eine deutliche Reduzierung des derzeitigen Rentenniveaus eine drastische Verhaltensänderung bei den Haushalten erfordern. Es ist offen, ob die Haushalte ihr Verhalten rechtzeitig an neue Rahmenbedingungen anpassen.

### **Exkurs: Sparen als „Luxus“**

Der hohe Anteil kurzfristiger Sparprozesse erklärt auch, warum Sparen in unserer Gesellschaft sehr stark als „Luxus“ gesehen wird. Kurzfristige Sparprozesse werden überwiegend zum späteren Erwerb teurer Konsumgüter eingesetzt. Insofern existiert eine Art „Mindesteinkommen“, oberhalb dessen hochwertige Konsumgüter verstärkt gekauft werden bzw. kurzfristige Vermögensbildung erst relevante Ausmaße einnimmt. Haushalte mit geringem Einkommen erwerben seltener aufwendige langlebige Konsumgüter (Auto, teure Möbel, Weltreise ...), die hohe Anzahlungen und Vorsparen erfordern, und unterlassen deshalb (kurzfristige) Vermögensbildung. Alternativ nehmen sie zum Erwerb einen Konsumentenkredit auf und entsparen deshalb in der kurzen Frist.

Im Unterschied dazu bedeutet Sparen für die lange Frist die intertemporale Verteilung vorhandener Ressourcen über den gesamten Lebenszyklus und repräsentiert deshalb keine Vorbereitung auf „Luxuskonsum“. Deswegen wird unter dem Eindruck des aufwendigen Umlagesystems oft übersehen, dass alle Haushalte, unabhängig vom individuellen Einkommen (Ausnahme: unterhalb der Grenzen der Sozialhilfe) prinzipiell in der Lage sind, langfristig zu sparen. Eine grundsätzliche Sparunfähigkeit existiert dagegen nicht. Sie wird allerdings hervorgerufen durch negative Sparanreize, wie sie etwa durch Bedürftigkeitsprüfungen bei der Gewährung von Sozialhilfe entstehen.

<sup>26</sup> Edwards (1995) analysiert die Determinanten der Vermögensbildung anhand von Paneldaten mit der Entwicklung der aggregierten Sparquoten in 36 Ländern von 1970 bis 1992. Seine Ergebnisse zeigen, dass staatliche Sozialversicherungssysteme einen negativen Einfluss auf die private Sparquote ausüben (vgl. dazu auch Kotlikoff 1979). Kim (1992) stellt in seiner empirischen Analyse für Deutschland eine Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Konsumquote durch die GRV um rund 11 % fest. In Italien zum Beispiel war bis 1952 die Rentenversicherung vollständig kapitalgedeckt. Ende der 60er und in den 70er Jahren wurde das System nach der vollständigen Umstellung auf das Umlageverfahren immer großzügiger bzgl. Anspruchsberechtigung und Ersatzquote. Im europäischen Vergleich nimmt die Ersatzquote einen Spitzenplatz ein. In den Jahren 1992 und 1995 wurde das System reformiert und wurde weniger großzügig. Empirisch kann für Italien ein Zusammenhang zwischen aggregierter Sparquote und Entwicklung des Rentensystems gezeigt werden (vgl. z.B. Japelli und Pagano, 1998).

## B. Analyse: Sparverhalten und Versorgungslücken

### Mögliche Verhaltensänderungen in der Zukunft

Ein gewisser Wertewandel hat bereits eingesetzt. In einschlägigen Befragungen (vgl. z.B. DIA-Studie von Adelt et al., 1999) scheint den Haushalten durchaus bewusst zu sein, dass sie mehr als bisher für ihre Altersvorsorge selbst ansparen müssen. Über drei Viertel der Befragten einer repräsentativen Umfrage (vgl. Börsch-Supan, 2000a) erwarten eine Krise der Umlagenrente, insbesondere eine Absenkung des Rentenniveaus und ein deutlich höheres Rentenalter. Nur noch ein Drittel der unter 25-Jährigen erwartet, dass die GRV die Haupteinkommensquelle im Alter sein wird – die meisten geben der privaten Altersvorsorge den größten Stellenwert.

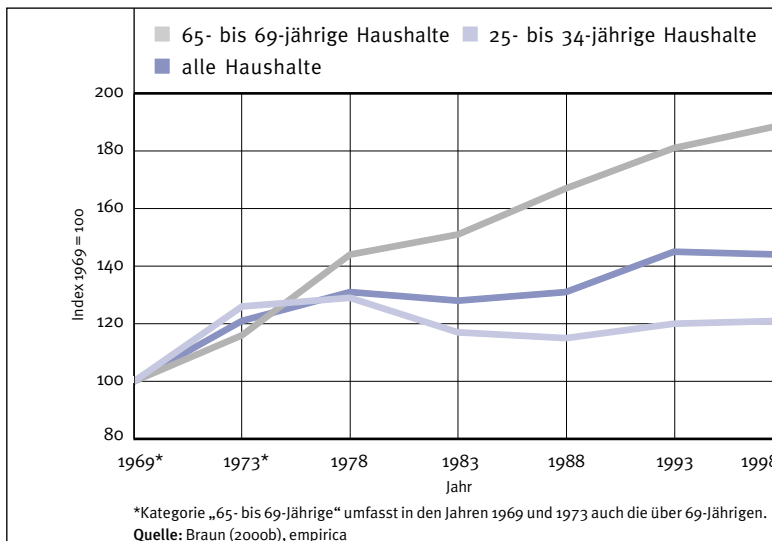
Diese Erkenntnis hat sich aber noch nicht in konkreten Handlungsweisen niedergeschlagen. Dies zeigen die empirischen Auswertungen. Die Gründe für den langsamen Umdenkprozess sind vielschichtig: An erster Stelle ist die Beruhigungsstrategie und deswegen mangelnde Aufklärung der Politik zu nennen (Norbert Blüm: „Die Rente ist sicher“). Aber auch die über viele Jahre hinweg geprägten und „vererbten“ Handlungsweisen der Haushalte können nicht von heute auf morgen abgeschüttelt werden. Daneben existieren wahrscheinlich auch Illusionen über die Höhe zukünftiger Erbschaften und damit über die Verwendung zur Alterssicherung bzw. über das zukünftige Wachstum der Einkommen.

### 2.3 Mögliche Verhaltensänderungen in der Zukunft

Aus dem bisher beobachtbaren Verhalten lassen sich allgemeine Folgerungen ziehen. So spiegelt die im Vergleich zur Umlagenrente – insbesondere bei Mietern – geringe Vermögenshöhe günstige Erwartungen über das Rentenniveau wider. Tatsächlich haben sich die Rentner in ihrer Einkommensposition seit Jahren immer weiter verbessert (vgl. Abbildung 15) und ihre Sparquoten bleiben auch im Rentenalter überwiegend positiv.<sup>27</sup>

<sup>27</sup> Die Sparquote der über 60-Jährigen beträgt 1993 rund 3 %. Dabei weisen Haushalte, die im laufenden Jahr mehr als ein Monatseinkommen für langlebige Konsumgüter oder Urlaubsreisen ausgeben, eine Sparquote von -7 %, die restlichen Haushalte dagegen eine Sparquote von 8 % auf (vgl. Braun, 2000, S. 243).

**Abbildung 15: Entwicklung der realen Haushaltsnettoeinkommen 1969-98**  
(Index 1969=100; Auswahl: früheres Bundesgebiet)



**Definition:** Einkommen in Preisen von 1998 (inflationiert mit Preisindex für Lebenshaltung) und indiziert auf 1969=100.

Das Vermögen wird gegenwärtig nicht kontinuierlich zur Sicherung des Lebensstandards aufgelöst. Offensichtlich spielten bei der Bildung der vorhandenen Vermögen (auch) andere Motive eine Rolle. Dazu dürfte insbesondere das Erbschaftsmotiv zählen.


Die kalkulierten Ersatzquoten stellen dar, welches Gewicht die gegenwärtig vorhandenen Vermögen als Instrument der Einkommenssicherung hätten (vgl. Tabelle 2). Dabei wird nicht unterstellt, dass die Haushalte ein solches Ziel tatsächlich mit ihren Ersparnissen erreichen wollten. Die Rechnungen liefern „lediglich“ einen Referenzmaßstab. Die geringe Erhöhung der GRV-Ersatzquote durch private Vermögen deuten gleichzeitig an, dass unter den Bedingungen eines unzureichenden Rentenniveaus insbesondere Mieter-

## B. Analyse: Sparverhalten und Versorgungslücken Mögliche Verhaltensänderungen in der Zukunft

haushalte erhebliche zusätzliche Ersparnisse ansammeln müssten, um zusätzliche Einkommenslücken in der Zukunft zu schließen. Allerdings müsste die zusätzliche Versorgungslücke nicht vollständig durch zusätzliches Sparen geschlossen werden, da das schon bei heutigem Sparverhalten angesammelte Vermögen teilweise für die Sicherung des Lebensstandards gedanklich umgebucht werden könnte. Empirisch abgesicherte Werte über solche Verwertungsänderungen stehen bisher nicht zur Verfügung.

Die Analyse zeigt auch, dass im Alter de facto eine Art Zweiklassengesellschaft besteht. Die Haushalte mit Wohneigentum verfügen über ein Mehrfaches der Vermögensbestände der Mieter. Diese Aussage gilt im Übrigen auch, wenn man die unterschiedlichen Einkommen dieser Haushaltstypen berücksichtigt (vgl. Pfeiffer, Braun und Simons, 1999). Wohneigentum wird aus sehr komplexen Motiven erworben (sicheres Wohnen, Prestige, Vermögensbildung, Alterssicherung, Risikopuffer) und fast regelmäßig weitgehend entschuldet vererbt. Nur in Krisensituationen wird es veräußert – etwa wenn hohe Pflegekosten zu finanzieren sind. Das selbst genutzte Wohneigentum bietet ein enormes Potenzial an Alterssicherungsreserven. Man kann erwarten, dass eine zukünftige Absenkung des Rentenniveaus bei den betroffenen Eigentümerhaushalten Verhaltensänderungen hervorruft, die wegen der Höhe der betroffenen Vermögen auch quantitativ relevant wären.

Je höher der Bedarf nach privater Absicherung, desto eher werden Selbstnutzer bereit sein, ihre Immobilie zumindest teilweise zu verrenten, neu zu beleihen oder im Ruhestand aus den zu großen Familienheimen auf kleinere und preiswertere Objekte umzusteigen. Auch die steigende Kinderlosigkeit, die das Vererbungsmotiv in den Hintergrund drängt, kann die Verkaufs- und Verwertungsbereitschaft erhöhen. Die tradierte Rolle von Wohneigentum kann sich verändern, wenn künftig weit häufiger bewusst kalkuliert ein Vermögen zur Sicherung des Lebensstandards im Alter angesam-



melt wird. In jedem Fall kann man für die Gruppe der vermögensreichen Wohneigentümer nicht unterstellen, dass eine zukünftige Alterssicherungslücke voll durch zusätzliche Ersparnis geschlossen werden könnte.

#### **Exkurs: Leibrenten**

Selbst genutztes Wohneigentum birgt ein beachtliches Potenzial zur privaten Altersvorsorge. Abgesehen von unterlassenen Instandsetzungen wird dieses Potenzial allerdings typischerweise nicht realisiert. Nur die ersparte Miete wird als „Dividende“ von Wohneigentum in Anspruch genommen.<sup>28</sup> Dadurch muss „unnötig“ viel Vermögen in anderen Anlageformen angespart werden, wenn ein gegebenes Alterseinkommen erreicht werden soll.

Wenn die Altersvorsorge zukünftig stärker vom Privatvermögen abhängt und bei steigender Lebenserwartung immer mehr Haushalte kinderlos bleiben, könnten sich hier beachtliche Verhaltensänderungen ergeben. Das für eine Verrentung (*reverse mortgage*) notwendige und geeignete Produkt existiert in Form der Leibrente schon seit langem. Es kam in letzter Zeit nur wegen der großzügigen Umlagenrente kaum noch zur Anwendung.

Gleichwohl kann das Produkt der Leibrente verbessert werden. Insbesondere die institutionelle Bündelung mehrerer Leibrentenobjekte würden die Berechenbarkeit einer Leibrente erhöhen. Analog den *mortgage backed securities* könnten Ansprüche aus gebündelten Leibrenten dann auch handelbar gemacht werden. Der Einwand, Anbieter von Leibrenten müssen befürchten, dass die bisherigen Eigentümer weniger pfleglich mit der Immobilie umgehen, wenn diese einmal verrentet sind, dürfte ein Scheinargument sein. Die korrekte Instandhaltung des Objekts kann vertraglich vereinbart werden und ist ggf. durch Kontrollen vor Ort überprüfbar. Nicht unterschätzt werden darf in diesem Zusammenhang auch die soziale Kontrolle durch die Nachbarn.

### 3. Zukünftige Versorgungslücken im Alter

Die heutigen Rentner verwenden ihre Vermögen oft nicht für den laufenden Lebensunterhalt, sie sparen sogar weiter. Sie empfinden mehrheitlich offensichtlich keine Versorgungslücken. Zukünftige Rentenkürzungen dürften jedoch zu Versorgungslücken führen, die durch zusätzliche Ersparnis im Erwerbsleben bzw. allmählichen Vermögensverzehr im Alter kompensiert werden müssen.

Anhand von Modellrechnungen können die notwendigen Sparquoten zum Aufbau der erforderlichen privaten Altersvorsorge ermittelt werden. Dazu ist es zunächst nicht notwendig, konkrete Reformvorschläge vor auszusetzen. Vielmehr kann allgemein berechnet werden, welche Sparanstrengungen eine Reduzierung des Rentenniveaus um  $x$  % in Einheiten des letzten Nettoerwerbseinkommen erfordert bzw. um wie viel das Rentenniveau abgesenkt werden kann, wenn  $y$  % des Erwerbseinkommens zusätzlich gespart werden.

<sup>28</sup> Eine Auswertung der EVS 1993 von Pfeiffer, Braun und Simons (1999) ergab, dass eine 70- bis 74-jährige Rentnerin mit einem Nettoeinkommen von 2.000 bis 3.000 DM/Monat im Median knapp 1.600 DM/Jahr für ihr selbst genutztes Wohneigentum ausgibt. Diesen Ausgaben stehen jedoch kalkulatorische Vermögenseinnahmen in Form des Mietwerts von gut 5.800 DM/Jahr gegenüber. Per Saldo 'spart' dieser Haushalt jährlich gut 4.200 DM an Miete, während ein vergleichbarer Mieterhaushalt rund 5.800 DM/Jahr für Miete und Nebenkosten ausgeben muss. Insgesamt stehen diesem Selbstnutzer damit bei gleichem ursprünglichen Nettoeinkommen rund 14 % mehr Einkommen zur freien Verfügung, er hat nach Bezahlung der Wohnkosten ein verfügbares Einkommen, das rund 4.200 DM/Jahr höher ist als beim vergleichbaren Mieterhaushalt. Im Ergebnis ist der Mietwert dieses Selbstnutzers ungefähr so groß wie Miete und Nebenkosten des Mieters. Daraus kann allerdings nicht direkt ein Wohnwertvergleich zwischen Mietern und Selbstnutzern vollzogen werden, da der 'typische' Selbstnutzer eine höhere Rente (größerer Wohnwert) als der 'typische' Mieter hat und eher in kleineren Gemeinden (mit niedrigeren Mietwerten bzw. Mieten) wohnt.



### 3.1 Notwendiges Volumen der Alterssicherung

Unabhängig von der Ansparmethode hängt das notwendige Vermögen zur Kompensation einer Einkommenslücke insbesondere von der angenommenen Verzinsung und der Laufzeit (Rentendauer) der privaten Zusatzrente ab. Zur Vereinfachung der Darstellung soll dieses Vermögen als Vielfaches des letzten Nettoerwerbseinkommens ausgedrückt werden.

**Tabelle 5a: Notwendiges Altersvorsorgevermögen am Vorabend des Ruhestands. Notwendiges Vermögen bei Rentendauer von 20 Jahren – Variation der Einkommenslücke**

Relative Einkommenslücke		10 %	20 %	30 %
Zinssatz	Barwertfaktor	Notwendiges Vermögen*		
2 %	16,4	20	39	59
4 %	13,6	16	33	49
6 %	11,5	14	28	41
8 %	9,8	12	24	35
10 %	8,5	10	20	31
* Notwendiges Vermögen als Vielfaches des letzten monatlichen Nettoerwerbseinkommens				
Quelle: Eigene Berechnungen, empirica				

**Lesebeispiel:** Bei einer 4%igen Verzinsung ist zur Kompensation einer 10%igen Einkommenslücke am Vorabend des Ruhestands ein Vermögen erforderlich, das 16 bisherigen monatlichen Nettoerwerbseinkommen entspricht, wenn von einer 20-jährigen Rentendauer auszugehen ist. Bei einer 26-jährigen Rentendauer steigt das notwendige Vermögen auf 19 Monatseinkommen (vgl. Tab. 5b). Eine doppelt (dreifach) so hohe Einkommenslücke erfordert ein doppelt (dreimal) so hohes Vermögen. Eine 20%ige (30%ige) ESt auf Vermögensauflösungen würde den Bedarf um 20 % (30 %) erhöhen.

**Anmerkung:** Monatseinkommen = letztes Nettoerwerbseinkommen; notwendige Vermögenshöhe = Vermögen zum Rentenübergang, um über eine gegebene Anzahl Jahre die Lücke zwischen anfänglicher Rente und letztem Nettoerwerbseinkommen zu schließen; relative Einkommenslücke = anfängliche Rente / letztes Nettoerwerbseinkommen.

## B. Analyse: Sparverhalten und Versorgungslücken

### Notwendiges Volumen der Alterssicherung

<b>Tabelle 5b: Notwendiges Vermögen für Kompensation einer 10%igen Einkommenslücke – Variation der Rentendauer</b>					
Rentendauer (Jahre)	18	20	22	24	26
Zinssatz	Notwendiges Vermögen*				
2 %	18	20	21	23	24
4 %	15	16	17	18	19
6 %	13	14	14	15	16
8 %	11	12	12	13	13
10 %	10	10	11	11	11
* Notwendiges Vermögen als Vielfaches des letzten monatlichen Nettoerwerbseinkommens					
Quelle: Eigene Berechnungen, empirica					

Bei einer Verzinsung von 4 % kann demnach eine 10%ige Einkommenslücke im Alter über 20 Ruhestandsjahre kompensiert werden, wenn 16 Monatsgehälter angespart wurden (vgl. Tabelle 5a). Für jedes Jahr, das diese Zusatzrente länger oder kürzer ausgezahlt werden soll, steigt das erforderliche Vermögen um etwa ein halbes Monatseinkommen (vgl. Tabelle 5b). Zur Kompensation einer Einkommenslücke von 30 % verdreifacht sich der Vermögensbedarf und steigt auf 48 Monatsgehälter bzw. vier Jahresgehälter, die bis zum Renteneintritt angespart worden sein müssen. Je höher der Anlagezinssatz ausfällt, desto geringer ist das Vermögen, das zum Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Erwerbsleben angespart worden sein muss. Allerdings kann man davon ausgehen, dass höhere Renditen mit höheren Risiken „erkauft“ werden (vgl. Abschnitt 3.5 in Teil C).

Die bisherigen Berechnungen unterstellen lediglich, dass beim Eintritt in den Ruhestand eine bestimmte Einkommenslücke durch vorhandenes Vermögen geschlossen werden soll. Der reale Gegenwart dieses Vermögens

**Tabelle 6: Notwendige Aufschläge auf das notwendige Altersvorsorgevermögen zur Finanzierung einer real konstanten Privatrente** (Annahme: Inflation 3 % p.a.)

Rentendauer (Jahre)	18	20	22	24	26
Zinssatz	Inflationsaufschlag				
2 %	1,28	1,32	1,36	1,39	1,43
4 %	1,26	1,29	1,33	1,36	1,39
6 %	1,24	1,27	1,30	1,32	1,35
8 %	1,22	1,25	1,27	1,29	1,31
10 %	1,21	1,23	1,25	1,26	1,28

**Lesbeispiel:** Bei einer 4%igen Verzinsung ist zur Kompensation einer 10%igen Einkommenslücke am Vorabend des Ruhestands ein Vermögen erforderlich, das 16 bisherigen monatlichen Nettoerwerbseinkommen entspricht, wenn von einer 20-jährigen Rentendauer auszugehen ist (vgl. Tabelle 5). Soll diese Kompensation bei 3%iger Inflationsrate über die gesamte Laufzeit (Rentendauer) real konstant gehalten werden, muss aber das 1,29fache und damit 20,7 bisherige monatliche Nettoerwerbseinkommen gespart worden sein.

**Quelle:** Eigene Berechnungen, empirica

fällt jedoch im Zeitablauf ab, wenn Inflation ins Spiel kommt. Deswegen muss ein größeres Vermögen angesammelt werden, wenn die reale Kaufkraft während des Ruhestands erhalten werden soll. Die entsprechenden Aufschläge auf das notwendige Vermögen (bzw. die dazu erforderlichen Sparquoten; s. nächsten Abschnitt) variieren je nach Zinssatz und Rentendauer (vgl. Tabelle 6). Die folgenden Berechnungen vernachlässigen diese Aufschläge und betrachten nur nominal konstante Kompensationen. Als Faustregel gilt dann: Bei einer Inflationsrate von 3 % erfordert eine real konstante Privatrente gegenüber einer nominal konstanten einen Aufschlag von etwa einem Drittel – dies gilt sowohl für die Höhe der Vermögen als auch für die zum Ansparen der Vermögen erforderlichen Sparquoten.

### 3.2 Notwendige Sparquoten zur Alterssicherung

Die zeitliche Struktur des Vermögensaufbaus während des Erwerbslebens wird vornehmlich von der Einkommensentwicklung und den steuerlichen Rahmenbedingungen geprägt. Eine vollständig von Steuern und Abgaben befreite private Altersvorsorge (vgl. Variante A in Tabelle 7) würde beim Typ „Arbeiter“<sup>29</sup> eine Sparquote von 1,7 % aus dem Bruttoerwerbseinkommen erfordern, um bei einer Verzinsung von 4 % und einer Abgabenlast während des Erwerbslebens von 50 % eine Lücke in Höhe von 10 % des letzten Nettoerwerbseinkommens zu decken. Die Kompensation einer 20%igen (30%igen) Lücke würde demnach über das gesamte Erwerbsleben eine doppelt (dreimal) so hohe zusätzliche Sparquote in Höhe von dann 3,4 % (5,1 %) aus dem Bruttoerwerbseinkommen erfordern. Der Typ „Angestellter“ muss – als Folge der unterschiedlich modellierten Einkommensstrukturen – einen größeren Anteil seines Einkommens ansparen, weil sonst das Vermögen des „Angestellten“ seinen schnelleren Einkommenssteigerungen „hinterherzuhinken“ droht.

Realistischer als eine vollständig von der Steuer befreite Altersvorsorge scheint die Variante B. Hier können die Ersparnisse zwar aus steuerfreiem Einkommen gebildet werden, die Auszahlung muss dagegen versteuert werden. Annahmegemäß werden die Vermögenseinnahmen (Zinsen, Dividenden) hier nicht besteuert. Dies kann bereits im bestehenden Steuersystem erreicht werden, weil einschlägige Freibeträge existieren und Kurssteigerungen von Wertpapieren nach einer einjährigen Spekulationsfrist

<sup>1</sup> Einzahlung aus Bruttoeinkommen, Zinsen und Auszahlung steuerfrei

<sup>2</sup> Einzahlung aus Bruttoeinkommen, Zinsen steuerfrei, 10 % ESt auf Auszahlung

<sup>3</sup> Einzahlung aus Nettoeinkommen, Zinsen und Auszahlung steuerfrei

<sup>4</sup> Einzahlung aus Nettoeinkommen, Zinsen steuerpflichtig und Auszahlung steuerfrei

<sup>29</sup> Definition siehe Anhang.

**Tabelle 7: Notwendige Sparquoten zur Deckung einer 10%igen Einkommenslücke – unterschiedliche steuerliche Rahmenbedingungen**

**Annahmen:** 40-jährige Erwerbs- bzw. Anspardauer; 20-jährige Rentendauer; Einkommenssteigerungen „Arbeiter“ und „Antragsteller“ s. Anhang.

		50 % Abgabenlast		35 % Abgabenlast		Absoluter Sparbetrag bei 35 % Abgabenlast und Bruttoeinkommen 6.000 DM	
Zinssatz		„Arb.“*	„Angest.“**	„Arb.“	„Angest.“	„Arb.“	„Angest.“
in %		in %	in %	in %	in %	DM/Monat	DM/Monat
A) Keine Besteuerung <sup>1</sup>	2	2,8	3,3	3,6	4,4	216	261
	4	1,7	2,1	2,1	2,7	129	161
	6	1,0	1,3	1,3	1,6	75	98
	8	0,6	0,7	0,7	1,0	43	58
	10	0,3	0,4	0,4	0,6	24	34
B) Nachgelagerte Besteuerung <sup>2</sup>	2	3,0	3,7	4,0	4,8	238	287
	4	1,8	2,3	2,4	3,0	142	178
	6	1,1	1,4	1,4	1,8	83	108
	8	0,6	0,8	0,8	1,1	47	64
	10	0,3	0,5	0,4	0,6	27	37
C) Vorgelagerte Besteuerung <sup>3</sup>	2	5,5	6,7	5,5	6,7	216	261
	4	3,3	4,1	3,3	4,1	129	161
	6	1,9	2,5	1,9	2,5	75	98
	8	1,1	1,5	1,1	1,5	43	58
	10	0,6	0,9	0,6	0,9	24	34
D) Zinsbesteuerung <sup>4</sup>	2	5,8	7,0	5,8	7,0	226	273
	4	3,7	4,6	3,7	4,6	144	179
	6	2,3	2,9	2,3	2,9	90	113
	8	1,4	1,8	1,4	1,8	55	70
	10	0,8	1,1	0,8	1,1	31	43

**Definition:** Einkommenslücke = Differenz zwischen letztem Nettoerwerbseinkommen und anfänglicher Rentenhöhe. Abgaben = Einkommensteuern und Sozialversicherungs-pflichtbeiträge.

\*Arbeiter

\*\*Angestellte

<sup>1, 2, 3, 4</sup> Anmerkungen siehe linke Seite

**Quelle:** Eigene Berechnungen, empirica

## B. Analyse: Sparverhalten und Versorgungslücken

### Notwendige Sparquoten zur Alterssicherung

ebenfalls steuerlich irrelevant sind. Ein durchschnittlicher Steuersatz von 10 % auf die Auszahlungen im Rentenalter scheint plausibel, wenn keine weiteren relevanten Einnahmen mehr zu versteuern sind. Betrachtet man dieselbe Situation wie oben (Verzinsung 4 %, Abgabenlast während des Erwerbslebens 50 %, Einkommenslücke 10 %), dann muss der Haushalt jetzt mit 1,8 % gegenüber 1,7 % geringfügig mehr sparen. Da der einzige Unterschied zu Variante A in der Besteuerung der Vermögensauflösung besteht, folgt die zusätzlich notwendige Sparquote direkt aus dem Steuersatz: Eine 10%ige Versteuerung der Auszahlungen erhöht die notwendige Sparquote im Vergleich zu Variante A um 10 % – der Haushalt muss die Steuer mit ansparen.

Ungünstiger für den Sparer wirkt sich die Variante C aus. Hier muss aus versteuertem Einkommen angespart werden, wobei die Auszahlungen jetzt steuerfrei sind. Im Unterschied zur Variante A ergibt sich zwar ein geringerer Sparbetrag, wenn eine gegebene Einkommenslücke geschlossen werden soll. Da die Ersparnis aber aus versteuertem Einkommen fließt, ist das verfügbare Einkommen nach Altersvorsorge geringer als in Variante B. Die Differenz der Sparquoten in den Varianten A und C ergibt sich wieder aus dem Abgabensatz: Eine 50%ige Abgabenquote erhöht die notwendige Sparquote im Vergleich zu Variante A um 50 %. Gesamtwirtschaftlich betrachtet unterscheiden sich die Varianten B und C allerdings weniger dramatisch, wenn man die Verwendung der Steuereinnahmen berücksichtigt. Bei gegebenen Staatsausgaben könnten in Variante C die Steuersätze gesenkt werden oder Zuschüsse zur Rentenversicherung das Rentenniveau erhöhen bzw. die Einkommenslücke senken. Letztendlich hängt die individuelle Vorteilhaftigkeit der beiden Varianten von den Umverteilungswirkungen der Steuereinnahmen und Staatsausgaben ab.

Die Auswirkungen einer Variation der Rentendauer oder der Anspardauer werden in Tabelle 8 dargestellt. Demnach erfordert eine um zwei Jahre verlängerte Lebenszeit (alternativ: eine um zwei Jahre verkürzte Ansparzeit) eine Erhöhung der Sparquote um etwa 0,1 Prozentpunkte je 10 % Ein-

kommenslücke, die zu schließen ist. Zur Kompensation einer 25%igen Einkommenslücke, wie sie etwa der Geburtsjahrgang 1985 im „Einfriermodell“<sup>30</sup> zu erwarten hat (vgl. Tabelle 12), wäre somit eine 6%ige Alterssicherungssparquote erforderlich (2,5 mal 2,4 %), wenn die verbleibende Lebenserwartung 20 Jahre beträgt. Bei einer Lebenserwartung von 24 statt 20 Jahren würde die erforderliche Sparquote auf 6,75 % ansteigen. Eine Verlängerung der Erwerbsdauer um vier auf dann 44 Jahre könnte die höhere Lebenserwartung mehr als kompensieren und die notwendige Sparquote auf 5,75 % reduzieren.

**Tabelle 8a: Notwendige Sparquoten aus dem Bruttoeinkommen bei unterschiedlicher Anspar- und Auszahlungsdauer**  
(länger arbeiten vs. Rentendauer)

Annahmen: 10%ige Einkommenslücke, nachgelagerte Besteuerung, Typ „Arbeiter“, 35 % Abgabenlast, 4%ige Verzinsung

Erwerbs-/Anspardauer Rentendauer (Jahre)	40 in %	42 in %	44 in %	46 in %
18	2,2	2,0	1,9	1,7
20	2,4	2,2	2,0	1,9
22	2,5	2,3	2,1	2,0
24	2,7	2,5	2,3	2,1
26	2,8	2,6	2,4	2,2

**Definition:** Einkommenslücke = Differenz zwischen letztem Nettoerwerbseinkommen und anfänglicher Rentenhöhe. Abgaben = Einkommensteuern und Sozialversicherungspflichtbeiträge.

**Quelle:** Eigene Berechnungen, empirica

<sup>30</sup> In dieser Modellrechnung wird angenommen, dass der Beitragssatz zur GRV bei 21 % „eingefroren“ wird. Dieser Beitragssatz wäre 1997 in Kraft getreten, wenn nicht ein Teil der Beiträge durch die Umsatzsteuer finanziert worden wäre (vgl. Birg und Börsch-Supan, 1999).

## B. Analyse: Sparverhalten und Versorgungslücken

### Notwendige Sparquoten zur Alterssicherung

**Tabelle 8b: Notwendige Sparquoten aus dem Bruttoeinkommen bei unterschiedlicher Anspar- und Auszahlungsdauer** (späterer Ansparbeginn vs. Rentendauer; **Annahmen:** 10%ige Einkommenslücke, nachgelagerte Besteuerung, Typ „Arbeiter“, 35 % Abgabenlast, 4%ige Verzinsung)

Erwerbs-/Anspardauer Rentendauer (Jahre)	10 in %	20 in %	30 in %	40 in %
18	8,4	4,0	2,7	2,2
20	9,0	4,3	2,9	2,4
22	9,6	4,6	3,1	2,5
24	10,1	4,8	3,3	2,7
26	10,6	5,1	3,4	2,8

**Definition:** Einkommenslücke = Differenz zwischen letztem Nettoerwerbseinkommen und anfänglicher Rentenhöhe. Abgaben = Einkommensteuern und Sozialversicherungspflichtbeiträge.

**Quelle:** Eigene Berechnungen, empirica

Die zeitliche Struktur des Vermögensaufbaus wird in Abbildung 16 für verschiedene Szenarien mit Variante B veranschaulicht. Bei einem Zinssatz von 4 % und einer 30%igen Einkommenslücke müssen zum Ende des Erwerbslebens mit der Steuerzahlung in der „Verzehrphase“ knapp 54 Monatseinkommen angespart worden sein.<sup>31</sup> Die erforderliche Sparquote von 7,2 % (35 % Abgabenlast, 20 Jahre Lebenserwartung) führt in diesem Fall dazu, dass unter Berücksichtigung von Zins und Zinseszins im Alter von 30, 42, 50, 57 Jahren 1, 2, 3, 4 der jeweils aktuellen Jahresgehälter angespart worden sein müssen.

<sup>31</sup> Ohne die Steuerzahlung in der „Verzehrphase“ rund 49 Monatseinkommen.



**Tabelle 9a: Notwendiger absoluter monatlicher Sparbetrag bei unterschiedlicher Anspar- und Auszahlungsdauer und Bruttoeinkommen 6.000 DM/Monat** (länger arbeiten vs. Rentendauer; Annahmen: 10%ige Einkommenslücke, nachgelagerte Besteuerung, Typ „Arbeiter“, 35 % Abgabenlast, 4%ige Verzinsung)

Einzahlung aus Bruttoeinkommen, Zinsen steuerfrei, 10 % ESt auf Auszahlung				
Erwerbs-/Anspardauer	40	42	44	46
Rentendauer (Jahre)				
18	132	120	114	102
20	142	132	120	114
22	150	138	126	120
24	162	150	138	126
26	168	156	144	132

**Tabelle 9b: Notwendiger absoluter monatlicher Sparbetrag bei unterschiedlicher Anspar- und Auszahlungsdauer und Bruttoeinkommen 6.000 DM/Monat** (späterer Ansparbeginn vs. Rentendauer; Annahmen: 10%ige Einkommenslücke, nachgelagerte Besteuerung, Typ „Arbeiter“, 35 % Abgabenlast, 4%ige Verzinsung)

Einzahlung aus Bruttoeinkommen, Zinsen steuerfrei, 10 % ESt auf Auszahlung				
Erwerbs-/Anspardauer	10	20	30	40
Rentendauer (Jahre)				
18	504	240	162	132
20	540	258	174	142
22	576	276	186	150
24	606	288	198	162
26	636	306	204	168

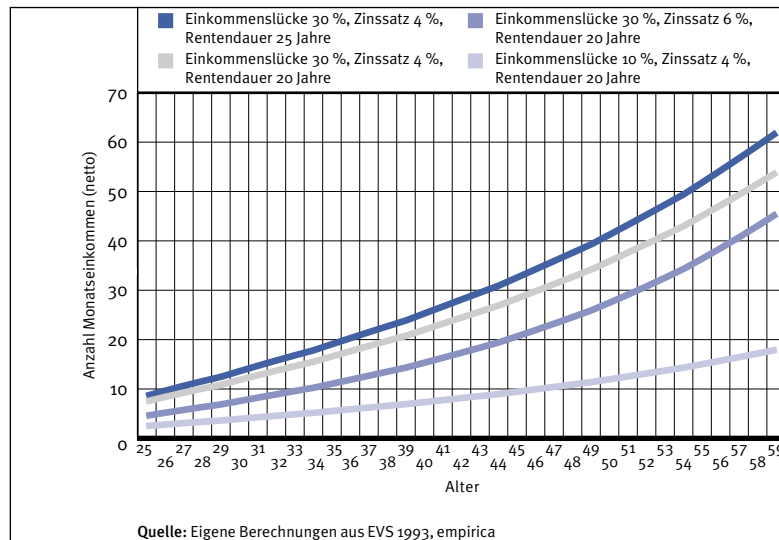
**Definition:** Einkommenslücke s. linke Seite

**Quelle:** Eigene Berechnungen, empirica

## B. Analyse: Sparverhalten und Versorgungslücken

### Simulation: Vermögenslücken

**Abbildung 16: Normative Entwicklung des Vermögensaufbaus im Lebenszyklus**



**Definition:** Einkommenslücke = Differenz zwischen letztem Nettoerwerbseinkommen und anfänglicher Rentenhöhe; Monatseinkommen = aktuelles monatliches Nettoerwerbseinkommen in gegebener Altersklasse.

**Modellrechnung:** Variante B (40-jährige Erwerbs- bzw. Anspardauer, 10 % Steuer bei Vermögensauflösung, Vermögensbildung aus Bruttoeinkommen und Zinseinnahmen steuerfrei), 4 % Zinssatz, 35 % Abgabenlast, Typ „Arbeiter“.

### 3.3 Simulation: Vermögenslücken

Die folgende Simulationsrechnung ermittelt das erforderliche Vermögen aller Haushalte, deren Haushaltsvorstand unter 60 ist, wenn dieser bereits heute eine private Altersvorsorge aufbauen würde, die ihm ab seinem 60. Geburtstag für 20 Jahre eine Einkommenslücke in Höhe von 10 % (20 %, 30 %) des letzten Nettoerwerbseinkommens schließen soll.<sup>32</sup> Die Anspar-

<sup>32</sup> Soll die Versorgungslücke für 25 statt für 20 Jahre geschlossen werden, so erhöht sich das notwendige Vermögen in jeder Altersklasse um 15 %.

prozesse werden gemäß den normativen Sparquoten (bzw. altersabhängigen Vermögensbeständen) in Abbildung 16 simuliert. Damit wären für eine private Zusatzrente in Höhe von 10 % des letzten Nettoeinkommens bei einer nachgelagerten Besteuerung der Ersparnisse (Steuersatz: 10 %) und bei einer 4%igen Verzinsung schon heute rund 705 Mrd. DM erforderlich (vgl. Tabelle 10). Größere Versorgungslücken erfordern proportional höhere Vermögensbestände.

**Tabelle 10: Notwendiges Vermögen aller Haushalte, um eine Einkommenslücke im Ruhestand auszugleichen**

(Annahme: Ansparprozesse wie in Abbildung 16 - Rentendauer: 20 Jahre, Zinssatz: 4 %, Steuersatz nachgelagerte Besteuerung: 10 %; Angaben in Mrd. DM)

	Unter 60-jährige Haushalte			Nur 55- bis 59-jährige Haushalte		
	Mieter	Selbst-nutzer	insg.	Mieter	Selbst-nutzer	insg.
<b>Notw. Vermögen bei Einkommenslücke ...</b>						
... 10 %	259	446	705	46	109	155
... 20 %	518	893	1.410	92	217	310
... 30 %	776	1.339	2.115	139	326	464
<b>Vorhandenes Vermögen</b>						
... Nettogeldvermögen	399	742	1.141	58	180	238
... Nettogesamtvermögen	671	3.753	4.424	87	835	922

**Definition:** notwendiges Vermögen = Vermögen zur Kompensation der Einkommenslücke. Nettogesamtvermögen = Nettogeldvermögen zzgl. Verkehrswert Immobilien abzgl. ausstehende Bauschulden.

**Quelle:** Eigene Berechnungen aus EVS 1993, empirica

## B. Analyse: Sparverhalten und Versorgungslücken

### Simulation: Vermögenslücken

Die 55- bis 59-Jährigen müssten den größten Teil ihrer Alterssicherung bereits angespart haben, ihr Anteil beläuft sich auf 155 Mrd. DM bzw. knapp 60.000 DM pro Haushalt (vgl. Tabelle 11). Das real notwendige Vermögen


**Tabelle 11: Notwendiges Vermögen zur Kompensation einer 10%igen Einkommenslücke im Ruhestand im Jahr 1993 (Annahme: Ansparprozesse wie in Abbildung 16 – Rentendauer: 20 Jahre, Zinssatz: 4 %, Steuersatz nachgelagerte Besteuerung: 10 %.)**

Aktuelles Alter	Aktuell notwendig		Zum Ruhestand notwendig	
	Summe Mrd. DM	pro HH DM	pro HH ohne Inflation	pro HH mit 3 % Inflation
unter 25	5	4.771	97.119	289.923
25-29	21	10.848	82.729	213.034
30-34	54	18.359	73.647	163.592
35-39	82	28.872	70.097	134.312
40-44	106	41.311	65.632	108.480
45-49	118	56.026	64.584	92.081
50-54	165	63.112	66.062	81.248
55-59	155	59.020	59.497	63.121

**Lesebeispiel:** Ein heute 40- bis 44-Jähriger müsste bereits jetzt gut 40.000 DM angespart haben, wenn er im Alter eine 10%ige Einkommenslücke kompensieren will und gemäß den Annahmen in Abbildung 16 anspart. Das Altersvorsorgevermögen aller Haushalte dieser Altersklasse würde sich insgesamt auf 106 Mrd. DM summieren. Bis zum Eintritt in den Ruhestand muss dieses Vermögen noch auf gut 65.000 DM pro Haushalt ansteigen. Falls bis dahin eine mittlere Inflationsrate von 3 % auftritt, sind nominal rund 108.000 DM erforderlich, um im Alter eine 10%ige Einkommenslücke zu kompensieren.

**Definition:** notwendiges Vermögen = Vermögen zur Kompensation der Einkommenslücke.

**Quelle:** Eigene Berechnungen aus EVS 1993, empirica



zum Ruhestand ist bei jüngeren Haushalten größer, weil deren Einkommen durch Produktivitätsfortschritte am Vorabend des Ruhestands real höher liegen werden.

Die tatsächlichen aggregierten Vermögenslücken zur Kompensation zukünftiger Absenkungen des Rentenniveaus im Umlagesystem hängen von verschiedenen Faktoren ab. Dazu gehören insbesondere die Höhe der zukünftig entstehenden Einkommenslücken, die Ausgestaltung der Übergangsdauer, die Einkommensentwicklung sowie die zukünftige Lebenserwartung und Erwerbsdauer. Birg und Börsch-Supan (1999) schätzen in ihrem „Einfriermodell“ der derzeitigen Beitragssätze einen zusätzlichen Kapitalbedarf, der um das Jahr 2030 seinen Höhepunkt bei knapp 2 Bill. DM erreicht. In dieser Modellrechnung haben die nach 1980 Geborenen eine Versorgungslücke in Höhe von 25 % ihres letzten Nettoeinkommens.

### **3.4 Zukünftige Einkommenslücken bei konstantem Beitragssatz – Drei Modellbeispiele**

In den folgenden Modellrechnungen wird angenommen, dass der Beitragssatz zur GRV bei 21 % „eingefroren“ wird. Dieser Beitragssatz wäre 1997 in Kraft getreten, wenn nicht ein Teil der Beiträge durch die Umsatzsteuer finanziert worden wäre (vgl. Birg und Börsch-Supan, 1999). Das bisherige Umlageverfahren wird also fortgeführt; die demographisch bedingten Mehrkosten allerdings durch private Vorsorge gedeckt. Dadurch steigt der Bedarf an kapitalgedeckter Altersvorsorge von Geburtsjahrgang zu Geburtsjahrgang; im selben Tempo wird die Ersatzquote im Umlagesystem reduziert. Dabei hat ein 1945 Geborener noch die gleichen vollen Ansprüche wie ein Erwerbstätiger, der heute in Rente geht. Die Auswirkungen für verschiedene spätere Geburtsjahrgänge (1955 bis 1985) werden für drei verschiedene Einkommensklassen dargestellt (2.500, 4.000 und 5.500 DM/Monat; vgl. Tabellen 12.1 bis 12.9).

**B. Analyse: Sparverhalten und Versorgungslücken**  
**Zukünftige Einkommenslücken bei konstantem Beitragssatz –**  
**Drei Modellbeispiele**

<b>Tabelle 12.1: Typ 1: „Geringverdiener“ - Zusätzliche Versorgungslücken bei konstantem Beitragssatz</b>					
<b>Geburtsjahrgang</b>	<b>1945</b>	<b>1955</b>	<b>1965</b>	<b>1975</b>	<b>1985</b>
Aktuelles Alter	55	45	35	25	15
Aktuelles Bruttoeinkommen	3.200	3.200	2.600	1.500	(850) <sup>1</sup>
<b>Rentenanspruch nach Einfrieren des Beitragssatzes auf 21 %</b>					
Anteil verbleibende Umlagenrente (%)	100	90	74	63	62
Verbleibender Rentenanspruch (DM)	1.625	1.463	1.203	1.024	1.008
Ersatzquote (%)	65	59	48	41	40
Notwendiges Vermögen für eine erwünschte Ersatzquote von 100 % <sup>2</sup>	57,1	67,7	84,6	96,3	97,4
<b>Einkommenslücke</b>					
Einkommenslücke	0	163	423	601	618
Rückgang Ersatzquote (%)	0	6	17	24	25
<b>Zusätzlich notw. Vermögen am Vorabend des Ruhestandes bei 20-jähriger Rentendauer</b>					
Vervielfacher	0	10,6	27,6	39,2	40,3
Absolut (DM in heutigen Preisen)	0	26.501	68.903	98.054	100.704
Absolut (DM bei 3 % Inflation)	0	41.288	144.267	275.911	380.823
<sup>1</sup> In dieser Altersklasse wird noch kein Erwerbseinkommen erzielt; hilfsweise wird das zukünftige Anfangseinkommen eingesetzt.					
<sup>2</sup> Definiert als Vielfaches des monatlichen Nettoerwerbseinkommens (Lesebeispiel: Vervielfacher 10,6 x 2.500 = 26.501); Differenzen sind rundungsbedingt.					

Dieser gering Verdienende wird nach unseren Annahmen 40 Jahre berufstätig sein. Sein letztes Nettoeinkommen zum Rentenbeginn nehmen wir mit 2.500 Mark pro Monat an. Das entspricht in heutigen Preisen einem monatlichen Bruttoeinkommen von 3.200 Mark. Sein Rentenzugangsfaktor ist 1, er hat 34 Entgeltpunkte auf seinem Rentenkonto angesammelt; das ergibt einen Rentenanspruch von monatlich 1.625 Mark. Das entspricht

einer Ersatzquote (anfängliche Rentenhöhe/letztes Nettoerwerbseinkommen) von 65 Prozent. Je nach Geburtsjahrgang entwickeln sich die Rentenansprüche und die daraus folgenden Einkommenslücken wie in Tabelle 12.1 dargestellt.

Die Größenordnung zusätzlich notwendiger Vermögensbestände kann ein Vergleich mit den derzeit typischen Vermögensausstattungen der betroffenen Haushalte illustrieren. Legt man die Größenordnungen der EVS 1993 zugrunde – die 98er Zahlen waren bei Drucklegung noch nicht verfügbar – ergeben sich für die einzelnen Geburtsjahrgänge folgende Nettovermögenswerte:

<b>Tabelle 12.2: Nettovermögenswerte des „Geringverdieners“ nach Geburtsjahrgang</b>					
<b>Geburtsjahrgang</b>	<b>1945</b>	<b>1955</b>	<b>1965</b>	<b>1975</b>	<b>1985</b>
Nettogeldvermögen	40.000	32.000	25.000	12.500	–
Nettoimmobilienvermögen	125.000	110.000	40.000	10.000	–
Nettogesamtvermögen	165.000	142.000	65.000	22.500	–
Quelle: EVS 93, Werte gerundet.					


Wenn das bisherige Verhalten der „Geringverdiener“ rational war, dann wird das bisher ersparte Vermögen anderen Zwecken als der Alterssicherung (z.B. Vererben, besserer Lebensstandard) dienen. Die Deckungslücken bei der GRV müssen also durch zusätzliche Sparleistungen gefüllt werden. Wir gehen in der Modellrechnung für die Geburtsjahrgänge 1955 bis 1985 von einer 40-jährigen Spardauer und einer sicheren Durchschnittsverzinsung von 4 % aus. Die Zahlen ergeben sich aus der Tabelle 12.3.

**B. Analyse: Sparverhalten und Versorgungslücken**  
**Zukünftige Einkommenslücken bei konstantem Beitragssatz –**  
**Drei Modellbeispiele**

<b>Tabelle 12.3: Notwendiger Vermögensaufbau für „Geringverdiener“</b>					
<b>Geburtsjahrgang</b>	<b>1945</b>	<b>1955</b>	<b>1965</b>	<b>1975</b>	<b>1985</b>
<b>40-jährige Anspardauer</b>					
• Nachgelagerte Besteuerung					
Notwendige Sparquote in %	-	1,8	4,7	6,7	6,9
Mtl. Sparbetrag* in DM	-	58	123	101	59
Verminderung Nettoeinkommen in DM	-	46	96	79	46
• Vorgelagerte Besteuerung					
Notwendige Sparquote in %	-	2,1	5,5	7,8	8,0
Mtl. Sparbetrag* in DM	-	53	112	92	53
Verminderung Nettoeinkommen in DM	-	53	112	92	53
<b>Sparbeginn heute</b>					
• Nachgelagerte Besteuerung					
Notwendige Sparquote in %	-	4,6	6,9	7,5	noch nicht
Mtl. Sparbetrag* in DM	-	146	180	112	erwerbs-
Verminderung Nettoeinkommen in DM	-	114	141	87	tätig
• Vorgelagerte Besteuerung					
Notwendige Sparquote in %	-	5,3	8,1	8,7	noch nicht
Mtl. Sparbetrag* in DM	-	132	164	102	erwerbs-
Verminderung Nettoeinkommen in DM	-	132	164	102	tätig
* Der Sparbetrag ergibt sich als Produkt des aktuellen Einkommens mit der notwendigen Sparquote; da das Einkommen im Lebenszyklus ansteigt, erhöht sich auch bei konstanter Sparquote der notwendige Sparbetrag.					

Ein Erwerbstätiger, der 1955 geboren wurde und im Alter von 55 bis 59 Jahren in heutigen Preisen ein Nettoeinkommen von 2.500 DM bzw. ein Bruttoeinkommen von 3.200 DM erreicht (Typ „Geringverdiener“), müsste nach einer Einfrierung der Beitragssätze im Vergleich zur Status-quo-Rente eine Einkommenslücke von monatlich 163 DM bzw. einen Rückgang der GRV-Ersatzquote um 6 auf 59 Prozentpunkte kompensieren. Dazu wäre ein zusätzliches Vermögen von 10,6 Monatseinkommen notwendig. Absolut betrachtet entspricht dies einem Vermögen in heutigen Preisen von knapp 27.000 DM, bzw. gut 41.000 DM, wenn bis zum Rentenalter eine durchschnittliche Inflation von 3 % angenommen wird. Zum Vergleich: In dieser Alters- und Einkommensklasse beträgt das angesparte Geldvermögen der-





zeit etwa 32.000 DM. Ist dieses vorhandene Vermögen aber bereits für andere Zwecke als der Altersvorsorge verplant, muss der Geringverdiener zusätzlich ansparen. Hätte der Betroffene von Anfang an privat vorgesorgt, wäre bei einer angenommenen Verzinsung von 4 % und einer nachgelagerten Besteuerung eine Sparquote von nur 1,8 % aus dem Bruttoeinkommen ausreichend gewesen, das notwendige Vermögen aufzubauen (2,1 % aus Nettoeinkommen bei vorgelagerter Besteuerung).<sup>33</sup> Wenn der Ansparprozess erst im aktuellen Alter von 45 Jahren beginnt, ist dagegen eine Sparquote von 4,6 % notwendig (5,3 % bei vorgelagerter Besteuerung). Bei 40-jähriger Anspardauer und vorgelagerter Besteuerung müssen 53 DM/Monat zurückgelegt werden. Dieser Sparbetrag erhöht sich bei nachgelagerter Besteuerung auf 58 DM/Monat. Allerdings können diese 58 DM aus unversteuertem Einkommen fließen, sodass sich das verfügbare Einkommen bei nachgelagerter Besteuerung nur um 46 DM/Monat verringert.

Für einen Erwerbstätigen des Geburtsjahrgangs 1975, der in heutigen Preisen kurz vor dem Renteneintritt ebenfalls brutto 3.200 DM verdienen wird (heutiges Bruttoeinkommen 1.500 DM), vergrößert sich die Einkommenslücke auf 601 DM/Monat. Seine Ersatzquote durch die verbleibende Umlagenrente geht um 24 Prozentpunkte auf nur noch 41 % des letzten Nettoerwerbseinkommens zurück. Analog steigt das erforderliche Zusatzvermögen auf 39 Monatseinkommen. Dieser Erwerbstätige muss bei einer nachgelagerten Besteuerung zukünftig 7,5 % seines Bruttoeinkommens sparen, wenn er dasselbe reale Alterseinkommen erzielen will wie ein heute 55-Jähriger. In absoluten Zahlen wird seine Vermögenslücke 98.000 DM in

<sup>33</sup> Andere Untersuchungen unterstellen höhere Zinssätze. Bei einer sicheren Verzinsung von 6 % (8 %) würde sich die erforderliche Sparquote um ein Drittel (zwei Drittel) vermindern. Je höher die Anlagerendite, desto größer sind allerdings die Risiken. Deswegen können bei gegebener Inflation zwei verschiedene Zinssätze nicht einfach miteinander verglichen werden. Der höhere Zinssatz wird immer mehr Unsicherheit beinhalten, sodass ein risikoscheuer Anleger sicherheitshalber mehr sparen wird, als im Erwartungswert notwendig wäre.

**B. Analyse: Sparverhalten und Versorgungslücken**  
**Zukünftige Einkommenslücken bei konstantem Beitragssatz –**  
**Drei Modellbeispiele**

heutigen Preisen entsprechen. Das ist mehr als doppelt so viel, wie ein 55-jähriger Haushalt derselben realen Einkommensklasse heute an Geldvermögen besitzt. Hätte der heutige durchschnittliche 55-jährige Haushalt (Geburtsjahrgang 1945) mit einem Bruttoeinkommen von 3.200 DM dieselbe Versorgungslücke zu schließen, dann müsste er neben seinem kompletten Geldvermögen auch noch sein halbes Immobilienvermögen verrenten! Dieser Vergleich veranschaulicht das Ausmaß der Vermögensbildung, die in Zukunft notwendig sein wird, um die Lücken bei der Einlagenrente zu schließen.

<b>Tabelle 12.4: Typ 2: „Durchschnittsverdiener“ - Zusätzliche Versorgungslücken bei konstantem Beitragssatz</b>					
<b>Geburtsjahrgang</b>	<b>1945</b>	<b>1955</b>	<b>1965</b>	<b>1975</b>	<b>1985</b>
Aktuelles Alter	55	45	35	25	15
Aktuelles Bruttoeinkommen	6.000	5.700	4.300	2.200	(1.234) <sup>1</sup>
<b>Rentenanspruch nach Einfrieren des Beitragssatzes auf 21 %</b>					
Anteil verbleibende Umlagenrente (%)	100	90	74	63	62
Verbleibender Rentenanspruch (DM)	2.400	2.160	1.776	1.512	1.488
Ersatzquote (%)	60	54	44	38	37
Notwendiges Vermögen für eine erwünschte Ersatzquote von 100 % <sup>2</sup>	65,2	75,0	90,7	101,4	102,4
<b>Einkommenslücke</b>					
Einkommenslücke	0	240	624	888	912
Rückgang Ersatzquote (%)	0	6	16	22	23
<b>Zusätzlich notw. Vermögen am Vorabend des Ruhestandes bei 20-jähriger Rentendauer</b>					
Vervielfacher	0	9,8	25,4	36,2	37,2
Absolut (DM in heutigen Preisen)	0	39.140	101.764	144.819	148.733
Absolut (DM bei 3 % Inflation)	0	60.979	213.072	407.499	562.446
<sup>1</sup> In dieser Altersklasse wird noch kein Erwerbseinkommen erzielt; hilfsweise wird das zukünftige Anfangseinkommen eingesetzt.					
<sup>2</sup> Definiert als Vielfaches des monatlichen Nettoerwerbseinkommens (Lesebeispiel: Vervielfacher 9,8 x 4.000 = 39.140); Differenzen sind rundungsbedingt.					

Auch der Durchschnittsverdiener wird nach unseren Annahmen 40 Jahre berufstätig sein. Sein letztes Nettoeinkommen zum Rentenbeginn nehmen wir dagegen mit ca. 4.000 Mark pro Monat an. Das entspricht in heutigen Preisen einem monatlichen Bruttoeinkommen von 6.000 Mark. Sein Rentenzugangsfaktor ist 1, allerdings hat er 50 Entgeltpunkte auf seinem Rentenkonto angesammelt; das ergibt derzeit einen Rentenanspruch von monatlich 2.400 Mark und entspricht einer Ersatzquote (anfängliche Rentenhöhe/ letztes Nettoerwerbseinkommen) von 60 Prozent. Je nach Geburtsjahrgang entwickeln sich die Rentenansprüche und die daraus folgenden Einkommenslücken nach Tabelle 12.4.

Die Größenordnung zusätzlich notwendiger Vermögensbestände kann ein Vergleich mit den derzeit typischen Vermögensausstattungen der betroffenen Haushalte illustrieren. Legt man die Größenordnungen der EVS 1993 zugrunde – die 98er Zahlen waren bei Drucklegung noch nicht verfügbar – ergeben sich für die einzelnen Geburtsjahrgänge folgende Nettovermögenswerte:

<b>Tabelle 12.5: Nettovermögenswerte des „Durchschnittsverdieners“</b>					
<b>Geburtsjahrgang</b>	<b>1945</b>	<b>1955</b>	<b>1965</b>	<b>1975</b>	<b>1985</b>
Nettogeldvermögen	65.000	50.000	33.000	11.000	-
Nettoimmobilienvermögen	200.000	155.000	75.000	15.000	-
Nettogesamtvermögen	265.000	205.000	108.000	26.000	-
Quelle: EVS 93, Werte gerundet					

**B. Analyse: Sparverhalten und Versorgungslücken**  
**Zukünftige Einkommenslücken bei konstantem Beitragssatz –**  
**Drei Modellbeispiele**

Wenn das bisherige Verhalten der „Durchschnittsverdiener“ rational war, dann wird das bisher ersparte Vermögen anderen Zwecken als der Alterssicherung (z.B. Vererben, besserer Lebensstandard) dienen. Die Deckungslücken bei der GRV müssen also durch zusätzliche Sparleistungen gefüllt werden. Wir gehen in der Modellrechnung für die Geburtsjahrgänge 1955 bis 1985 von einer 40-jährigen Spardauer und einer sicheren Durchschnittsvergütung von 4 % aus. Die Zahlen ergeben sich aus der folgenden Tabelle:

<b>Tabelle 12.6: Notwendiger Vermögensaufbau für „Durchschnittsverdiener“</b>					
<b>Geburtsjahrgang</b>	<b>1945</b>	<b>1955</b>	<b>1965</b>	<b>1975</b>	<b>1985</b>
<b>40-jährige Anspardauer</b>					
• Nachgelagerte Besteuerung					
Notwendige Sparquote in %	-	1,5	4,4	6,2	6,4
Mtl. Sparbetrag* in DM	-	96	188	137	79
Verminderung Nettoeinkommen in DM	-	64	125	91	53
• Vorgelagerte Besteuerung					
Notwendige Sparquote in %	-	2,3	6,0	8,5	8,7
Mtl. Sparbetrag* in DM	-	87	171	124	72
Verminderung Nettoeinkommen in DM	-	87	171	124	72
<b>Sparbeginn heute</b>					
• Nachgelagerte Besteuerung					
Notwendige Sparquote in %	-	4,1	6,2	6,8	noch nicht
Mtl. Sparbetrag* in DM	-	232	265	149	erwerbs-
Verminderung Nettoeinkommen in DM	-	154	177	99	tätig
• Vorgelagerte Besteuerung					
Notwendige Sparquote in %	-	5,5	8,4	9,2	noch nicht
Mtl. Sparbetrag* in DM	-	211	241	135	erwerbs-
Verminderung Nettoeinkommen in DM	-	211	241	135	tätig
* Der Sparbetrag ergibt sich als Produkt des aktuellen Einkommens mit der notwendigen Sparquote; da das Einkommen im Lebenszyklus ansteigt, erhöht sich auch bei konstanter Sparquote der notwendige Sparbetrag.					

Ein Besserverdienender wird nach unseren Annahmen ebenfalls 40 Jahre berufstätig sein. Sein letztes Nettoeinkommen zum Rentenbeginn beträgt dann ca. 5.500 Mark pro Monat. Das entspricht in heutigen Preisen einem monatlichen Bruttoeinkommen von 8.700 Mark. Sein Rentenzugangsfaktor ist 1, er hat 61 Entgeltpunkte auf seinem Rentenkonto angesammelt; das ergibt einen Rentenanspruch von monatlich 2.958 Mark. Das entspricht einer Ersatzquote (anfängliche Rentenhöhe/letztes Nettoerwerbseinkommen) von nur noch 54 Prozent. Je nach Geburtsjahrgang entwickeln sich die Rentenansprüche und die daraus folgenden Einkommenslücken wie folgt:

<b>Tabelle 12.7: Typ 3: „Besserverdiener“ – Zusätzliche Versorgungslücken bei konstantem Beitragssatz</b>					
<b>Geburtsjahrgang</b>	<b>1945</b>	<b>1955</b>	<b>1965</b>	<b>1975</b>	<b>1985</b>
Aktuelles Alter	55	45	35	25	15
Aktuelles Bruttoeinkommen	8.700	7.600	5.300	2.300	-
<b>Rentenanspruch nach Einfrieren des Beitragssatzes auf 21 %</b>					
Anteil verbleibende Umlagenrente (%)	100	90	74	63	62
Verbleibender Rentenanspruch (DM)	2.958	2.662	2.189	1.863	1.834
Ersatzquote (%)	54	48	40	34	33
Notwendiges Vermögen für eine erwünschte Ersatzquote von 100 %*	75,4	84,2	98,2	107,8	108,7
<b>Einkommenslücke</b>					
Einkommenslücke	0	296	769	1.094	1.124
Rückgang Ersatzquote (%)	0	5	14	20	20
<b>Zusätzlich notw. Vermögen am Vorabend des Ruhestandes bei 20-jähriger Rentendauer</b>					
Vervielfacher	0	8,8	22,8	32,4	33,3
Absolut (DM in heutigen Preisen)	0	48.236	125.415	178.474	183.298
Absolut (DM bei 3 % Inflation)	0	75.151	262.590	502.203	693.159
* Definiert als Vielfaches des monatlichen Nettoerwerbseinkommens (Lesebeispiel: Vervielfacher 8,8 x 5.500 = 48.400); Differenzen sind rundungsbedingt.					

## B. Analyse: Sparverhalten und Versorgungslücken

### Zukünftige Einkommenslücken bei konstantem Beitragssatz – Drei Modellbeispiele

Die Größenordnung zusätzlich notwendiger Vermögensbestände kann ein Vergleich mit den derzeit typischen Vermögensausstattungen der betroffenen Haushalte illustrieren. Legt man die Größenordnungen der EVS 1993 zugrunde – die 98er Zahlen waren bei Drucklegung noch nicht verfügbar – ergeben sich für die einzelnen Geburtsjahrgänge folgende Nettovermögenswerte:

<b>Tabelle 12.8: Nettovermögenswerte des „Besserverdieners“ nach Geburtsjahrgang</b>					
<b>Geburtsjahrgang</b>	<b>1945</b>	<b>1955</b>	<b>1965</b>	<b>1975</b>	<b>1985</b>
Nettogeldvermögen	100.000	65.000	35.000	12.000	-
Nettoimmobilienvermögen	310.000	220.000	110.000	20.000	-
Nettogesamtvermögen	410.000	285.000	145.000	32.000	-
Quelle: EVS 93, Werte gerundet					

**Anmerkung Tabellen 12.1 – 12.9:** Unter Inflationsbedingungen verlieren die angegebenen Vermögen im Ruhestand an realer Kaufkraft. Soll dies verhindert werden, sind die notwendigen Vermögen bzw. Sparquoten zu erhöhen. Bei einer 20-jährigen Rentendauer und einer Inflationsrate von 3 % ergibt sich ein Aufschlag um den Faktor 1,29 – also um etwa ein Drittel (vgl. Tabelle 6).

**Definitionen Tabellen 12.1 – 12.9:** Einkommenslücke = Differenz zwischen Nettoerwerbseinkommen mit 60 Jahren und anfänglicher Rentenhöhe nach Einfrieren der Beitragssätze; Ersatzquote = anfängliche Rentenhöhe / letztes Nettoerwerbseinkommen mit 60 Jahren; notwendiges Vermögen = Vermögen zur Kompensation der Einkommenslücke (Rentendauer: 20 Jahre, sicherer Zinssatz: 4 %); Steuersatz bei nachgelagerter Besteuerung: 10 % bei Vermögensauflösung.

**Quelle Tabellen 12.1 – 12.9:** Birg und Börsch-Supan (1999; Szenario: mittlerer Anstieg der Erwerbstätigenquote, mittlere Alterung, konstante Geburtenrate), empirica, eigene Berechnungen.

Wenn das bisherige Verhalten der „Besserverdiener“ rational war, dann wird das bisher ersparte Vermögen anderen Zwecken als der Alterssicherung (z.B. Vererben, besserer Lebensstandard) dienen. Die Deckungslücken bei der GRV müssen also durch zusätzliche Sparleistungen gefüllt werden. Wir gehen in der Modellrechnung für die Geburtsjahrgänge 1955 - 1985 von einer 40-jährigen Spardauer und einer sicheren Durchschnittsvergütung von 4 % aus. Die Zahlen ergeben sich aus der folgenden Tabelle:

<b>Tabelle 12.9: Notwendiger Vermögensaufbau für „Besserverdiener“</b>					
<b>Geburtsjahrgang</b>	<b>1945</b>	<b>1955</b>	<b>1965</b>	<b>1975</b>	<b>1985</b>
<b>40-jährige Anspardauer</b>					
• Nachgelagerte Besteuerung					
Notwendige Sparquote in %	-	1,5	4,0	5,7	5,9
Mtl. Sparbetrag* in DM	-	118	213	132	78
Verminderung Nettoeinkommen in DM	-	71	128	79	47
• Vorgelagerte Besteuerung					
Notwendige Sparquote in %	-	2,3	6,1	8,6	8,9
Mtl. Sparbetrag* in DM	-	107	194	120	71
Verminderung Nettoeinkommen in DM	-	107	194	120	71
<b>Sparbeginn heute</b>					
• Nachgelagerte Besteuerung					
Notwendige Sparquote in %	-	3,8	5,8	6,2	noch nicht
Mtl. Sparbetrag* in DM	-	291	306	143	erwerbs-
Verminderung Nettoeinkommen in DM	-	175	184	86	tätig
• Vorgelagerte Besteuerung					
Notwendige Sparquote in %	-	5,8	8,7	9,4	noch nicht
Mtl. Sparbetrag* in DM	-	265	278	130	erwerbs-
Verminderung Nettoeinkommen in DM	-	265	278	130	tätig
* Der Sparbetrag ergibt sich als Produkt des aktuellen Einkommens mit der notwendigen Sparquote; da das Einkommen im Lebenszyklus ansteigt, erhöht sich auch bei konstanter Sparquote der notwendige Sparbetrag.					

## B. Analyse: Sparverhalten und Versorgungslücken

### Fazit: Mehr private Vermögensbildung


Bei Haushalten mit höheren Einkommen (vgl. „Typ 2“ und „Typ 3“ in Tabelle 12) wirkt sich die Kürzung des Niveaus der Umlagenrente wegen der Wirkung der Beitragsbemessungsgrenzen der GRV weniger stark aus, da die gesetzliche Rente hier bereits im Status quo einen kleineren Anteil am Alterseinkommen ausmacht. Aber auch hier ergeben sich hohe zusätzliche Sparanforderungen. Je nach Steuersystem (nach- oder vorgelagerte Besteuerung) ergeben sich bei steigendem Einkommen höhere oder geringere notwendige Sparquoten, die ein Alterseinkommen garantieren, das real dem heutigen Niveau der Umlagenrente entspricht. Diese unterschiedlichen Effekte resultieren aus der hohen Steuerprogression, die dem „Besserverdiener“ bei nachgelagerter Besteuerung höhere Steuervorteile ermöglicht als dem „Geringverdiener“. Dies stellt aber kein Gerechtigkeitsproblem dar, weil der „Besserverdiener“ nach Abzug der Altersvorsorge auch in seiner Leistungsfähigkeit stärker eingeschränkt ist (vgl. zu dieser Problematik auch Abschnitt 3.4 in Teil C).

#### 4. Fazit: Mehr private Vermögensbildung

Eine 40-jährige Anspardauer vorausgesetzt, erfordert die Kompensation einer 10%igen Lücke zwischen Umlagenrente und letztem Erwerbseinkommen bei einer Verzinsung von 4 % und einer nachgelagerten Besteuerung eine zusätzliche langfristige Sparquote aus dem Bruttoeinkommen von etwa 2,5 bis 3 Prozent. Diese Sparquote erhöht sich bei größeren Lücken proportional. Das resultierende Altersvorsorgevermögen würde dann nach zehn Sparjahren etwa ein Quartalseinkommen betragen (ein Jahreseinkommen nach 30 Sparjahren; zu Beginn der Rente etwa eineinhalb Jahreseinkommen).<sup>34</sup> Soll eine 30%ige Versorgungslücke geschlossen werden und wird ab dem 20. Geburtstag angespart, dann muss bis zum 30. Geburtstag ein Jahreseinkommen, am 50. Geburtstag drei und zum Rentenbeginn viereinhalb Jahreseinkommen angespart worden sein.

<sup>34</sup> Gemeint sind die zum jeweiligen Zeitpunkt aktuellen Einkommen.





Wenn heute vorhandenes Vermögen bereits für andere Spar motive „verplant“ wurde, erfordert jede zukünftige Rentenkürzung eine zusätzliche private Vermögensbildung. Deswegen müsste das Geldvermögen aller Haushalte, deren Haushaltsvorstand heute unter 60 Jahre alt ist, etwa 700 Mrd. DM größer sein, um ab sofort eine 10%ige Einkommenslücke im Rentenalter kompensieren zu können. Dies entspricht etwa 20 % des im Jahr 1999 vorhandenen Geldvermögens in dieser Altersklasse und unter Einbeziehung der Immobilienwerte rund 12 % des gesamten Nettovermögens der unter 60-jährigen Haushalte. Größere Einkommenslücken erfordern proportional höhere Sparanstrengungen. Die Beträge verringern sich entsprechend, wenn die Haushalte Teile des bisherigen Geldvermögens umwidmen und für die Alterssicherung verwenden. Allerdings bedeutet auch dies einen Verlust an Lebensstandard, weil z.B. der Kauf langlebiger Konsumgüter aufgeschoben oder zu geringeren Beträgen (kleineres Auto) abgewickelt wird.

Wegen der wahrscheinlichen Kürzungen des Versorgungsniveaus der gesetzlichen Rentenversicherung in der nahen Zukunft ist die Vermögensausstattung der erwerbstätigen Haushalte nicht ausreichend. Zwar können rein rechnerisch viele Haushalte bei voller Verwertung der vorhandenen Vermögen eine Sicherung des bisherigen relativen Lebensstandards im Alter erreichen. Allerdings müssten dann alle übrigen Sparziele vernachlässigt werden und bisherige Verhaltensweisen verworfen werden. So könnte die Mobilisierung von selbst genutztem Wohneigentum bei etwa zwei Drittel der zukünftigen Rentner helfen, die Versorgungslücken weitgehend zu schließen. Allerdings müssten dann über Jahrzehnte gewachsene Verhaltensweisen und sehr starke Motive aufgegeben werden, wenn das Familienheim nicht mehr bis zum Tod „für die Kinder“ gehalten werden kann. Zunehmende finanzielle Zwänge und steigende Anzahl kinderloser Haushalte könnten solche Entwicklungen aber anstoßen und auch bei anderen Anlageformen ermöglichen.



## C. Maßnahmen: Die Lücken schließen

### 1. Bestehende Förderungen der Vermögensbildung

#### 1.1 Regelungen in Deutschland

##### 1.1.1 Steuerlich relevante Regelungen

Die vermögensbildungsrelevanten Steuergesetze sind unsystematisch und führen zu einer Ungleichbehandlung unterschiedlicher Anlageformen. Die Bedingungen für eine umfassendere Vermögensbildung privater Haushalte wurden zudem durch die Steuerreform zu Jahresbeginn 2000 verschlechtert.


Die deutlichsten Veränderungen ergeben sich durch die eingeführte Halbierung der Sparerfreibeträge. Bei einer angenommenen Verzinsung von 4 % (3 %/5 %) müssen unverheiratete Steuerzahler bereits ab einem Geldvermögen von 75.000 DM (60.000/100.000 DM) Einkommensteuer auf die Zinseinnahmen bezahlen. Eine Abschätzung mit den Daten der EVS 1993 ergibt, dass etwa 6 % aller Haushalte Einnahmen aus Zinsen, Dividenden und Ausschüttungen erzielen, die den alten Sparerfreibetrag von 6.000 DM für Singles bzw. 12.000 DM für Verheiratete überschreiten (vgl. Pfeiffer, Braun und Simons, 1999). Die Halbierung des Freibetrags dürfte diesen Anteil in allen Einkommensschichten mehr als verdoppelt haben. Rund 14 % der Haushalte dürften jetzt Steuern auf ihre Vermögenseinnahmen zahlen.<sup>35</sup>

Die Verlängerung der Spekulationsfristen wird nur marginale Veränderungen der Vermögensbildung zur Folge haben. Steuerzahler, die innerhalb der bisher geltenden sechsmonatigen Spekulationsfrist Wertpapiere veräußerten, werden dies auch in Zukunft tun, da bei ihnen die kurzfristige Renditemaximierung durch aktives *trading* im Vordergrund steht. Dagegen werden die Langfristanlagen – etwa für die Altersvorsorge – durch die Verlängerung der Frist auf ein Jahr nicht berührt.

<sup>35</sup> Die Veränderung dürfte noch viel gravierender sein, wenn man berücksichtigt, dass das in der EVS 93 nachgewiesene Geldvermögen lediglich 55,9 % der Ergebnisse in den Finanzierungsrechnungen der Deutschen Bundesbank repräsentiert. Ein Großteil dieser Differenzen dürfte auf die in der EVS 'fehlenden' 2 % einkommensreichsten Haushalte zurückgeführt werden.

**C. Maßnahmen: Die Lücken schließen**  
**Bestehende Förderungen der Vermögensbildung – Deutschland**

<b>Tabelle 13: Indirekte staatliche Sparförderung in Deutschland</b>				
	bis 1999	ab 2000	Volumen <sup>+++</sup> 1998/2000	Steuermehr- einnahmen* 2000/2002
<b>Besteuerung von Zinsen, Dividenden und Ausschüttungen</b>				
§ 20 (4) EStG: Sparerfreibetrag* von jährlich ...	12.000 DM	6.000 DM	n. verfügb.	2.075/ 3.290 Mio. DM
<b>Besteuerung von Wertsteigerungen</b>				
§ 23 EStG: innerhalb einer Spekulationsfrist von ...				
Immobilien	2 Jahren	10 Jahren <sup>**</sup>	n. verfügb.	299/665 Mio. DM
Wertpapiere	6 Monaten	12 Monaten <sup>***</sup>	n. verfügb.	10/21 Mio. DM
<b>Besteuerung von Vorsorgeaufwendungen</b>				
§ 3 Zif. 62 und § 10 (3) EStG: steuerfrei bzw. abziehbar als Sonderausgaben* max.				
Selbstständige	9.915 DM		n. verfügb.	keine Änd.
Abhängig				
Beschäftigte <sup>**</sup>	ca. 23.110 DM			
<b>Förderung selbst genutztes Wohneigentum</b>				
EigZulG:				
Grundförderung § 9 (2)				
Neubau	5.000 DM p.a. ü. 8 J.	}	11.522 Mio. DM/	keine Änd.
Altbau	2.500 DM p.a. ü. 8 J.		13.742 Mio. DM	keine Änd.
Kinderzulage § 9 (5)				
pro Kind	1.500 DM p.a. ü. 8 J.		4.149 Mio. DM/ 5.488 Mio. DM	keine Änd.
* für Ehepaare gelten die doppelten Beträge				
<sup>**</sup> gilt nicht für selbst genutzte Immobilie, wenn Verkauf z.B. durch Arbeitsplatzwechsel erzwungen				
<sup>***</sup> Freigrenze bis 999,99 DM p.a.				
<sup>+</sup> Mehreinnahmen durch Steuerreform (Schätzungen)				
<sup>**</sup> Arbeitgeberanteil an Sozialversicherungsbeitrag ist steuerfrei, Arbeitnehmeranteil ist begrenzt abzugsfähig (Maximalwert ergibt sich bei angen. Abgabensätzen für KV+PV (15,2 %) bzw. für RV+AV (25,8 %) und einem zu versteuernden Einkommen in Höhe der Beitragsbemessungsgrenze zur RV von derzeit 103.200 DM p.a.)				
<sup>+++</sup> 1998 Ist-Werte, 2000 Haushaltsansätze (Eigenheimzulage incl. Restbestand § 10e und § 34f EStG)				
<b>Quelle:</b> Subventionsbericht der Bundesregierung; Steuerentlastungsgesetz, empirica				



Auch die Fristverlängerung bei Veräußerung von Immobilien auf zehn Jahre wird weitgehend folgenlos bleiben. Für selbst genutztes Wohneigentum entfällt die Spekulationsbesteuerung, wenn das Wirtschaftsgut, z.B. wegen Arbeitsplatzwechsels, kurzfristig veräußert wird. Bei Mietwohnungen ergibt sich durch die steuerlichen Abschreibungen und die daraus resultierenden Liquiditätsentwicklungen typischerweise eine Rendite, die nach rund zehn Jahren ihr Maximum erreicht. Im Ergebnis verbieten sich Verkäufe innerhalb der Spekulationsfrist von zehn Jahren aus Renditeüberlegungen. Allerdings darf das psychologische Motiv nicht vernachlässigt werden. So ist es denkbar, dass einige bisherige Investoren aufgrund der eingeschränkten Dispositionsfreiheit abgeschreckt werden.

Der begrenzte Abzug von Vorsorgeaufwendungen als Sonderausgaben (§ 10 EStG) neutralisiert für einen vom Gesetzgeber beliebig festgelegten Teil der Vermögensbildung die sonst bestehende Verzerrung bei der Feststellung der steuerrelevanten Leistungsfähigkeit. Betroffen sind vor allem GRV- und Lebensversicherungsbeiträge, aber auch die betriebliche Altersvorsorge. Die Höhe der zulässigen Beträge wurde jedoch seit 1993 nicht mehr angepasst. Seither sind die Sozialversicherungsbeiträge und das Preisniveau um jeweils rund 10 % angestiegen. Real können also deutlich weniger Vorsorgeaufwendungen als noch vor sieben Jahren steuerlich geltend gemacht werden. Im Rahmen der Sozialversicherungsbeiträge ist zudem die Ungleichbehandlung von Selbstständigen und abhängig Beschäftigten hervorzuheben, die aus der Steuerfreiheit der Arbeitgeberbeiträge herrührt.

Für die erst vor kurzem eingeführten Altersvorsorge-Sondervermögen (AS) bestehen keine speziellen steuerlichen Regelungen. Wie bei allen Fondsanlagen stammen die Beiträge aus versteuertem Einkommen. Zins- und Dividendeneinnahmen sind nach Abzug des üblichen Sparerfreibetrags zu versteuern. Die Auszahlung des Fondsvermögens ist steuerfrei – wie auch bei anderen Wertpapieranlagen nach Ablauf der Spekulationsfrist.

### 1.1.2 Direkte Sparförderung

Die direkte staatliche Sparförderung setzt sich in Deutschland derzeit aus drei Komponenten zusammen. Neben unterschiedlichen Prämiensätzen und Fördergrenzen unterscheiden sich die zersplitterten Fördermaßnahmen insbesondere in ihren Zielgruppen. Während alle unbeschränkt Steuerpflichtigen innerhalb vorgegebener Einkommensgrenzen die Wohnungsbauprämie (WoP) in Anspruch nehmen können, begünstigen die Förderung im Rahmen des VermBG und des EStG nur abhängig Beschäftigte. Allerdings müssen bei Vermögensbeteiligungen nach § 19a EStG keine Einkommensgrenzen eingehalten werden. Zur Eindämmung von Mitnahmeeffekten gilt für alle geförderten Vermögensbestandteile eine Sperrfrist von sechs bis sieben Jahren. Eine nicht zielkonforme Mittelverwendung nach Ablauf dieser Haltedauer wird jedoch nicht sanktioniert. Die jährlichen Auszahlungen für die Sparförderung beliefen sich 1998 auf 1,1 Mrd. DM und sollen im laufenden Jahr 1,7 Mrd. DM erreichen.<sup>36</sup>

Die heutige staatliche Sparförderung hat bisher faktisch nur beim Aufbau 'kleiner' Vermögen zur Finanzierung größerer Anschaffungen geholfen, weil die maximal vorgeschriebene Haltedauer sieben Jahre beträgt und empirische Erfahrungen zeigen, dass die angesammelten Vermögen anschließend zum Großteil konsumiert werden (vgl. Lang 1998). Für eine eigenständige Altersabsicherung reichen die so geförderten Beträge deswegen bei weitem nicht aus. Das war aber bisher auch nicht die Zielvorstellung, da die gesetzliche Rente bisher ein ausreichendes Alterseinkommen garantierte. Damit mussten nur Bezieher höherer Einkommen jenseits der Beitragsbemessungsgrenze (derzeit 103.200 DM) privat vorsorgen. In Zukunft erhal-

<sup>36</sup> Das Volumen der neuen Ansprüche auf Sparförderung im Jahr 1998 belief sich dagegen auf 1,9 Mrd. DM. Der Unterschied zwischen Anspruchsentstehung und tatsächlicher Auszahlung ergibt sich aus dem Auszahlungsverfahren: Staatliche Prämien werden erst nach Ablauf der Sperrfristen ausbezahlt. Relevant sind die neuen Ansprüche, da der Auszahlungsmodus nur zu zeitlichen Verschiebungen der Belastung des Staatshaushalts führt.

**Tabelle 14: Direkte staatliche Sparförderung in Deutschland**

	WoPG	VermBG		§ 19a EStG	Summe
<b>Anlage-katalog</b>	Verträge und Sparverträge mit Zweckbindung Erwerb oder Bau Wohneigentum	1. Anlagen n. WoPG, Aufwendungen zum Immobilienerwerb (z.B. Tilgung)	2. Produktivkapitalbeteiligungen	Aktien, GmbH-Anteile, Genussrechte, stille und indirekte Beteiligungen, Arbeitnehmerdarlehen	
<b>Sperrfrist</b>	7 Jahre	7 Jahre	7 Jahre	6 Jahre	
<b>Prämien-satz</b>	10 %	10 %	20 %***	individuell (abh. vom Steuersatz)	
<b>Förder-grenze</b>	Ledige/ Verheiratete 1.000/ 2.000 DM	936 DM**	800 DM**	300 DM steuer- und abgabenfrei (max. 50 % des Werts der Beteiligung)	
<b>Einkommens-grenze*</b>	Ledige/ Verheiratete 50.000/ 100.000 DM	Ledige/ Verheiratete 35.000/ 70.000 DM	Ledige/ Verheiratete 35.000/ 70.000 DM	keine	
<b>Förder-berechtig-te</b>	unbeschränkt ESt-Pflichtige	Abhängig Beschäftigte	Abhängig Beschäftigte	Abhängig Beschäftigte als Sachbezug vom Arbeitgeber	
<b>Volu-men****</b>					
<b>1998/ 2000 in Mio. DM</b>	633 / 1.000	410 / 660		70 / 80	1.123 / 1.740
<p>* zu versteuerndes Einkommen</p> <p>** Ehepaare doppelte Höhe, wenn beide die Förderbedingungen erfüllen</p> <p>*** in den neuen Bundesländern befristet 25 %</p> <p>**** 1998 Ist-Werte, 2000 Haushaltsansätze</p>					
<p><b>Quelle:</b> Subventionsbericht der Bundesregierung; Pfeiffer, Braun und Simons (1999), empirica</p>					

## C. Maßnahmen: Die Lücken schließen

### Bestehende Förderungen der Vermögensbildung – Großbritannien

ten die persönlichen Entscheidungen für alle eine größere Bedeutung. Eine zukünftige direkte Sparförderung müsste deswegen spezielle Anreize bieten, damit auch tatsächlich die langfristige Vermögensbildung gefördert wird.

#### 1.2 Internationale Erfahrungen mit Alterssicherungssparen

In vielen Ländern wird mittlerweile zumindest ein Teil der Alterssicherung durch private, kapitalgedeckte Vorsorge sichergestellt (vgl. z.B. DIA-Studie von Börsch-Supan, Miegel u.a., 1999).<sup>37</sup> Dabei wird meistens noch unterschieden zwischen rein privaten und betrieblichen Alterssicherungssystemen. Diese Unterscheidung erscheint jedoch nicht zweckmäßig, da spezielle Regelungen für betriebliche Fonds lediglich zu Ungleichbehandlungen gegenüber denjenigen Erwerbstätigen führt, die keinen Zugang dazu haben. Die folgende Übersicht konzentriert sich auf Großbritannien und die USA, weil für diese Länder die umfangreichsten empirischen Untersuchungen zu den Auswirkungen insbesondere auf das Sparverhalten der Privathaushalte vorliegen.

##### 1.2.1 Großbritannien


Großbritannien hat gezeigt, dass ein schneller Umstieg von den bisherigen Anreizmodellen – Tax Exempt Special Savings Accounts (TESSA) und Personal Equity Plans (PEP) – auf ein konzentriertes Alterssicherungssparen möglich ist. Im Jahr 1999 wurden die TESSAs und PEPs durch die Individual Savings Accounts (ISA) abgelöst.

##### Das alte System

Die PEPs waren 1987 eingeführt worden und sollten die Beteiligung am Aktienvermögen stärken. Deswegen waren im Rahmen direkter und indirekter Aktienbeteiligungen Dividenden, Wertsteigerungen und Vermögens-

<sup>37</sup> Dazu gehören in Europa insbesondere die Schweiz, die Niederlande und Schweden, aber auch viele lateinamerikanische und südostasiatische Staaten haben mittlerweile kapitalgedeckte Alterssicherungssysteme etabliert.





auflösung steuerfrei (vorgelagerte Besteuerung). Bis April 1999 leistete der Staat zusätzlich eine 20%ige Steuergutschrift auf Dividenden. Im Jahr 1989 wurde die bisher vorgeschriebene Mindesthaltedauer abgeschafft und der Kreis zugelassener Aktienfonds erweitert. Daraufhin konnte ein starker Anstieg in der Beliebtheit der PEPs beobachtet werden. Mittlerweile haben mehr als 10 % der Briten einen PEP. Nach der Einführung der ISAs im April 1999 waren keine neuen Einzahlungen in vorhandene oder neue PEPs mehr möglich. Die Steuergutschrift wurde auf 10 % abgesenkt.

TESSAs gab es seit 1991. Dabei wurden bei Einhaltung einer fünfjährigen Mindesthaltedauer Steuererleichterungen für Zinseinkommen aus bestimmten Anlageformen gewährt. Auch hier existierten maximale jährliche Einzahlungen. Seit Einführung der ISAs werden keine neuen TESSAs mehr zugelassen, nach Ablauf der noch laufenden TESSAs kann das verbleibende Kapital in ISAs umgeschichtet werden, ohne die dort geltenden jährlichen Maximaleinzahlungen zu tangieren.

### **Empirische Evidenz**

Eine Analyse der Besitzer von TESSAs nach Haushaltscharakteristika zeigt im obersten Einkommensquartil (die einkommensstärksten 25 % aller Haushalte) im Jahr 1994/95 eine Verbreitung von rund 22 %, im dritten Quartil 15 %, im zweiten Quartil 11 % und im untersten Quartil nur knapp 5 %. Neben der Einkommenshöhe spielen auch andere Faktoren eine Rolle: Insbesondere gut ausgebildete Haushalte und Haushalte mit selbst genutztem Wohneigentum besitzen TESSAs. PEPs sind noch stärker in den oberen Einkommensklassen konzentriert. Darüber hinaus verfügen die „Besserverdiener“ auch über höhere Bestände.

### **Das neue System**

Im Unterschied zu den bisherigen PEPs und TESSAs sind die neuen geförderten Anlageformen der ISAs viel weiter gefasst und umfassen u.a. auch Lebensversicherungen und Geldvermögen. Auch für die ISAs gelten Ober-

## C. Maßnahmen: Die Lücken schließen

### Bestehende Förderungen der Vermögensbildung – Großbritannien

grenzen für die jährlichen Einzahlungen<sup>38</sup>, aber keine Mindesthaltungsdauer mehr. Vermögenseinnahmen und -auflösungen sind weiterhin steuerfrei (vorgelagerte Besteuerung; garantiert bis zum Jahr 2009), daneben gibt es eine 10%ige Steuergutschrift auf Dividendeneinnahmen (garantiert bis zum Jahr 2004). Neben den garantierten „Haltbarkeitsdauern“ der gesetzlichen Regelungen stellt auch die Festlegung von Minimumstandards eine Neuigkeit in der Sparförderung dar: Der so genannte CAT-Standard (*costs, access and terms*)<sup>39</sup> ist zwar nicht verpflichtend, aber alle Fonds, die ihn einhalten, bekommen ein staatliches Gütesiegel.

#### Konsequenzen


Für den Anleger liegt der Nachteil der neuen ISAs vor allem in den geringeren begünstigten Maximalbeiträgen pro Jahr und der abgesenkten Steuergutschrift. Dagegen ist die größere Bandbreite der erlaubten Anlageformen sowohl für den Sparer als auch im Sinne einer unverzerrten Anlageentscheidung als Vorteil zu betrachten. Im Unterschied zu früher werden weniger Personen ausgeschlossen, weil sie – warum auch immer – die begünstigte Anlageform nicht präferieren. Die Abschaffung der Mindesthaltungsdauer dürfte zwar die Attraktivität erhöhen, insgesamt aber die Mitnahmeeffekte verstärken. Tatsächlich wurde im ersten Jahr nach der Umstellung auf ISAs mehr eingezahlt als bisher in PEPs und TESSAs zusammen. Dieser Erfolg dürfte insbesondere denjenigen *windfall profits* bescheren, die schon Vermögen haben und nur in steuerbegünstigte Anlageformen umschichten.

#### Förderung von Privatrenten

Neben der allgemeinen Sparförderung für private Haushalte werden in Großbritannien auch private Pensionen gefördert. Bis zu einem Maximal-

<sup>38</sup> Maximal 5000 Pfund p.a. (7000 Pfund im ersten Jahr), aber max. 1000 Pfund in Lebensversicherungen und max. 1000 Pfund in Geldvermögen (3000 Pfund im ersten Jahr).

<sup>39</sup> Z.B. Obergrenzen für Gebühren, Mindestverzinsung für Geldanlagen, Maximumlimits für Mindesteinzahlungen in Aktienfonds etc.



betrag (alters- und einkommensabhängige Limits!) können Einzahlung aus dem un versteuerten Bruttoeinkommen getätigt werden. Vermögenseinnahmen innerhalb der Anlagefonds bleiben steuerfrei. Im Rentenalter muss bei *defined contribution*-Systemen der Fonds in eine Annuität umgewandelt werden, auf die ESt zu zahlen ist (nachgelagerte Besteuerung). Allerdings bleibt ein Viertel der Guthaben davon befreit und kann *lump sum* und steuerfrei ausgezahlt werden. Bei *defined benefit*-Systemen kann das Eineinhalbfache des letzten Lohns steuerfrei und *lump sum* entnommen werden, die folgenden Rentenzahlungen sind zu versteuern.

### **1.2.2 USA**

In den USA existieren zwei bedeutende Systeme zur Förderung der privaten bzw. betrieblichen Altersvorsorge: Individual Retirement Accounts (IRA) und 401(k)-Pläne.

#### **Individual Retirement Accounts**

Im Jahr 1981 wurden die IRAs eingeführt. Beiträge zu diesen Sparplänen sowie daraus resultierende Vermögenseinnahmen sind steuerfrei. Erst bei Auflösung der Vermögen werden Steuern fällig (nachgelagerte Besteuerung). Für die zugelassenen Anlageformen gibt es kaum Beschränkungen.<sup>40</sup> Vermögensauflösungen sind jederzeit möglich, allerdings wird einer Strafsteuer in Höhe von 10 % fällig, wenn der Sparer jünger als 59 Jahre ist. Zugang zu den Steuervorteilen haben alle abhängig Beschäftigten<sup>41</sup>, die Beiträge sind auf jährlich 2000 \$ begrenzt (zzgl. 250 \$ für Ehepartner). Die Teilnahme an IRA-Programmen steigt insbesondere mit dem Einkommen und im Alter deutlich an. 1991 nahmen insgesamt 27 % aller Haushalte die Vorteile in Anspruch.

<sup>40</sup> Ausnahmen z.B. Gold, Silber und Hedge-Fonds.

<sup>41</sup> Für Selbstständige gibt es ein spezielles Programm (Keogh), das auch höhere Beitragsbemessungsgrenzen vorsieht.

## C. Maßnahmen: Die Lücken schließen

### Bestehende Förderungen der Vermögensbildung – USA


#### **Betriebliche Rentensparpläne**

Neben den IRAs gibt es auch betriebliche steuerbegünstigte Rentensparpläne, in die der Arbeitgeber im Auftrag des Arbeitnehmers einzahlt. Diese nach dem entsprechenden Steuerparagrafen so genannten 401(k)-Pläne wurden bereits 1978 eingeführt. Die Vermögensbildung wird ebenfalls nachgelagert besteuert. Bis 1986 gab es eine Obergrenze für die jährlichen Beiträge von 30.000 \$, dann wurde diese Grenze auf 7.000 \$ reduziert und indexiert (1995 9.235 \$, 1999 10.000 \$). Die Steuerreform von 1997 setzte die alten Höchstbeitragsgrenzen von 1986 wieder ein und ermöglichte auch vorgelagert besteuerte IRAs.

Die erlaubten Anlageformen sind enger gefasst als bei den IRAs und hängen insbesondere von den Arrangements der Arbeitgeber mit den entsprechenden Fondsgesellschaften ab. Seit 1993 müssen alle Fonds mindestens die Wahl zwischen drei Arten anbieten: einem breit gestreuten Aktienfonds, Bondfonds und Geldmarktfonds. Für die vorzeitige Auflösung der Guthaben gelten dieselben Richtlinien wie bei den IRAs.

Die Teilnahme an 401(k)-Plänen steigt wie bei den IRAs ebenfalls mit dem Einkommen, nicht aber mit dem Alter an. Die Teilnahmequote der Teilnehmereberechtigten ist im Einkommen nahezu konstant. Damit ist die steigende Teilnahme im Einkommen nur auf den höheren Anteil Berechtigter zurückzuführen. Insgesamt nahmen 1991 knapp 25 % aller Haushalte bzw. 71 % aller Berechtigten teil.

Die Beiträge zu IRA und 401(k)-Plänen übersteigen heute die Beiträge zu den traditionellen *defined benefit*, Pensionsplänen der Arbeitgeber. Die Vorteile liegen insbesondere darin, dass die einmal erworbenen Ansprüche bei einem Betriebswechsel nicht mehr verloren gehen. Bei den IRAs folgt dies direkt aus der privaten Vermögensbildung, die bisherigen Ansprüche aus 401(k)-Plänen können in einen entsprechenden Plan beim neuen Arbeitgeber umgeschichtet werden. Der Nachteil der betrieblichen 401(k)-Pläne besteht jedoch darin, dass die Arbeitgeberanteile vorwiegend in die



eigenen Aktien investiert werden. Dadurch steigt der Aktienanteil und es existiert keine Kontrolle der Arbeitnehmer über die Anlageform. Außerdem wird das Arbeitsplatzrisiko mit dem Anlagerisiko verknüpft. Allerdings kaufen rund 60 % der Arbeitnehmer „freiwillig“ Aktien des Arbeitgebers, wenn dies in einem 401(k)-Plan angeboten wird.

### **Empirische Evidenz**

Aufgrund der langjährigen praktischen Erfahrung mit Alterssicherungskosten und aufgrund der umfassenden Datenerhebungen<sup>42</sup>, die eine fundierte Grundlage für Analysen der Auswirkungen von IRA und 401(k)-Plänen erlauben, erfolgt die Diskussion um die theoretischen und empirischen Erfolge von Alterssicherungssparen hauptsächlich in den USA. Die Ergebnisse der amerikanischen Analysen sind allerdings sehr unterschiedlich und reichen von der Schlussfolgerung, dass sämtliche Ersparnisse im Rahmen von IRA und 401(k)-Plänen neue Ersparnisse darstellen,<sup>43</sup> bis zu der Erkenntnis, dass eine reine Umschichtung<sup>44</sup> in die begünstigten Anlageformen stattgefunden hat.<sup>45</sup>

Die unterschiedlichen Ergebnisse müssen auch u.a. darauf zurückgeführt werden, dass die Untersuchungen sich auf unterschiedliche Betrachtungs-

<sup>42</sup> Im Gegensatz zu den amerikanischen Haushaltsdaten, die teilweise sogar für jedermann im Internet abrufbar sind, gibt es beispielsweise in Deutschland keine Paneldaten (Längsschnitterhebungen) zum Thema Vermögensbildung. Zwar werden mit den Einkommens- und Verbrauchsstichproben sehr detaillierte Informationen erhoben, die fehlende Verknüpfung der einzelnen Erhebungen und die lange Zeitdauer, bis die Daten zur Verfügung stehen, sind jedoch nachteilig.

<sup>43</sup> Vgl. Poterba, Venti und Wise (1995): „*The microeconomic evidence (...) suggests that most of the contributions to these programs represent new saving that would not otherwise have occurred.*“

<sup>44</sup> Vgl. Engen, Gale und Scholz (1996): „*Thus, we conclude that little if any of the overall contributions to existing saving incentives have raised private or national saving.*“

<sup>45</sup> In einer vermittelnden Evaluierung kommen Hubbard und Skinner (1997) zu dem Schluss, dass die Position von Poterba et al. (1995) die richtige ist und die Position von Engen et al. (1996) erst sehr langfristig (mehr als 50 Jahre) relevant ist.

## C. Maßnahmen: Die Lücken schließen

### Zielverhalten unter neuen Rahmenbedingungen


horizonte beziehen. Außerdem führen Verzerrungen in verschiedenen Stichproben zu unterschiedlichen Resultaten: So ist denkbar, dass Haushalte, die an einschlägigen Anreizprogrammen teilnehmen oder zumindest begünstigt sind, systematisch höhere Präferenzen fürs Sparen haben (Selbstselektion). Außerdem stellen etwa Engen, Gale und Scholz (1996) fest, dass Haushalte mit geförderten Vermögensanlagen gleichzeitig mehr Kredite aufnehmen als andere. Somit würden höhere Ersparnisse auf der einen Seite durch Kreditaufnahme (Entsparen) wieder zunichte gemacht. Darüber hinaus sind Zeitreihen über die private Vermögensbildung nur unvollkommen vergleichbar, da sich im betrachteten Zeitraum zahlreiche Veränderungen beispielsweise bzgl. der Finanzmärkte oder der Sozialversicherung ergeben haben. Wenn derartige Zusammenhänge vernachlässigt oder verschiedenartig berücksichtigt werden, dann ergeben sich für die Effekte der Sparförderung auch entsprechende überhöhte Schätzungen.<sup>46</sup>

## 2. Zielverhalten unter neuen Rahmenbedingungen

### 2.1 Transparenz als Grundlage für rationale Lebensplanungen

Jede Generation muss für einen angemessenen Lebensstandard im Alter Human- und Realkapital bilden. Weniger Humankapital kann dabei in gewissen Grenzen durch mehr Realkapital ersetzt werden. Nach den schon eingetretenen oder schon programmierten Belastungssteigerungen in den Transfersystemen steht die Politik jetzt vor einer äußerst schwierigen Operation. Sie muss den Bürgern eine klare Orientierung geben, damit diese

<sup>46</sup> Bernheim (1999) gibt einen Überblick über die bisherige Literatur und empirischen Auswertungen zur Auswirkung von Sparförderung. Dabei geht er auch auf die Probleme ein, die entstehen, wenn die Auswirkung von Sparförderung aus dem Vergleich des Sparverhaltens in verschiedenen Ländern mit unterschiedlichen Sparförderungen abgeleitet werden sollen. Beispielsweise kann es sein, dass Anreizsysteme eher dort etabliert werden, wo die Bevölkerung ohnehin „sparfreudiger“ ist. Dann korrelieren höhere Sparquoten mit entsprechenden Anreizprogrammen, auch wenn die Anreize selbst überhaupt keine Verhaltensänderungen auslösen. Daneben ist es sehr wahrscheinlich, dass die Anreizsysteme der einzelnen Länder zu unterschiedlichen Zeitpunkten (im Konjunkturzyklus) implementiert wurden. Dann werden die Auswirkungen der Förderprogramme aber von ganz unterschiedlichen Zins- und Einkommensentwicklungen begleitet, die eine Messung der reinen Fördereffekte verzerren.



ihre eigenen Vermögensbildungspläne rational und verantwortlich gestalten können. Sie muss gleichzeitig den Anstieg der Abgabenquoten stoppen, was zur Verringerung oder Begrenzung der Ansprüche an die Transfersysteme führt. Jede Regierung wird durch ihre Prognosen über künftige Abgabensätze und Leistungsniveaus fast zwangsläufig (möglicherweise ungewollt) zum wichtigsten Vermögensanlageberater ihrer Bürger – zumindest was das Niveau der erforderlichen Ersparnis angeht. Regierungen müssen deshalb als erste Aufgabe Transparenz schaffen und im Rahmen des Möglichen optimale Informationen für die künftige Entwicklung bereitstellen. Sie müssen dem Einzelnen frühzeitig und realistisch deutlich machen, mit welchen Begrenzungen er bei den öffentlichen Leistungssystemen und mit welchen Abgabensteigerungen er zu rechnen hat. Nun liegt auf der Hand, dass niemand für Zeiträume von 30 bis 40 Jahren exakt vorhersagen kann, wie sich Zinsen oder relative Preise für Pflegeleistungen entwickeln werden. Gerade deshalb ist eine ständige aufklärende Diskussion erforderlich, die mit bestem fachlichen Wissen gespeist wird.

## **2.2 Unabhängige und offene Diskussion**

Angeichts der Neigung demokratischer Politik, zu optimistisch und zu kurzfristig zu argumentieren, wäre den Bürgern am besten gedient, wenn diese Diskussion von möglichst wenig interessen gebundenem Sachverstand getragen würde. Dazu ist eine kompetente und neutrale Organisation erforderlich, die bestes Wissen zu den langfristigen Alterssicherungsthemen zusammenträgt und aufbereitet. Wir empfehlen deshalb, die Aufgaben des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu erweitern und ihn in regelmäßigen Abständen zu verpflichten (z.B. alle drei Jahre), über die Gesamtheit der Vorwegverteilungen des künftigen Sozialprodukts und die Finanzierungserfordernisse der kollektiven und individuellen Sicherung des Lebens im Alter zu berichten. Eine Zusammenschau der verschiedenen Leistungs- oder Geldströme von den Beamtenpensionen über die Pflegekosten bis hin zum Abbau der Staatsschuld wird allein schon deshalb wichtig, weil alle Leistungen aus dem künftigen Sozialprodukt finanziert werden müssen. Es reicht nicht aus, die Rentenansprü-

## C. Maßnahmen: Die Lücken schließen

### Zielverhalten unter neuen Rahmenbedingungen


che zu kürzen, um die Beiträge zu stabilisieren. Es muss auch mit Autorität öffentlich darüber nachgedacht werden, wie stabil und verlässlich die dahinter stehenden Prognosen sind, und es muss transparent werden, wie die anderen Leistungssysteme sich entwickeln.

Auch eine solche systematische Diskussion wird keine absolute Sicherheit bringen. Aber ein solches Vorgehen würde sicherstellen, dass die verschiedenen Lösungen ständig auf dem Prüfstand bleiben. Für die Bürger würde zumindest deutlich, welche Bedeutung die Themen haben und welche Risiken in verschiedenen Bereichen gesehen werden. Es bleibt dann immer noch eine Frage der individuellen Wertungen und Entscheidungen, wie die Betroffenen auf neue Informationen reagieren. In jedem Fall haben die Bürger Anspruch darauf, ihre langfristigen Lebensplanungen auf das beste verfügbare Wissen zu stützen. Regierungen sind in diesem Prozess auch Interessenten und Akteure mit eigenen besonderen Motiven. Sie sollten deshalb verpflichtet werden, diesen offenen, von bestem Wissen gespeisten Diskussionsprozess zu stützen und zu organisieren.

#### **Exkurs: Zeitnahe Messung des Sparverhaltens**

Zur zukünftigen Beurteilung der Angemessenheit des Vorsorgespargens ist die Bereitstellung aussagekräftiger Mikrodaten erforderlich. Mit den Einkommens- und Verbrauchsstichproben stellt das Statistische Bundesamt zwar umfangreiches Datenmaterial mit Informationen zu einzelnen Einkommens-, Vermögens- und Konsumkomponenten zur Verfügung. Die Zeitspanne zwischen Datenerhebung und -veröffentlichung beträgt jedoch zwei Jahre. Darüber hinaus können viele Entwicklungen nur durch die Beobachtung von identischen Haushalten im Zeitablauf nachvollzogen werden. Diese Möglichkeiten bietet jedoch die EVS als Querschnitterhebung nicht. Längsschnittsdaten mit ausreichenden Fallzahlen werden in der Bundesrepublik nur im Rahmen des Sozioökonomischen Panels des DIW erhoben. Dort stehen allerdings Vermögensbestände und Sparverhalten sehr stark im Hintergrund. Im Ergebnis existiert kein angemessenes Datenmaterial zur Beschreibung und Fortschreibung der





privaten Alterssicherung in Deutschland. Aufgrund der fortschreitenden Alterung der deutschen Bevölkerung und der zu erwartenden Veränderungen im staatlichen Rentenversicherungssystem ist es höchste Zeit, endlich Paneldaten bereitzustellen – nicht zuletzt spezielles Datenmaterial über Rentner und Pensionäre. In den USA gibt es bereits seit den 60er Jahren Paneldaten über ältere Haushalte (z.B. Retirement History Survey). In Großbritannien werden seit Ende der 80er Jahre entsprechende Datensätze erhoben (UK Retirement Survey).

### **2.3 Wesentliche Inhalte der politischen Alterssicherungsdiskussion**

Im Vordergrund der Alterssicherungsdiskussion müssen zwei zentrale Themen stehen:

- Die Generationensteuer<sup>47</sup> zu Lasten der Jüngeren kann auch im Interesse der Älteren nicht weiter erhöht werden, denn sie beeinträchtigt die Leistungsfähigkeit. Beitragsstabilität wird zur Voraussetzung rationaler Sparentscheidungen der Bürger;
- Aufklärung muss so früh wie möglich erfolgen, denn jede private Form der Vorsorge braucht lange Zeiträume. Zinseszinsseffekte werden nur dann spürbar, wenn sie sich über lange Zeit entwickeln können.

Das Alterssicherungspotenzial einer DM, die mit 25 Jahren angelegt wird, ist bei 4%iger Verzinsung im Alter von 65 Jahren 3,2-mal größer als das Alterssicherungspotenzial einer DM, die man erst mit 55 Jahren zurücklegt. Anders kalkuliert: Wer am Anfang eines 40-jährigen Berufslebens eine

<sup>47</sup> In einem umlagefinanzierten Rentenversicherungssystem müssen die Beitragszahler damit rechnen, dass sie später nur einen Teil ihrer Rentenbeiträge in Form von Rentenzahlungen zurückbekommen. Dadurch entsteht der Generation der aktuellen Beitragszahler ein Verlust, der wie eine implizite Einkommensteuer wirkt (vgl. Thum und Weizsäcker, 1999).

C. Maßnahmen: Die Lücken schließen  
Zielverhalten unter neuen Rahmenbedingungen

**Tabelle 15a: Ausmaß von Zinseszinsseffekten** (1.000 DM einmalig angelegt ergeben nach ... Jahren bei einem Zinssatz von ... einen Vermögenswert von ... DM)

Zinssatz	Anlagedauer (Jahre)			
	10	20	30	40
2 %	1.219	1.486	1.811	2.208
4 %	1.480	2.191	3.243	4.801
6 %	1.791	3.207	5.743	10.286
8 %	2.159	4.661	10.063	21.725
10 %	2.594	6.727	17.449	45.259

Quelle: Eigene Berechnungen, empirica

10%ige Versorgungslücke im Alter durch heutiges Sparen schließen will, muss bei 4%iger Verzinsung und nachgelagerter Besteuerung regelmäßig rund 2,4 % seines Bruttoeinkommens sparen. Wer erst nach 30 Jahren startet, dessen Sparbedarf springt bei gleicher Verzinsung auf 9 %. Die Zeit hilft den Sparern. Wer zu spät aufklärt oder sich von den Ereignissen überraschen oder treiben lässt, untergräbt die Macht der Zinseszinsseffekte.

**Tabelle 15b: Ausmaß von Zinseszinsseffekten** (1.000 DM jährlich zurückgelegt ergeben nach ... Jahren bei einem Zinssatz von ... einen Vermögenswert von ... DM)

Zinssatz	Anlagedauer (Jahre)			
	10	20	30	40
2 %	10.950	24.297	40.568	60.402
4 %	12.006	29.778	56.085	95.026
6 %	13.181	36.786	79.058	154.762
8 %	14.487	45.762	113.283	259.057
10 %	15.937	57.275	164.494	442.593

Quelle: Eigene Berechnungen, empirica

### **Intergenerative Gerechtigkeit statt Generationensteuer**

Die Analyse zeigt, dass die intergenerative Gerechtigkeit über Jahrzehnte hinweg systematisch verletzt wurde, ohne dass daraus Konsequenzen gezogen worden wären oder die politische Debatte darauf auch nur intensiv reagierte hätte. Die Einkommen der unter 40-Jährigen bleiben seit 20 Jahren hinter denen der über 60-Jährigen zurück (vgl. Abbildung 15). Die Verlangsamung der Rentensteigerungen gilt trotz steigender Sozialabgaben der Erwerbstätigen weithin als Ungerechtigkeit. Familien wurden durch das Rentensystem benachteiligt, ohne dass darauf zügig und ausreichend reagiert wurde. Die Generationensteuer wurde ständig erhöht, ohne dass dies für die Betroffenen transparent wurde. In der öffentlichen Diskussion über Verteilungsgerechtigkeit standen ständig andere, weniger bedeutende Probleme auf der Tagesordnung. Die Verteilungsdebatte war auf andere Themen konzentriert – auf den Interessenausgleich zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern, auf sektorale Interessen von Landwirtschaft bis Bergbau oder auch auf berufsständische Forderungen. Fragen der ständigen Verteuerung der Kinder und der Belastungen von Familien oder der Belastungssteigerungen für die Alterssicherung wurden lange Zeit verdrängt.

### **Aufklärung über Versorgungslücken**

Die Diskussion über Beitragssätze und Rentenhöhe müssen letztlich auf Einzelentscheidungen heruntergebrochen werden. Der Bürger muss wissen, wie viel er heute zu sparen hat, damit er künftig ausreichend versorgt ist. Die gegenwärtigen Sparquoten der Erwerbstätigen sind gemessen an den künftigen Lebensstandardzielen und den Pflegekosten im Alter zu niedrig. Privates Sparen – wenn man von der großen Ausnahme der Alterssicherungsfunktion von selbst genutztem Wohneigentum (rund 3,5 Bill. DM, abzgl. Restschulden knapp 3 Bill. DM) und den weit weniger bedeutsamen Lebensversicherungen absieht – hat in unserer Gesellschaft nur eine mäßige Altersvorsorgefunktion (Nettogeldvermögen insgesamt ca. 5,2 Bill. DM, davon Geldanlage bei Versicherungen ca. 1,3 Bill. DM). Ein Großteil der Geldvermögen privater Haushalte dient speziellen Kurzfristzielen vom Autokauf bis zur Weltreise (vgl. Teil B).

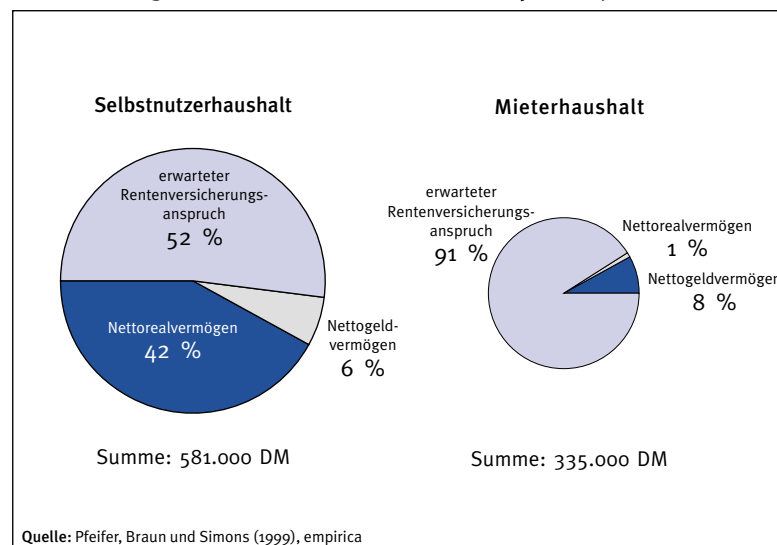
## C. Maßnahmen: Die Lücken schließen

### Zielverhalten unter neuen Rahmenbedingungen


#### 2.4 Verhaltensänderung und Bewusstseinsbildung bei den Erwerbstätigen

Mit dem Ende der Lebensstandardsicherung durch die staatlichen Systeme wird die Funktion des privaten Sparens radikal verändert werden. Bisher dienten die privaten Ersparnisse – zumindest ihrer beobachtbaren Verwendung nach – weitgehend anderen Zwecken (z.B. Vererbung oder Luxuskonsum). Die Versicherten haben die Vorgaben des Gesetzgebers weitgehend akzeptiert und verinnerlicht. Gemessen am Gegenwert der Rente aus dem Umlagesystem haben sie zu wenig zusätzliches Geldvermögen zur Alterssicherung angesammelt. Eine Ausnahme bilden die Wohneigentümer (vgl. Abbildung 17). Das tatsächliche Sparverhalten der breiten Masse reflektiert die Ergebnisse des geltenden Rentensystems.

**Abbildung 17: Zusammensetzung des Gesamtvermögens aus Privatem und Rentenvermögen beim Renteneintritt im Status quo der 90er Jahre**



**Annahmen:** 62-jähriger Rentner mit monatlicher Rente von 2.000 DM, Diskontierungszinssatz 4 % p.a., Lebenserwartung 18,1 Jahre, keine anspruchsberechtigte, länger lebende Ehefrau.



Jetzt muss nach Jahrzehnten minimaler individueller Verantwortung für den angemessenen Lebensstandard im Alter eine Wende in den Verhaltensweisen erreicht werden. Die Sparer müssen für die Planung ihrer Altersvorsorge Vorstellungen über ihr zukünftiges Einkommen und ihr zukünftiges Anspruchsniveau entwickeln. Das Gleiche gilt für die zukünftige Zusammensetzung ihres Haushalts, die zukünftigen Renditen sowie heutige und zukünftige Leistungen der gesetzlichen Rente oder der staatlichen Sparförderung. Weil die individuellen Sparscheidungen sich auf den gesamten Lebenszyklus beziehen, können gemessen an den künftigen Bedürfnissen und Lebensbedingungen schon kleine Fehleinschätzungen zu deutlichen Abweichungen von einem Optimum führen. Allgemein anerkannte „Daumenregeln“ sind zwar bei solchen Planungsprozessen hilfreich. Sie werden jedoch unbrauchbar, wenn sich exogene Rahmenbedingungen (steigende Lebenserwartung, abgesenktes Niveau der gesetzlichen Rente) verändern. Die rückläufige Bedeutung der gesetzlichen Alterssicherung erfordert bei den einzelnen Erwerbstätigen nicht einfach einen Umstieg auf eine analoge, ähnlich fest geregelte Sparform. Deswegen muss eine Reform der Rentenversicherung und der staatlichen Sparförderung mit einer umfassenden Informationskampagne verbunden werden, die konkrete Vorschläge zur Höhe des privaten Alterssicherungssparens unterbreitet (vgl. Tabelle 7 und Tabelle 8) und auch eine möglichst objektive Aufklärung über die Anlagerisiken beinhaltet. Daneben sollten alle vorhandenen Verhaltensweisen unterstützt und propagiert werden, die zu überdurchschnittlich hohen und langfristig gehaltenen Vermögen führen. Dazu gehört z.B. der Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum (vgl. dazu Abschnitt 3.3).

## **2.5 Kriterien für Alterssicherungsprodukte**

Die politische Aufklärungsdiskussion wird ergänzt werden durch den Wettbewerb um die Bereitstellung der besten Alterssicherungsprodukte. Hierbei werden Medien und Wissenschaft Bewertungsindikatoren zu entwickeln haben. Haushalte mit einer überdurchschnittlichen Lebenserwartung oder mit sehr pessimistischen Renditeerwartungen müssen mehr sparen als der Durchschnittshaushalt. Das Ausmaß der zusätzlich erforderlichen Vorsorge


## C. Maßnahmen: Die Lücken schließen

### Gesetzgeberischer Handlungsbedarf

muss individuell optimiert werden. Alternativ lassen sich zur Absicherung der verschiedenen Risiken für große Gruppen vergleichsweise einfache Versicherungssysteme konstruieren. Banken, Versicherungen und Investmentgesellschaften sind gefordert, eine breite Palette von Kapitalanlagen zu fairen Bedingungen anzubieten. Diskutiert werden sollten die folgenden Optionen, die je nach individuellen Präferenzen freiwillig vereinbart werden können:

- die Garantie einer Mindestrendite auf Alterssicherungskonten – z.B. durch finanzmathematische Instrumente wie Kauf von Put- oder Verkauf von Call-Optionen (vgl. z.B. Feldstein und Rangelova, 2000);
- die Absicherung gegen Langlebigkeit durch eine Privatrente, die erst nach Überschreitung der durchschnittlichen Lebenserwartung ausbezahlt wird (z.B. ab 80 Jahre);
- die Absicherung einer bestimmten regelmäßigen Einzahlung auf Alterssicherungskonten bis zum Rentenalter im Falle einer Erwerbsunfähigkeit;
- bei Verrentung privater Vermögen eine Absicherung gegen „Kurzlebigkeit“, die bei frühzeitigem Tod eine Minimalleistung (Mindestbetrag oder Mindestauszahlungsdauer) an die Hinterbliebenen oder eine Einmalzahlung an die Erben gewährleistet;
- transparente Berufs-/Erwerbsunfähigkeitsversicherungen mit Optionen für die Hinterbliebenenversorgung, da ein Teil der bisherigen Absicherung derartiger Risiken durch die gesetzlichen Renten wegfällt;
- die institutionelle Bündelung von Leibrenten auf selbst genutztes Wohneigentum (vgl. Abschnitt 2.3 in Teil B).

Daneben sind Sparmodelle zu entwickeln, die auf die typischen Konsum- und Erwerbsbiografien der Haushalte im Lebenszyklus zugeschnitten sind. Beispielsweise können Lebensversicherungsverträge heutzutage nur unter



Hinnahme von Verlusten gekündigt werden. Üblicherweise variiert das „sparfähige“ Einkommen der Haushalte im Lebenszyklus in beide Richtungen. Beispielsweise ist die Liquidität in den Jahren nach dem Erwerb von Wohneigentum oder während der Kindererziehungsphase eher unterdurchschnittlich, während vor der Familiengründung und nach dem Auszug der Kinder mehr Geld „auf die hohe Kante“ gelegt werden kann. Darüber hinaus müssen alle Sparformen transparent sein. Dazu gehören insbesondere übersichtliche Gebührenregelungen und periodische Kontoauszüge, die einen Überblick über die angesammelten Vermögen bzw. daraus ableitbare Privatrenten verschaffen.

### **3. Gesetzgeberischer Handlungsbedarf**


Ausgangspunkt für alle gesetzgeberischen Reformen muss die berechtigte Kritik an der bisherigen inkonsistenten Behandlung verschiedener Vermögensformen und an der zersplitterten Förderung von Vermögensbildung sein. Anzustreben ist eine neutrale und gerechte Form der Besteuerung des Alterssicherungssparens. Eine direkte Sparförderung sollte sich zukünftig auf eine Stärkung der privaten Alterssicherung konzentrieren.

Eine echte Wende würde für die Rentenpolitik die Einführung einer Basisversicherung oder alternativ die Einführung einer institutionalisierten Rente nach Mindesteinkommen bedeuten. Damit wird allen Haushalten im Ruhestand ein Lebensstandard mindestens auf Höhe des Sozialhilfeniveaus ermöglicht und gleichzeitig die Gefahr negativer Sparanreize minimiert (vgl. Abschnitt 3.1). Daneben kann im Übergang ein gestütztes beitragsbezogenes Umlagesystem weiterbestehen. Zunächst sollten dazu die derzeitigen Beitragssätze eingefroren werden. Wenn im Zeitablauf immer weniger Rentner umfassende Ansprüche aus dem alten Umlagesystem geltend machen können, kann der Beitragssatz langfristig abgesenkt werden. Vorschriften über obligatorische Ansparprozesse für die Altersvorsorge erübrigen sich, weil keiner das System durch zu geringe private Vorsorge ausnutzen kann, da über die Basisversicherung hinaus nach einer Übergangsphase keine weiteren Transfers bezahlt werden.

**C. Maßnahmen: Die Lücken schließen**  
**Gesetzgeberischer Handlungsbedarf**

<b>Tabelle 16: Aktuelle Reformvorschläge der Parteien (Stand September 2000)</b>				
	<b>SPD</b>	<b>B90/Grüne</b>	<b>CDU/CSU</b>	<b>FDP</b>
<b>Private Altersvorsorge</b>	Freiwillige private Vorsorge	Freiwillige private Vorsorge	Freiwillige private Vorsorge	Freiwillige private Vorsorge
<b>Förderung privater Altersvorsorge</b>	Zuschüsse für Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen (bis 35.000/70.000 DM p.a. zu versteuerndes Einkommen); Zuschuss bis zu 1.000 DM/Jahr (Ledige 300 DM, Verheiratete 600 DM, 360 DM pro Kind		Zuschüsse für Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen; Einführung einer Kinderkomponente von 30 DM pro Kind und Monat	Teilweise Umwidmung der Mittel für VermBG in Förderung privater Altersvorsorge
<b>Steuerliche Behandlung privater Altersvorsorge</b>	Nachgelagerte Besteuerung, alternativ zur Zulage;  Obergrenze: 0,5 % vom Bruttoverdienst ab 2001, danach Erhöhung um 0,5 Punkte p.a. bis 2008 auf dann 4 %		Nachgelagerte Besteuerung  offen	Nachgelagerte Besteuerung  offen
<b>„Mindestrente“</b>	Verzicht auf Rückgriff gegenüber unterhaltsverpflichteten Kindern im Rahmen der Sozialhilfe		Ablehnung	Ablehnung, stattdessen: Bürgergeld
<b>Zukünftige Rentenanpassung</b>	Ab 2002 Rückkehr zu einer „Netto“lohnformel mit Ausgleichsfaktor	Koppelung Rentenanstieg an Lebenserwartung und Geburtenraten	Nettolohnformel mit Koppelung an Lebenserwartung „Demographiefaktor“	Nettolohnformel mit Koppelung an Lebenserwartung
Quelle: empirica				





Eine zusätzliche Sparförderung zur Alterssicherung ist langfristig nicht notwendig – auch nicht aus verteilungspolitischen Motiven, da die Gewährung einer Mindestrente oder Basissicherung bereits eine hohe Umverteilung zu Gunsten von Haushalten mit niedrigen Erwerbseinkommen beinhaltet. In einem Gedankenexperiment kann – unter der Annahme einer typischen Einkommensentwicklung im Erwerbsleben – der finanzmathematische Gegenwartswert einer Grundsicherung im Ruhestand von beispielsweise monatlich 1.200 DM über einen Zeitraum von 20 Jahren berechnet werden. Dies entspräche bei einer 4%igen Verzinsung theoretisch einer 40-jährigen Zulage zum Bruttoeinkommen von fast 11 %, wenn das monatliche Nettoeinkommen kurz vor dem Ruhestand 2.500 DM beträgt und einer Zulage von nur knapp 5 %, wenn das letzte Nettoeinkommen 5.000 DM beträgt.

Der Nachteil dieses Alterssicherungskonzepts besteht darin, dass die Haushalte u.U. noch sehr lange an bisherigen Sparprozessen festhalten und sich im Alter deswegen nur einen geringeren Lebensstandard erlauben können (vgl. Abschnitt 3.2). Deswegen könnte **im Übergang** (ca. zehn Jahre) eine gezielte Subvention des Altersvorsorgespargens für untere und mittlere Einkommensschichten anstelle der bisherigen Sparförderung treten. Diese Subvention sollte die Verhaltensänderungen beschleunigen helfen. Die Einführung einer obligatorischen Mindestsparquote zur Kompensation der geringeren gesetzlichen Rente ist dagegen nur dann zu empfehlen, wenn erwiesen sein wird, dass selbst umfangreiche Informationskampagnen und eine optimale Ausgestaltung der Alterssicherungskonten nicht zu einer vermehrten Ersparnis geführt haben. Dieser pessimistischen Sichtweise schließen sich die Autoren nicht an, da sie vielen Erfahrungen widerspricht und sehr unselbstständige Bürger unterstellt. Das insbesondere bei Mieterhaushalten unzureichende Alterssicherungssparen ist auch Reflex des bisher großzügigen Rentensystems. Eine unverschleierte Rücknahme dieser Verpflichtungen mit eindeutiger Aufklärung über die Folgen dürfte ganz erhebliche Verhaltensänderungen auslösen, die zusätzlich durch eine Übergangsförderung „belohnt“ und angeregt werden könnten.


Ersparnisse für die private Altersvorsorge müssen nachgelagert besteuert werden, um ungleiche intertemporale Leistungsfähigkeit zu berücksichtigen (vgl. Abschnitt 3.4) und um das private Vorsorgespahren zu erleichtern. Zu dieser bevorzugten Sparform sollten alle Einzahlungen auf spezielle Altervorsorgekonten gehören (vgl. Abschnitt 3.5).

Gegenwärtig besteht nur eine geringe Bereitschaft, den langwierigen Übergang in ein System mit Basissicherung zu planen. Man muss sich allerdings vergegenwärtigen, dass künftig in einem transparenten System jedem Sparer durch den Vergleich seines Rentenkontos mit seinem privaten Alterssicherungskonto direkt verdeutlicht wird, welche Renditeverzichte er im staatlichen System leisten muss. Das Wort Beitragsgerechtigkeit oder beitragsbezogene Rente wird durch die Transparenz ad absurdum geführt. Hier wird eine neue politische Dynamik entstehen, die zu neuen Überlegungen und Einstellungen führen kann.

### 3.1 Vermeidung von negativen Sparanreizen

Anreizverzerrungen im System der Abgaben und Transferleistungen können unzureichendes Alterssicherungssparen verursachen. Analog zur „Armutsfalle“, die durch den Entzug von Sozialtransfers bei Aufnahme einer Erwerbstätigkeit im Ergebnis den Verbleib in der Arbeitslosigkeit fördert, führt jede **bedarfsorientierte staatliche Alterssicherung** zu negativen Sparanreizen. Größere Alterssicherungsvermögen werden nicht aufgebaut, wenn die Haushalte sich dauerhaft in einer schwachen Einkommensposition sehen und deswegen gerade so viel Ersparnisse bilden können, dass ihnen wegen der Anrechnungen vorhandener Vermögen die Gewährung der Mindestrente verwehrt bleibt.

Eine **allgemeine Basissicherung** kommt für eine größere Gruppe von Haushalten mit niedrigen Einkommen schon einer ausreichenden Sparquote gleich. Bei den gegenwärtigen Qualifikationsstrukturen, relativen Preisen am Arbeitsmarkt sowie den hohen Steuern und Sozialabgaben existiert eine kleine Gruppe von Erwerbstätigen, bei denen die spätere Basissicherung



sogar höher wäre als ihr vormaliges Erwerbseinkommen. In diesen Grenzfällen untergräbt eine großzügig bemessene Basissicherung das Sparmotiv für eine eigene Alterssicherung. Der relativ zum Erwerbseinkommen „zu hohe“ Lebensstandard und die darin liegende Hilfe für ein ausreichendes Alterseinkommen verhindert ein zusätzliches Alterssicherungssparen. Ein Sozialstaat, der aus Solidarität Mindesteinkommen garantiert, muss diese Konsequenz akzeptieren. Alterssicherungssparen wird immer nur für die Gruppen interessant, deren gesetzliche Rentenansprüche oder sonstigen Alterssicherungsansprüche zu unerwünschten Lebensstandardeinbußen führen.

### **3.2 Direkte Sparförderung nur im Übergang**

Die empirischen Analysen von Anreizprogrammen zur Vermögensbildung kommen zu sehr unterschiedlichen Aussagen über die daraus resultierende Erhöhung der Sparquoten. Gleichwohl stimmen die meisten Studien darin überein, dass die höchste Teilnehmerquote und die höchsten steuerbegünstigten Vermögensbestände – trotz teilweise niedriger Maximalbeiträge – bei oberen Einkommensklassen zu finden sind. Dies legt auch die Vermutung nahe, dass Mitnahmeeffekte eine große Rolle spielen und lediglich vorhandene Vermögen in begünstigte Anlageformen umgeschichtet wurden. Aus diesem Grund sollte eine direkte Sparförderung nicht im Zentrum einer Vermögensbildungsinitiative stehen, die für mehr Alterssicherungssparen wirbt oder die im Alter ein Abgleiten großer Gruppen unter das Sozialhilfeniveau verhindern will.

Den Haushalten muss zunächst deutlich gemacht werden, welche Lücken zukünftig im Vergleich zur bisherigen, weitgehend lebensstandardsichernden Umlagenrente entstehen werden. Angesichts der mangelnden Effizienz (Mitnahmeeffekte) und Effektivität (geringe Teilnahme bei unteren Einkommensklassen) vieler quantitativer Sparanreize sollte sich der Staat dabei aber insbesondere auf transparente Information sowie auf die Verteilung von „Gütesiegeln“ (vgl. Abschnitt 1.2.1: CAT-Standard in GB)


konzentrieren.<sup>48</sup> Der glaubwürdig, langfristig und offensiv angekündigte Rückzug des Staates aus einer umfassenden Alterssicherung stellt dann per se einen hohen Sparanreiz dar.

Eine staatliche Förderung kann auch nicht mit dem Argument gefordert werden, der notwendige Konsumverzicht zur Aufrechterhaltung des Lebensstandards im Alter sei sonst für den einzelnen Erwerbstätigen nicht tragbar. Bedenklich an dieser Logik ist vor allem der Verzicht darauf, bisherige Illusionen zu zerstören. Sie leugnet individuelle Selbstverantwortung und vernachlässigt die Finanzierungsquellen staatlicher Ausgaben. Eine umfassende Subvention der Altersvorsorge würde unweigerlich zu Steuererhöhungen führen, wenn nicht andere Staatsausgaben gesenkt werden. Eine Steuererhöhung würde das Vorsorgespahren wieder erschweren. Darüber hinaus sind Ausgabenkürzungen des Staates auch ohne die Einführung neuer Subventionen geboten, wenn die Staatsquote zukünftig nicht noch weiter ansteigen soll.

#### **Mindestsicherung statt direkter Sparförderung**

Eine Reduzierung des Rentenniveaus wird dazu führen, dass Haushalte mit niedrigem Einkommen häufiger als heute ein Mindesteinkommen (wie es durch die Sozialhilfe markiert ist) nicht erreichen. Deswegen wird der Ruf nach einer Förderung des Sparens bei Geringverdienern erhebliche Zustimmung erhalten. Eine solche Förderung, die bei Haushalten mit **per-**

<sup>48</sup> Die ökonomische Theorie kann auch keine A-priori-Vorhersage über die Auswirkungen einer Sparförderung auf die Höhe der Ersparnis machen, weil dabei verschiedene Effekte in unterschiedliche Richtungen wirken. Das Sparverhalten wird durch eine direkte Förderung zunächst einmal nur insoweit berührt, als dass durch eine Erhöhung der Nachsteuerrendite der Wert einer heute gesparten Mark in der Zukunft ansteigt. Deswegen wird es attraktiver, heutigen Konsum zu Gunsten von zukünftigem Konsum zurückzustellen (Substitutionseffekt). Auf der anderen Seite kann der Haushalt ein geplantes Konsumlevel in der Zukunft mit geringeren heutigen Sparanstrengungen realisieren, wenn der Staat die Nachsteuerrenditen erhöht (Einkommenseffekt).



**manent niedrigen Einkommen** sehr hohe Fördersätze erreichen müsste, um einen spürbaren Spareffekt zu erzielen, wäre fiskalisch und administrativ aufwendig. Einfacher und wirksamer als eine über Jahrzehnte laufende Sparförderung wäre die Garantie von Mindesteinkommen im Rentenalter. Eine staatliche Grund- oder Mindestsicherung hätte im Ergebnis den gleichen Effekt wie eine schwer zu steuernde oder zu dimensionierende Förderung. Sie würde auch Gerechtigkeitsprobleme vermeiden, die daraus entstehen, dass zahlreiche Haushalte nur während einiger Jahre „zu wenig“ sparen können und die Lücken später schließen. Hier würde sich im Nachhinein herausstellen, dass eine Förderung überflüssig war. Ansprüche auf Mindestsicherungen oder Grundsicherungen sind einfacher, gerechter und gezielter als eine dauerhafte Förderung.

Haushalte mit **zeitweise niedrigen Einkommen** durch Arbeitslosigkeit oder Krankheit müssen zwar phasenweise auf die Bildung von Rücklagen verzichten. Der langfristige Sparanreiz für die eigene Altersvorsorge wird dadurch aber nicht schwinden und bedarf keiner zusätzlichen Förderung. Dem Einwand, die Betroffenen könnten durch phasenweise Einkommensarmut entmutigt werden, verstärkt nur die Forderung nach umfassender Information: Information über das bisher ersparte Absicherungsniveau, Informationen über Zins und Zinseszinsen (auch bei phasenweise unterbrochener „Beitragszahlung“) und Information über drohende Versorgungslücken. Der Gefahr einer vorzeitigen Auflösung bestehender Alterssicherungskonten im Rahmen zeitweiliger Einkommensarmut sollte durch „Strafsteuern“ entgegengewirkt werden.

#### **Sparförderung zur Unterstützung von Verhaltensänderungen**

Es gibt allerdings gute Gründe, in einer längeren Übergangsphase die millionenfach notwendigen Lernvorgänge zu unterstützen: Menschen sind keine Computer, deren Hirne bestimmte Informationen speichern, die dann automatisch verhaltensprägend wirken. Verhalten hat neben rationalen, auf individuellen Kalkülen beruhenden Komponenten immer auch eine soziale Komponente, die sich durch die Einbindung in eine Gesellschaft, in Fami-


lien oder Nachbarschaften ergeben. Verhalten beruht auf Nachahmung oder der Übernahme von bekannten und bewährten Regeln. Verhalten wird oft erst in einem längeren Prozess durch eine geregelte Praxis stabilisiert.

Deswegen könnte in einer Übergangsphase die Bedeutung des Sparens durch eine psychologisch flankierende staatliche Förderung unterstrichen werden. Eine solche Förderung sollte dann insbesondere eine direkte verhaltensprägende Wirkung haben, indem sie dem Bürger eine Art Gütesiegel für das begünstigte Verhaltensmuster signalisiert. Die finanzielle Förderung soll die Dringlichkeit einer staatlichen Werbung für die eigenständige Alterssicherung unterstreichen. Soll dieser Werbeeffect im Vordergrund stehen, ist auch eine niedrige prozentuale Förderung, die erst bei hohen Einkommensgrenzen ausläuft, für langfristig verbindliche Sparprozesse sinnvoll.

So würde eine degressive mehrjährige Förderung, die in mehreren Jahrgangsstufen reduziert wird, ohne Verzögerung den Start in langfristiges Alterssicherungssparen ermöglichen und gleichzeitig den Finanzierungsinstituten ein kräftiges Werbeinstrument liefern. Parallel wäre Transparenz über öffentliche Alterssicherungssysteme, über Anlageformen und auch über den langfristigen Sparbedarf bei unterschiedlichen Absicherungsniveaus zu schaffen. Zur Transparenz gehört ganz konkret auch eine jährliche Mitteilung der BfA an alle Erwerbstätigen, die Aufschluss über die bisher erworbenen Ansprüche gibt und anhand von Prognoserechnungen die zukünftige Umlagenrente prognostiziert.

#### **Bisherige Sparförderung überflüssig**

Die bisherige Sparförderung sollte deswegen zunächst in einer neuen, auf die private Alterssicherung speziell abgestimmte Vermögensförderung aufgehen. Förderwürdig wären dann alle Einzahlungen auf spezielle Alterssicherungskonten. Mittelfristig sollte diese direkte Förderung jedoch vollständig abgeschafft werden.



In der politischen Diskussion spielt als Fördermotiv noch immer die Beteiligung am Produktivkapital eine besondere Rolle. Die Entwicklung der Sparformen in Ländern mit hoch differenziertem privaten Alterssicherungssparen zeigt jedoch, dass spezielle Fondsgesellschaften durchaus in der Lage sind, breite Beteiligungen am Produktivkapital zu organisieren. Voraussetzung dafür ist aber insbesondere, dass die Haushalte privat vorsorgen müssen und können. Alle Versuche, dies durch staatlich subventionierte Investivlohnpläne und Ähnliches zu erreichen, verblassen vor dieser Möglichkeit. Kapitalbeteiligungen gem. VermBG oder gem. § 19a EStG können deswegen ersatzlos gestrichen werden.

### **3.3 Förderung der Wohneigentumsbildung**

Wissenschaftliche Analysen haben keine eindeutigen Ergebnisse zur Bedeutung der Förderung des Bausparsystems gebracht. Hier muss zwischen den Wirkungen der finanziellen Anreize und der Werbewirkung und verhaltensprägenden Wirkungen des gesamten Sparsystems unterschieden werden. Es gibt keine stringente theoretische Rechtfertigung für eine Förderung des Bausparens. Aber das empirisch beobachtbare Verhalten der Haushalte zeigt, dass der Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum nicht nur eine Portfolioentscheidung darstellt, sondern mit Verhaltensweisen einhergeht, die zu einer überdurchschnittlichen Vermögensbildung führen. Die Wohneigentumsbildung mobilisiert gegenüber spezialisiertem „Ein-Motiv-Vermögen“ eine höhere Sparbereitschaft (vgl. z.B. Pfeiffer und Braun, 1998). Deswegen könnten die gesetzlichen Regelungen des WoPG zumindest in einer Übergangsphase bestehen bleiben, allein schon, um das gegenwärtig bedeutendste Sparsystem zur Alterssicherung nicht zu gefährden.<sup>49</sup> Die Konsequenzen der Umschichtung großer Kapitalströme könnten dann besser abgeschätzt werden.

<sup>49</sup> Auf jeden Fall sollte aber die Förderung an den Nachweis einer zielgerichteten Mittelverwendung geknüpft werden (Immobilienwerb zur Selbstnutzung oder Umschichtung in ein Alterssicherungskonto).

## C. Maßnahmen: Die Lücken schließen

### Gesetzgeberischer Handlungsbedarf


Langfristig sind verschiedene Lösungswege möglich:

- Die Bausparprämie kann nicht problemlos in eine nachgelagerte Besteuerung der Einzahlungen in Bausparverträge umgewandelt werden. Aufgrund der „Konsumgutlösung“<sup>50</sup> müsste der Erwerb einer Immobilie mit Bausparmitteln dann eine sofortige Besteuerung dieser „Entnahme“ zur Folge haben. Der Gesetzgeber kann das Bausparen weiterhin wegen seiner Sonderstellung fördern. Die Rechtfertigung dafür setzt dann insbesondere an der frühzeitigen Weichenstellung für einen stabilen langfristigen Zwecksparprozess an. Diese Verhaltensweise wird zukünftig zwar auch durch die Alterssicherungskonten gefördert. Der Fortbestand einer Bausparförderung ist demnach vor allem deswegen zu rechtfertigen, weil Bausparen eine erhöhte Bereitschaft zum langfristigen und alterssichernden Konsumverzicht fördert. Zumindest in den Fällen, wo Bausparen in den Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum mündet, kann dieser Effekt aus den empirischen Beobachtungen abgeleitet werden. Daneben kann der parallele Fortbestand eigenständiger Bausparkonten empfehlenswert sein, um von vornherein keine Ausnahmefälle für alternative Verwendungen der Alterssicherungskonten zuzulassen. Sonst besteht die Gefahr einer langfristigen Aushöhlung durch weitere Ausnahmetatbestände.
- Daneben wäre eine Regelung hilfreich, die es den Inhabern von Alterssicherungskonten ermöglicht, ihre Guthaben zum Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum zu marktüblichen Konditionen zu beleihen.<sup>51</sup> Angesichts der Sicherheiten des Objekts und möglicher Risiko-

<sup>50</sup> Die impliziten Erträge, das mietfreie Wohnen, werden nicht versteuert – eine nachgelagerte Besteuerung ist damit faktisch unmöglich.

<sup>51</sup> Der Vorteil besteht darin, dass diese Beleihung nachrangig wäre und damit das erste Bankdarlehen zinsgünstiger zu bekommen ist. Alternativ muss weniger Eigenkapital angespart werden, sodass der Wunsch nach Wohneigentum früher im Leben realisiert werden kann. Die Rückzahlungen in das beliebene Alterssicherungskonto müssen innerhalb angemessener Fristen verbindlich vorgenommen werden.





versicherungen wären die Folgen für die Alterssicherung positiv. Das stabile und verlässliche Motiv, Wohneigentümer zu werden, würde so auch für das Alterssicherungssparen genutzt.

- Die endgültige Verwendung von Vermögensbeständen aus Alterssicherungskonten für den Erwerb selbst bewohnter Immobilien hätten aufgrund der „Konsumgutlösung“ ebenfalls eine sofortige Besteuerung der Entnahme zur Folge. Auch hier könnte jedoch ein ermäßigter Steuersatz Anwendung finden oder zumindest eine evtl. eingeführte „Strafsteuer“ bei vorzeitiger Auflösung entfallen. Damit würde den Besonderheiten des selbst genutzten Wohneigentums Rechnung getragen – allerdings um den Preis einer inkonsistenten Regelung. Eine solche Regelung existiert derzeit beispielsweise auch in der Schweiz.<sup>52</sup> Dem Sparer muss jedoch vor Augen geführt werden, dass sich diese Umschichtung negativ auf das Absicherungspotenzial des Alterssicherungskontos auswirkt und deswegen die spätere Verrentung der Immobilie im Ruhestand eher in Betracht gezogen werden muss.

Schließlich muss deutlich gemacht werden, dass Wohneigentum zwar quantitativ ein enormes Vermögenspotenzial schafft, gleichwohl gegenwärtig eine nicht sehr fungible Form der Alterssicherung darstellt. Deswegen sollte bei einer Umschichtung bzw. einer Beleihung von Alterssicherungskonten im Rahmen des Erwerbs von selbst genutztem Wohneigentum zusätzlich eine Versicherung abgeschlossen werden, die im Falle einer Erwerbsunfähigkeit oder im Todesfalle des Haupteinkommensbeziehers im Haushalt

<sup>52</sup> In der Schweiz wurde 1995 die „Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge“ eingeführt. Das Problem der nachgelagerten Besteuerung wurde allerdings inkonsistenterweise durch Verzicht auf die Steuererhebung umgangen. Auch in Malaysia und in Singapur wird rege von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, das Vermögen auf Alterssicherungskonten für den Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum zu verwenden. Mit Ausnahme der Schweiz sind derartige Regelungen in entwickelten Ländern aber selten anzutreffen.

## C. Maßnahmen: Die Lücken schließen


### Gesetzgeberischer Handlungsbedarf

die Restschulden tilgt. Daneben müssen Finanzinstrumente beworben und verfeinert werden, die den „Verzehr“ der Immobilie im Alter ermöglichen und keinen Auszug in eine Mietwohnung erfordern (vgl. Exkurs zur Leibrente in Abschnitt 2.3 in Teil B).

Neben der direkten Sparförderung wird der Erwerb von Wohneigentum derzeit auch durch die Eigenheimzulage unterstützt (aktuelles Volumen rd. 19 Mrd. DM p.a.; vgl. Tabelle 13). Diese Förderung kann grundsätzlich durch günstigere Angebotsbedingungen überflüssig gemacht werden. Im Sinne eines Familienlastenausgleichs wäre jedoch die Beibehaltung einer Familienförderung wünschenswert.

#### **Zur Förderung von selbst genutztem Wohneigentum**

Bei der Förderung selbst bewohnter Wohnungen mischen sich wohnungspolitische und vermögenspolitische Ziele. Die wohnungspolitischen Versorgungsziele verlieren künftig allmählich an Bedeutung, weil die Zahl der Haushalte nur noch bis 2010 kräftig wachsen dürfte. Sie können im Übrigen durch eine effizientere Bau- und Bodenpolitik weit besser durch Kostensenkungen als durch in der Wirkung problematische Förderungen erreicht werden. McKinsey Global Institute (1997) hat ermittelt, dass die Deutschen allein durch die ineffiziente Organisation des Bauens 1 bis 1,5 % des Sozialprodukts „verschenken“. Die hohen steuerlichen Begünstigungen für den Mietwohnungsbau sowie die Förderung des sozialen Wohnungsbaus haben lediglich die Zusatzkosten staatlicher Regulierungen wieder wegsubventioniert. Eine Reorganisation der Märkte würde zu Kostensenkungen und Bodenpreissenkungen führen, die auch Begünstigungen für den Mietwohnungsbau künftig überflüssig machen könnten. Der in der Vergangenheit hohe Förderungsbedarf war wie in anderen Bereichen (Landwirtschaft) durch politisch unsinnige Regulierungen erzeugt. Für die Alterssicherung hätte allein eine solche Anpassung dramatische Folgen. Die Eigentumsquoten im Neubau würden auf 70 bis 80 % steigen können. Auf Dauer könnten 75 bis 80 % der Rentner in der eige-



nen entschuldeten Wohnung leben. Dies würde weitere Umwandlungen von Mietwohnungen in selbst genutzte Eigentümerwohnungen voraussetzen. Der Staat hat in der Vergangenheit den von der Masse der Bürger erwünschten Pfad der Wohneigentumsbildung beschwerlich gemacht und damit erhebliches privates Alterssicherungssparen wegreguliert. Hier liegt eine riesige Chance, ohne irgendwelche zusätzliche Förderung (lediglich Umwandlung der Eigenheimzulage in eine reine Familienförderung) eine ohnehin bestehende stabile Bereitschaft für ein Alterssicherungssparen zu stärken. Innerhalb von 15 bis 20 Jahren könnten für 20 % der Haushalte eine selbst erwirtschaftete zusätzliche Alterssicherung bei Einsparung von Fördermitteln erreicht werden.

Es ist unverständlich, dass in einer Situation, in der Kapital sparer gewirtschaftet werden sollte, die Kapital verschwendende Form des in Deutschland praktizierten Wohnungsbaus staatlich weiter gestützt wird. Der Abbau der kostentreibenden Regulierungen würde darüber hinaus der für die Alterssicherung wichtigen Eigentumsbildung mehr Raum geben.

### **3.4 Forderung: Steuerliche Neutralität**

Ein ideales Steuersystem würde die Entscheidung zwischen Konsum heute und Konsum morgen nicht verzerren. Auch die Entscheidung zwischen zwei alternativen Anlageformen würde nicht von den jeweiligen steuerlichen Rahmenbedingungen abhängen. Unter diesem Aspekt muss man sich darüber im Klaren sein, dass viele steuerliche „Förderungen“ von Vermögensbildung – etwa Sparerfreibeträge – keine Förderung im Sinne einer Subvention darstellen, sondern lediglich die Aufhebung vorheriger Verzerrungen.

Im Folgenden werden die Elemente einer optimalen Steuer kurz beschrieben. Steuerliche Regelungen im Rahmen der Vermögensbildung bieten drei Ansatzpunkte: bei der Bildung von Vermögen (z.B. Sparen aus Bruttoein-

## C. Maßnahmen: Die Lücken schließen Gesetzgeberischer Handlungsbedarf


kommen), bei Vermögenseinnahmen (z.B. Sparerfreibetrag im deutschen Steuerrecht) und im Rahmen der Auflösung von Vermögen (z.B. Spekulationsfristen oder Freigrenzen im deutschen Steuerrecht). Daraus können insgesamt acht, aber vier in der Praxis typische Steuerwelten konstruiert werden:

- A. Besteuerung nur der Auszahlungen (nachgelagerte Besteuerung);
- B. Besteuerung nur der Einzahlung (vorgelagerte Besteuerung);
- C. Besteuerung der Einzahlung und Vermögenseinnahmen (vorgelagerte Besteuerung mit Zinsbesteuerung);
- D. Besteuerung der Vermögenseinnahmen und Auszahlungen (nachgelagerte Besteuerung mit Zinsbesteuerung).

**Tabelle 17: Auswirkung unterschiedlicher Steuersysteme auf die Vermögensbildung**

(Annahme: 10 % Rendite; linearer Steuertarif: Steuersatz immer 25 %. Progressiver Steuertarif: Steuersatz bei hohen Einkommen (Sparphase) 25 %, bei niedrigen Einkommen (Verzehrphase) 10 %).

	A	B	C	D	Steuersatz
<b>Einzahlung</b>					
brutto	100	100	100	100	
netto	100	75	75	100	25 %
<b>Rendite</b>					
brutto	10	7,5	7,5	10	
netto	10	7,5	5,6	7,5	25 %
<b>Endvermögen</b>					
<b>Variante 1: linearer Steuertarif</b>					
brutto	110	82,5	80,6	107,5	
netto	82,5	82,5	80,6	80,6	25 %
<b>Variante 2: progressiver Steuertarif</b>					
brutto	110	82,5	80,6	107,5	
netto	99	82,5	80,6	96,8	10 %
<b>Quelle:</b> Dilnot (1992), empirica					



Unterstellt man einen konstanten Steuersatz, identische Renditen und keine Inflation, dann führen die Varianten A und B sowie C und D jeweils zu denselben Nachsteuervermögen. Allerdings liegt das Endvermögen von A/B oberhalb dem der Varianten C/D. Unter Inflationsbedingungen (= höherer nominaler Zinssatz) verändert sich der Endwert in Variante A/B nicht, da die Vermögenseinnahmen steuerfrei sind. Dagegen fallen die realen Renditen in Variante C/D noch geringer aus als bisher.

Wie bereits oben dargestellt, sollte ein optimales Steuersystem die Entscheidung zwischen „Konsum oder Sparen“ nicht verzerren. Umfassende Steuern wie die Varianten C und D garantieren eine Neutralität zwischen heutigem Konsum und heutigem Sparen. Sparen darf jedoch nicht als eines von vielen „Konsumgütern“ betrachtet werden: Man spart nicht um des Sparens willen, sondern zur Finanzierung des zukünftigen Konsums. Deswegen sollte ein optimales Steuersystem die Entscheidung zwischen „Konsum heute und Konsum morgen“ nicht verzerren. Dies wird jedoch nur durch Variante A oder B erreicht, also nur in einem Steuersystem ohne Zinsbesteuerung.<sup>53</sup>

Variante A beachtet in einem progressiven Steuersystem zudem die unterschiedliche Leistungsfähigkeit nach Abzug des Vorsorgespargens. Wenn die Alterseinkommen geringer sind als die Erwerbseinkommen, dann werden die Vermögensauflösungen im Ruhestand geringer besteuert als die vormaligen Erwerbseinkommen (Variante 2 in Tabelle 17). Eine nachgelagerte Besteuerung von Ersparnissen ist deswegen nicht nur neutral, sondern im Vergleich zur vorgelagerten Besteuerung auch gerechter, weil sie eher das

<sup>53</sup> Eine Besteuerung von Vermögenseinnahmen ist problematisch. Insbesondere die Besteuerung inflationsbedingter, nominaler Wertzuwächse besteuert Scheingewinne. Betrachtet man Zinseinkommen als Entschädigung für heutigen Verzicht zu Gunsten eines späteren Konsums, ist die Besteuerung vor allem fragwürdig, wenn die Ersparnisse aus bereits versteuerten Einkommen fließen.

## C. Maßnahmen: Die Lücken schließen

### Gesetzgeberischer Handlungsbedarf


Lebenseinkommen besteuert und nicht transitorische Einkommensspitzen<sup>54</sup>, die „für später“ gespart werden. Dies gilt umso mehr bei einem progressiven Steuertarif, der vorübergehende Einkommensspitzen zusätzlich belastet. Durch nachgelagerte Besteuerung kann deswegen die technisch unvollkommene Berücksichtigung intertemporaler Leistungsfähigkeit durch Vor- oder Rückträge in andere Steuerjahre beseitigt werden. Auch eine vorgeschriebene Mindestspardauer zur Erlangung von Steuerfreiheit erübrigt sich im Rahmen einer konsumorientierten Einkommensteuer weitgehend, weil der größte Steuervorteil erzielt wird, wenn das Vermögen in Phasen niedriger Einkommen aufgelöst wird – im Rentenalter.

Dem Einwand, „Besserverdiener“ könnten durch Sparen ihre Steuerlast überproportional reduzieren, muss entgegengehalten werden, dass diese Haushalte bei hohen Vermögensauflösungen progressiver besteuert werden bzw. dass ihre höheren Ersparnisse die Grundlage zukünftigen Wirtschaftswachstums bilden. Zusätzlich könnte durch eine nachhaltige Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen die Progression selbst gesenkt werden, damit bei hohen Einkommen geringere Steuervorteile entstehen. Wenn ein progressiver Tarif unter den Gesichtspunkten der Leistungsfähigkeit und vertikaler Gerechtigkeit (Umverteilung) erwünscht ist, darf man sich aber über die Folgewirkung von spezifischen Freibeträgen zur Herstellung einer horizontalen Gerechtigkeit nicht beschweren: nicht nur Kinder von reichen Eltern sind dem Staat dann „mehr wert“, auch die Mobilität (Kilometerpauschale) oder die Verluste aus Vermietung und Verpachtung von „reichen“ Arbeitnehmern.

#### **Operationale Probleme einer nachgelagerten Besteuerung**

Die konsumorientierte Einkommensteuer stellt den Idealfall für eine nachgelagerte Besteuerung dar, weil hier Vermögensbildung in unbeschränkter

<sup>54</sup> Prämienzahlungen, Überstundenzuschläge, Abfindungen oder realisierte Wertsteigerungen im Rahmen von Vermögensumschichtungen innerhalb der Spekulationsfrist.



Höhe nachgelagert besteuert wird. Allerdings würde die komplette Umstellung des Steuersystems auf eine nachgelagerte Besteuerung von Ersparnissen im Übergang zu sehr hohen Steuerausfällen führen. **Obergrenzen** für eine nachgelagerte Besteuerung von Altersvorsorgebeträgen sollten sich dann aber an den Sparbeträgen orientieren, die für einen angemessenen Ersatz des Erwerbseinkommens im Alter notwendig sind und damit insbesondere mit dem individuellen Einkommen variieren.<sup>55</sup> Argumente, die dagegen verteilungspolitisch argumentieren, interpretieren Sparen aus Bruttoeinkommen fälschlich als Förderung. Tatsächlich geht es um eine faire Besteuerung des Lebenseinkommens: Vorsorgespargen muss als eine weitere Komponente des Existenzminimums gesehen werden.

#### Beispiel

Eine 70%ige Ersatzquote – wie sie heute für den so genannten Eckrentner vorgesehen ist – würde z.B. eine Sparquote aus dem Bruttoeinkommen von 16,5 % erfordern (vgl. Tabelle 7). Entsprechend müsste ein Erwerbstätiger mit einem Jahresbruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit in Höhe von 50.000 DM 8.250 DM für die Altersvorsorge nachgelagert besteuern können, ein Erwerbstätiger mit 100.000 DM dagegen das Doppelte. Der Maximalbetrag könnte ggf. auf dem Niveau der derzeitigen Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung gekappt werden. Hinzu käme die nachgelagerte Besteuerung für weitere Vorsorgeaufwendungen (Krankheit, Pflege, Arbeitslosigkeit; zusammen ca. 21,7 % vom Bruttoeinkommen).

Die Einführung von Maximalbeträgen für nachgelagerte Besteuerung erschwert jedoch die technische Handhabung<sup>56</sup> und führt insbesondere zu

<sup>55</sup> Bereits heute genießen „Besserverdiener“ höhere Steuervorteile, weil die mit dem Einkommen steigenden Arbeitgeberbeiträge steuerfrei sind.

<sup>56</sup> Vor allem einkommensabhängige Obergrenzen bereiten verwaltungstechnische Probleme, weil die endgültige Höhe des Jahreseinkommens – und damit die individuelle Obergrenze für nachgelagert zu versteuernde Sparbeträge – bei unterjährigen Einzahlungen auf Alterssicherungskonten i.d.R. noch nicht feststeht.


Kontrollproblemen. Deswegen werden spezielle **Alterssicherungskonten** erforderlich, damit die zu versteuernden Vermögensbestände im Ruhestand eindeutig zu identifizieren sind.<sup>57</sup> Bei der Auszahlung könnte z.B. automatisch eine proportionale Steuer an das Finanzamt abgeführt werden. Vermögensanlagen im Ausland sind unproblematisch, wenn die Anforderungen an die Steuerabführung zur Bedingung gemacht werden und analog angewandt werden. Es verbleiben nur die „üblichen“ Hinterziehungsmöglichkeiten, die auch im Status quo bestehen – allerdings mit dem quantitativen Unterschied, dass nicht mehr nur die Besteuerung der Vermögenseinnahmen, sondern die Besteuerung des gesamten Vermögensbestands hinterzogen werden kann.

Vergleichbar mit dem derzeitigen Steuerabzug auf Kapitalerträge wäre das Finanzamt allerdings auf Kontrollmitteilungen der Kontenverwalter angewiesen, wenn der **persönliche, progressive Steuersatz** des Kontoinhabers berücksichtigt werden soll. Dieses Problem stellt sich im Übrigen unabhängig von Obergrenzen für die nachgelagerte Besteuerung und kann nur durch eine Rückführung der direkten Progression gelöst werden. Kroatien, das 1994 eine konsumorientierte Einkommensteuer etabliert hat, operiert deswegen mit einem zweistufigen, indirekt progressiven Steuertarif (20 % und 35 %).

Für **selbst genutztes Wohneigentum** gilt in Deutschland die so genannte Konsumgütlösung, wonach die impliziten Erträge, das mietfreie Wohnen, nicht versteuert werden. Hier machen sich die vielseitigen Inkonsistenzen des deutschen Steuersystems wieder bemerkbar und verursachen weitere Anwendungsprobleme einer nachgelagerten Besteuerung bei der Vermögensbildung in Form von Wohneigentum. Dieses Problem kann wiederum durch eine Abschaffung der direkten Progression in der Einkommensteuer

<sup>57</sup> Die Aufzeichnung der aus Bruttoeinkommen angesparten Beträge reicht nicht aus, da die Einzahlungen zzgl. Wertsteigerungen bzw. Wertverlusten zu versteuern sind.





zu Gunsten einer indirekten Progression abgemildert werden. Dann verschwinden die Unterschiede zwischen vor- und nachgelagerter Besteuerung. Alternativ könnte eine Ungleichbehandlung auch die Beibehaltung einer speziellen Förderung für das selbst genutzte Wohneigentum rechtfertigen (vgl. dazu Abschnitt 3.3).

### **3.5 Kriterien zukünftiger Organisationsformen der Alterssicherung**

Solange nicht sämtliche Ersparnisse nachgelagert besteuert werden, sollte zukünftiges privates Alterssicherungsvermögen auf speziellen Konten angespart werden. Diese Maßnahme erleichtert die Kontrolle darüber, ob direkt geförderte Ersparnisse auch wirklich für die Altersvorsorge verwendet werden und verschafft dem Finanzamt einen Überblick darüber, welche Beträge nachgelagert zu versteuern sind. Dabei ist nicht mehr zwischen betrieblichen (zweite Säule) und privaten (dritte Säule) Alterssicherungskonten zu unterscheiden. Unterschiedliche Regelungen würden nur zu Ungleichbehandlung von Erwerbstätigen führen, die keinen Zugang zu einer betrieblichen Alterssicherung haben. Wichtig ist nur, dass es neben einem staatlich organisierten System ein integriertes, privates System gibt. Zur konkreten Ausgestaltung dieser Alterssicherungskonten sind die Erfahrungen aus anderen Ländern hilfreich (vgl. z.B. DIA-Studie „Reform Erfahrungen im Ausland“, 1999). Folgende Regelungen sollten gelten:

#### **Gesetzliche Regelungen**

- Alle Einzahlungen in Alterssicherungsfonds werden nachgelagert besteuert. Falls eine Obergrenze gilt, muss sich diese an dem notwendigen Vermögensbestand orientieren, der zur Kompensation zukünftiger Kürzungen der gesetzlichen Rente notwendig ist.
- Beim Wechsel zu einem anderen Fonds dürfen realisierte Wertsteigerungen (*capital gains*) nicht besteuert werden.
- Auszahlungen vor Erreichen des Rentenalters sind entweder vollständig zu verbieten oder mit einer hohen „Strafsteuer“ zu versehen. Eine

## C. Maßnahmen: Die Lücken schließen

### Gesetzgeberischer Handlungsbedarf


implizite Strafsteuer besteht automatisch, wenn die Beiträge nachgelagert besteuert werden.

- Die gesetzlichen Regelungen haben eine Mindestgeltungsdauer, um hohe Planungssicherheit zu ermöglichen.
- Alterssicherungsfonds sollen in unterschiedlichen Formen errichtet werden, damit alle Anlagepräferenzen der Sparer hinreichend Berücksichtigung finden.
- Konstruktion und Veröffentlichung einer Messlatte, anhand derer das Risiko unterschiedlicher Alterssicherungskonten objektiv beurteilt werden kann (Determinanten: z.B. Risikofreude und Alter des Sparer, Volatilität der Anlageformen etc.).

Abgesehen von größeren makroökonomischen „Störungen“ wie Kriegen oder Naturkatastrophen werden die Risiken kapitalgedeckter Altersvorsorge häufig überschätzt. Finanzkrisen oder Output-Schocks sind von vergleichsweise kurzfristiger Natur und deswegen im Rahmen eines 40-jährigen Ansparprozesses wahrscheinlich von untergeordneter Bedeutung. Schnabel et al. (1998) zeigen empirisch für Deutschland, dass die kurzfristigen Wertschwankungen in der langen Frist vollständig ausgeglichen werden. Betroffen sind jedoch diejenigen Personen, die zum Zeitpunkt einer Finanzkrise gerade in Rente gehen. Kapitalmarktschwankungen können bestimmte Alterskohorten überdurchschnittlich treffen. Deswegen sollten Anlagestrategien propagiert werden, die ein geringeres Risikoprofil mit zunehmendem Lebensalter empfehlen.

#### **Vorschriften für alle Fondsbetreiber**

Eine private Altersvorsorge birgt Unsicherheiten bzgl. der zukünftigen Entwicklung der Kapitalmärkte. Außerdem existieren Unsicherheiten über den eigenen Bedarf insbesondere die eigene Lebenserwartung und das ef-



fektive Übergangsalter in das Rentnerdasein. Diese Unsicherheiten sind insbesondere im Übergang für viele Haushalte nicht klar vorherzusehen. Hier wären Zusatzversicherungen erforderlich, die auch das Gesundheitsrisiko eines erzwungenen frühen Renteneintritts und biometrische Risiken abdecken, die bisher umfassend im Rahmen der gesetzlichen Rente gesichert waren. Daneben könnten risikoscheue Anleger auch Garantien für Mindestrenditen nachfragen. Es ist ungewiss, ob die Märkte solche Zusatzversicherungen zu günstigen Konditionen bereitstellen. Die Funktionsweise der Märkte sollte auf jeden Fall durch einschlägige Regelungen sichergestellt werden. Dazu gehören:


- Jährlicher Kontoauszug, der über den Vermögensbestand und die daraus ableitbare Zusatzrente im Rentenalter informiert (Varianten für Kapitalverzehr und „ewige“ Rente). Dadurch wird der Vermögensstatus transparent. Bei Hinzurechnung der gesetzlichen Rente und/oder einer Basissicherung wird erkennbar, welche Einkommenslücke im Alter zu erwarten ist.
- Der Wechsel zu einem anderen Fonds mitsamt dem bisher angesparten Vermögen sollte prinzipiell möglich sein. Zur Vermeidung hoher Verwaltungskosten ist es jedoch ratsam, beispielsweise nur einen Wechsel pro Jahr zuzulassen. Dadurch wird auch verhindert, dass verschiedenen Fondsbetreiber mit Prämienzahlungen sich gegenseitig Kunden abjagen.
- Verwaltungsgebühren sollten nach einem einheitlichen Schema und möglichst transparent festgelegt werden. Die Einhaltung von Mindeststandards könnte durch die Erteilung staatlicher Gütesiegel garantiert werden (vgl. CAT-Standard in Großbritannien).

#### **Zusätzliche Vorschriften für betrieblich organisierte Fonds**

Eine große Bandbreite der erlaubten Anlageformen in Alterssicherungskonten ist sowohl für den Sparer als auch für eine unverzerrte Anlageentscheidung von Vorteil. Je mehr Alternativen zur Auswahl stehen, desto eher findet der Sparer seine Risiko- und Anlagepräferenzen wieder. Eine große Anlagebreite bedeutet aber auch, dass eine betriebliche Verwaltung der Alterssicherungskonten nicht dazu führen darf, dass überwiegend Aktien des Arbeitgebers gehalten werden.<sup>58</sup> Sonst wird das Arbeitsplatzrisiko zu eng mit dem Anlagerisiko verknüpft. Zudem sollte es bei einem Betriebswechsel möglich sein, das angesparte Vermögen „mitzunehmen“. Eine Öffnung betrieblicher Alterssicherungskonten könnte analog der Öffnung von Betriebskrankenkassen den Wettbewerb mit Banken oder anderen Betriebsfonds stärken und unnötig hohe Verwaltungskosten verhindern. Ein hoher Wettbewerb darf aber nicht zu ständigem Abwerbversuchen führen, wie es in den Anfangsjahren in Chile der Fall war (vgl. DIA-Studie „Reform Erfahrungen im Ausland“, 1999). Dies würde zu einem überproportionalen Anstieg der Verwaltungskosten führen. Damit ergeben sich die folgenden Forderungen:

- Betriebliche Fonds sollten zumindest die Auswahl zwischen zwei bis drei verschiedenen Anlagestrategien bieten, um individuelle Anlagepräferenzen zu berücksichtigen.
- Ein Mindestanteil des Fondsvermögens muss außerhalb des Unternehmens gehalten werden. Dadurch wird vermieden, dass Anlageerfolg und Arbeitsplatzrisiko vermischt werden.
- Angesparte Vermögen sollten beim Jobwechsel mitgenommen werden können. Noch besser im Sinne von Wettbewerb und niedrigen Verwal-

<sup>58</sup> In den Niederlanden müssen beispielsweise mind. 90 % des Fondsvermögens außerhalb des Unternehmens gehalten werden.



tungskosten wäre eine Regelung, die betriebliche Fonds auch für nicht oder ehemalige Betriebsangehörige öffnet oder offen hält.

- Arbeitgeber sollten festlegen können, dass für alle Beschäftigten ein bestimmter Lohnanteil auf ein Alterssicherungskonto eingezahlt wird. Nur bei Widerspruch des Arbeitnehmers unterbleibt dieses „Zwangs-sparen“. Hier könnten in vermögensfreundlichen Unternehmen Traditionen entstehen, die Teil einer spezifischen Unternehmenskultur werden könnten

#### **4. Fazit: Die Krise ist beherrschbar**

Die sich in den nächsten Jahrzehnten verändernde Altersschichtung bringt Risiken für die gesamte Wirtschaftsentwicklung, die aber durch eine intelligente Politik weitgehend aufgefangen werden können. Elemente einer solchen Politik sind: eine verlängerte Lebensarbeitszeit, Förderung des lebenslangen Lernens und der Kapitalbildung sowie eine Stärkung und Ausweitung des Wettbewerbs. Die steigende Quote der Rentner erfordert größere Umschichtungen des Bruttosozialprodukts. Dabei ist es von Vorteil, die Reform der Alterssicherung in einer Kombination aus staatlichen Abgaben und privater Ersparnis zu bewältigen als nahezu ausschließlich durch erhöhte öffentliche Abgaben. Die während einer sehr langen Übergangsphase zusätzliche Ersparnis bietet die Grundlage für eine kapitalintensive Produktionsweise, die bei schrumpfender Bevölkerung eine Grundvoraussetzung für zukünftiges Wachstum darstellt.

Es liegt auf der Hand, dass in der politischen Diskussion der Vorschlag zu mehr Alterssicherung durch private Vorsorge bei deutlich absinkendem Rentenniveau auf Kritik stoßen wird. Von Ende des letzten Jahrhunderts bis in die jüngste Vergangenheit wurde der Sozialstaat immer weiter ausgebaut und ausgeweitet. Die Alterssicherung wurde weitgehend durch die öffentlichen Transfersysteme geregelt. Ihr Abbau wird für viele als ein Rückschritt empfunden. Doch der Vorgang, der jetzt eingeleitet wird, lässt sich nicht mehr verschieben, weil ein „Weiter-So“ zu Überforderungen der


## C. Maßnahmen: Die Lücken schließen

### Fazit: Die Krise ist beherrschbar

Erwerbstätigen durch öffentliche Abgaben mit allen bekannten negativen Folgen führen wird. Das alte Denkmuster der Sozialpolitik, die mehr staatliche Sicherungssysteme als Fortschritt und weniger Staat als Rückschritt interpretierte, geht an der Wirklichkeit vorbei. Nicht eine rückwärts gewandte Reaktion, sondern eine Emanzipation von immer mehr Menschen gegenüber den geltenden Systemen treibt die Veränderungen an. Wir kehren nicht zurück in das 19. Jahrhundert mit seinen Elendsquartieren und seinem am Existenzminimum vegetierenden Arbeiter. Wir starten in ein Jahrhundert, in dem bei guter Bildungspolitik 90 % der Erwerbstätigen in der Lage sein sollten, eine Sparfähigkeit ohne staatlichen Zwang oder spezielle Förderung zu erreichen und – abgesichert durch eine allgemeine staatliche Basissicherung – ein angemessenes Einkommen im Alter zu erwirtschaften.

Wir stehen am Beginn eines Zeitalters, in dem das Humankapital zur immer bedeutsameren Wohlstandsquelle wird. In diesem Zeitalter des „Humankapitalismus“ wird die Umlagenrente als dominante Alterssicherungsform zu einem Hindernis für lebenslanges Lernen, führt zu einer gefährlichen Unterschätzung der Bedeutung eigenen Sparens, zu einer den Arbeitsmarkt immer stärker störenden Hürde auf dem Wege zu Vollbeschäftigung. Weniger Umlage oder Steuerfinanzierung und mehr eigene Vermögensbildung und damit Selbstverantwortung entsprechen dem Lebensgefühl, den Erfahrungen, der Vielfalt der Rollen und Lebenspläne besser als die standardisierte umlagefinanzierte Rente. Mehr Eigenverantwortung wird mehr Leistungsanreize fördern und wird dadurch im Ergebnis sozialer.

Der Übergang zu einem stärker aus eigenen Ersparnissen gespeisten Alterssicherungssystem, das neben der in ihrer Bedeutung schrumpfenden staatlichen Alterssicherung besteht, ist mehr als eine Umlenkung von Finanzierungsströmen. Der Übergang wird durch ein *learning by doing* das Selbstverständnis der Menschen über ihre eigene wirtschaftliche Rolle verändern. Jeder Erwerbstätige sollte vom ersten Berufsjahr an seine gesamte Lebensarbeitszeit im Blick haben und die Phase des ausbleibenden



Arbeitseinkommens selbst kalkulatorisch und in seinen Planungen mitdenken. Die Zeit des Gesetzgebers als eines Quasi-Vordenkers, der dem Einzelnen das Alterssicherungsdenken weitgehend abnahm, werden vorbei sein. Dieses neue Denken beeinflusst das Sparverhalten, einschließlich der Wahl der Portfolios, beeinflusst die Einstellungen zum Renteneintritt und auch die Leistungsmotivation. Die Erfahrung eines allmählich durch Ersparnisse und Verzinsung wachsenden Kapitals in einer Welt, in der alle Freunde, Bekannten und Kollegen auch ständig parallel bemüht sind, ihr Kapital zu mehren, führt zu einer Neuorientierung des wirtschaftlichen Denkens und Handelns, zu einem besseren Verständnis von Marktwirtschaft und zu einem neuen Engagement an einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik. Die heute allzu sichtbaren Verteilungshände des Staates, deren Finanzbeschaffung leider oft im Dunkeln bleibt, werden weniger und direkter verteilen, mehr in neue Sparrichtungen weisen und die unsichtbare Hand des Wettbewerbs stärken. Das wird Schübe auslösen hin zu einer effizienteren Verwendung von Kapital und auch zu einer besseren Verwendung von Arbeit, weil auch der Wert der Arbeit wieder sichtbarer wird.





## D Anhang

### 1. Tabellen

<b>Tabelle 18a: Entwicklung der Abhängigkeitsquotienten im internationalen Vergleich</b> (Abhängigkeitsquotienten älterer Menschen; alle Angaben in %)						
	1960	1990	2000	2010	2020	2030
Dänemark	16,5	22,7	21,6	24,9	31,7	37,7
Deutschland	16,0	21,7	23,8	30,3	35,4	49,2
Frankreich	18,8	20,8	23,6	24,6	32,3	39,1
Großbritannien	17,9	24,0	24,4	25,8	31,2	38,7
Italien	13,3	21,6	26,5	31,2	37,5	48,3
Japan	9,5	17,1	24,3	33,0	43,0	44,5
Kanada	13,0	16,7	18,2	20,4	28,4	39,1
Niederlande	14,7	19,1	20,8	24,2	33,9	45,1
Schweden	17,8	27,6	26,9	29,1	35,6	39,4
USA	15,4	19,1	19,0	20,4	27,6	36,8

<b>Tabelle 18b: Entwicklung der Abhängigkeitsquotienten im internationalen Vergleich</b> (Abhängigkeitsquotienten insgesamt; alle Angaben in %)						
	1960	1990	2000	2010	2020	2030
Dänemark	55,8	47,9	49,1	51,3	57,9	67,0
Deutschland	47,4	45,3	46,7	50,0	57,3	75,1
Frankreich	61,3	51,1	52,8	51,2	59,6	67,9
Großbritannien	53,7	52,9	54,0	52,3	58,3	68,0
Italien	47,9	45,5	47,8	51,5	58,8	72,7
Japan	56,6	43,5	47,2	56,7	67,8	70,5
Kanada	70,5	47,5	48,3	47,5	56,3	69,0
Niederlande	63,9	44,5	47,7	47,5	58,1	73,2
Schweden	51,8	55,3	57,9	58,5	65,1	70,4
USA	67,4	51,7	52,0	50,5	57,4	68,0

**Definition:** Abhängigkeitsquotient ältere Menschen = Einwohner mit 65 Jahren und mehr, als Prozentsatz der erwerbsfähigen Bevölkerung, Abhängigkeitsquotient insgesamt = Einwohner zwischen 0 und 14 Jahren und Einwohner mit 65 Jahren und mehr, als Prozentsatz der arbeitsfähigen Bevölkerung.

**Quelle:** OECD, empirica

**Tabelle 19a: Entwicklung der verbleibenden Lebenserwartung mit 60 Jahren im internationalen Vergleich**  
(Männer; alle Angaben in Jahren)

	1960	1970	1980	1990	1995
Dänemark	17,2	17,3	17,2	17,5	17,6
Deutschland	15,5	15,3	16,4	17,8	18,1
Frankreich	15,6	16,2	17,3	19,0	19,7
Großbritannien	15,3	15,2	15,9	17,6	18,3
Italien	16,7	16,7	16,8	18,4	19,0
Japan	14,8	15,9	18,3	20,0	20,3
Kanada	16,8	17,0	18,0	18,9	19,9
Niederlande	17,8	16,9	17,4	17,7	18,1
Schweden	17,3	17,8	17,9	19,1	19,8
USA	15,8	16,1	17,4	18,5	18,9

**Tabelle 19b: Entwicklung der verbleibenden Lebenserwartung mit 60 Jahren im internationalen Vergleich**  
(Frauen; alle Angaben in Jahren)

	1960	1970	1980	1990	1995
Dänemark	19,1	20,7	21,7	21,7	21,4
Deutschland	18,5	19,1	20,7	22,2	22,5
Frankreich	19,5	20,8	22,4	24,2	24,9
Großbritannien	19,3	19,9	20,5	21,8	22,4
Italien	19,3	20,2	21,2	22,8	23,5
Japan	17,8	19,3	21,9	24,4	25,3
Kanada	19,9	21,4	22,9	23,7	24,3
Niederlande	19,9	20,7	22,5	22,7	22,8
Schweden	19,3	20,9	22,1	23,3	23,9
USA	19,5	20,7	22,2	22,8	22,9

Quelle: OECD, empirica

**Tabelle 20a: Arbeitslosenquote und Erwerbsquote bei Männern  
im Alter von 55 bis 64 Jahren im internationalen  
Vergleich (alle Angaben in %)**

	Arbeitslosenquote		Erwerbsquote	
	1980	1996	1980	1996
Dänemark*	6,2	6,0	67,2	62,1
Deutschland	4,9	10,4	67,3	52,7
Frankreich	4,8	8,6	68,6	42,3
Großbritannien*	10,6	9,5	70,0	62,9
Italien*	1,5	4,3	56,2	44,0
Japan	3,7	5,1	85,4	84,9
Kanada	4,3	7,8	76,1	59,3
Niederlande	3,5	2,9	63,2	43,1
Schweden	1,6	8,6	78,7	72,2
USA	3,4	3,3	72,1	67,0

**Tabelle 20a: Arbeitslosenquote und Erwerbsquote bei Frauen  
im Alter von 55 bis 64 Jahren im internationalen  
Vergleich (alle Angaben in %)**

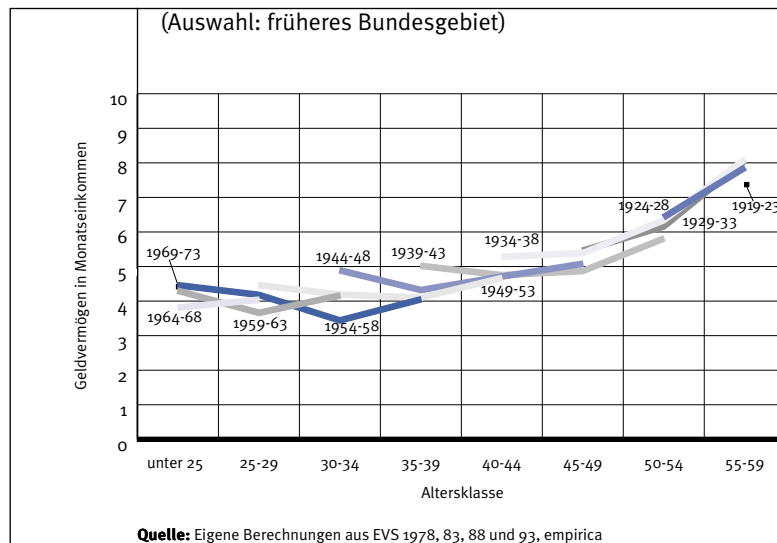
	Arbeitslosenquote		Erwerbsquote	
	1980	1996	1980	1996
Dänemark*	6,3	6,3	41,7	39,5
Deutschland	5,9	13,1	28,9	28,1
Frankreich	6,2	8,2	40,1	31,3
Großbritannien*	7,3	3,4	36,1	40,2
Italien*	2,4	4,3	15,0	14,4
Japan	1,2	2,3	45,3	48,8
Kanada	5,1	7,6	33,7	36,9
Niederlande	2,6	4,0	14,4	20,2
Schweden	1,7	6,5	55,3	65,0
USA	3,3	3,4	41,3	49,6

\*Angaben zu 1980 beziehen sich auf 1983

Quelle: OECD, empirica

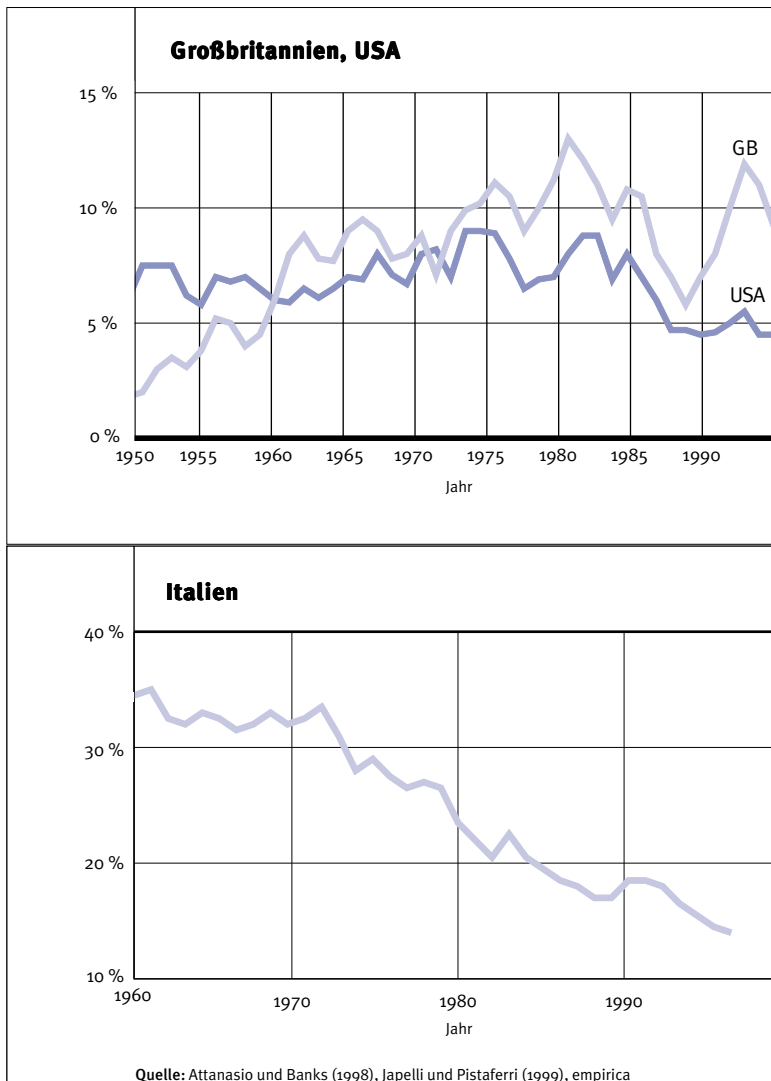
## 2. Abbildungen

**Abbildung 18: Nettogeldvermögen im Alterslängsschnitt nach Geburtsjahrgängen als Vielfaches des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens 1978-93**



**Anmerkung:** Reichweite Geldvermögen = Nettogeldvermögen / Haushaltsnettoeinkommen (ohne Mietwert der selbst genutzten Wohnung); Nettogeldvermögen ohne Rückkaufwerte der Lebensversicherungen.

**Abbildung 19: Aggregierte Sparquote in Großbritannien, USA und Italien**



Anmerkung: Sparquote in Prozent des verfügbaren Einkommens

### 3. Definition: Äquivalenzeinkommen/-ausgaben

Einkommen oder Ausgaben, die um die Haushaltsgröße bzw. -zusammensetzung korrigiert wurden. Im Unterschied zu einer Pro-Kopf-Betrachtung wird nicht jedes Haushaltsmitglied mit einem Gewicht von „1“ berücksichtigt, sondern lediglich der Haushaltsvorstand. Weitere erwachsene Haushaltsmitglieder erhalten dagegen nur ein Gewicht von „0,8“, minderjährige Haushaltsmitglieder ein Gewicht von 0,5. Die nominalen Werte (Ausgaben oder Einkommen eines Haushalts) werden schließlich durch Division mit der Summe der entsprechenden Gewichte der Haushaltsmitglieder zum standardisierten oder Äquivalenzwert umgerechnet.

Die Rechtfertigung oder Interpretation der unterschiedlichen Gewichte lässt sich aus der Kostenreduktion bei Mehrpersonenhaushalten ableiten: Manche Kosten der Haushaltsführung wie z.B. Rundfunkgebühren, Zeitungsabo, ein Herd, ein Kühlschrank etc. steigen nicht, wenn mehr als eine Person im Haushalt lebt.

### 4. Schätzung der Bruttoerwerbseinkommen im Lebenszyklus

Die Bruttoerwerbseinkommen im Lebenszyklus werden mittels berufsspezifischer Alterseffekte und globaler Zeiteffekte geschätzt (vgl. Braun, 2000). Für alle betrachteten Berufsgruppen (Arbeiter und Angestellte) wird der Zeiteffekt auf die Entwicklung der Erwerbseinkommen als arithmetisches Mittel der Indexentwicklung der Löhne und Gehälter von Arbeitern und Angestellten angenommen.<sup>59</sup> Die Alterseffekte werden durch einen bereinigten Zeitvergleich der Erwerbseinkommen in der EVS 1988 und 1993 ermittelt. Dazu werden Quasi-Kohorten über die beiden Querschnittsbeobachtungen gebildet und angenommen, dass die Einkommensentwicklung z.B. der 1993 40-Jährigen durch den Vergleich mit den 1988

<sup>59</sup>Tatsächlich ist der Index für Arbeiter (tariflicher Wochenlohn) innerhalb der Jahre 1957-93 um 6,8% stärker angestiegen als der Index für Angestellte (tarifliches Monatsgehalt). Der mittlere Fehler für einen Haushalt mit 41-jährigem Berufsleben und Berufseinstieg im Jahr 1956 beträgt damit +3,4% für einen Angestellten bzw. -3,4% für einen Arbeiter.

35-Jährigen beschrieben werden kann. Die resultierenden mittleren jährlichen Einkommenssteigerungen der Bruttoerwerbseinkommen werden schließlich um die entsprechenden Zeitpunkteffekte korrigiert, um einen echten Alterseffekt zu erhalten. Dieser Alterseffekt beschreibt dann die durchschnittlichen Einkommensänderungen aufgrund von Beförderungen u.ä. Für die ermittelten Alterseffekte werden anschließend logarithmische Anpassungen durchgeführt, um Verzerrungen durch Ausreißer in einzelnen Altersklassen zu vermeiden und die anschließende Umsetzung in den Daten zu vereinfachen.

**Tabelle 21: Geschätzte Alters- und Zeitpunkteffekte auf die Wachstumsrate der Bruttoerwerbseinkommen**  
(Anmerkung: alle Angaben in % p.a.; Annahme: Die Zeitpunkteffekte ab 1994 werden auf 4 % p.a. gesetzt: 1 % Produktivitätszuwachs, 3 % Inflation).

Altersklasse	Alterseffekte $W^{AE}$		Zeitpunkteffekte $W^{ZE}$	
	Arbeiter	Angestellter	Zeitintervall	
25-29	5,9 %	9,3 %	1958/63	6,0 %
30-34	3,1 %	5,7 %	1963/68	4,9 %
35-39	1,5 %	3,5 %	1968/73	9,6 %
40-44	0,4 %	2,0 %	1973/78	7,4 %
45-49	-0,5 %	0,8 %	1978/83	4,9 %
50-54	-1,2 %	-0,2 %	1983/88	3,0 %
55-59	-1,9 %	-1,0 %	1988/93	4,4 %
Quelle: Braun (2000a)				

## 5. Normative vs. faktische Ersatzquote des Erwerbseinkommens

Eine Ableitung normativer Ersatzquoten müsste klären, wie man den Zuwachs an verfügbarer Zeit in der Einkommensverwendung sowie bei der Bildung von Bedürfnissen bewertet. Unter der Annahme lebenszyklusabhängiger Konsumgewohnheiten leitet Braun (2000a) zur Sicherung des Lebensstandards eine normative Soll-Ersatzquote von


84 %<sup>60</sup> des letzten Erwerbseinkommen ab. Es gibt allerdings Argumente auch dafür, dass die Rente das letzte Erwerbseinkommen zu 100 % oder mehr ersetzen muss. Im hohen Alter können besondere Konsum- und Pflegebedürfnisse zu noch höherem Einkommensbedarf führen als zur Zeit der letzten Erwerbstätigkeit.<sup>61</sup> Wobei geklärt werden müsste, welcher Anteil der alterungsbedingten Zusatzbedürfnisse durch Versicherungen gedeckt wird.

Wir gehen jedoch von der durch das Verhalten gestützten Prämisse aus, dass die Haushalte gegenwärtig und in den letzten Jahren am Ende ihres Erwerbslebens in der Regel mit dem Lebensstandard zufrieden sind, den sie durch eigene Ersparnisse und Rentenanwartschaften erreichen. Ihr Vorsorgeverhalten konnte sich an stabilen Rahmenbedingungen orientieren. Wir unterstellen deswegen, dass in einer Phase hoher Einkommensstabilität und hoher Stabilität der Alterssicherungssysteme – wie es in den 90er Jahren zu beobachten war – die tatsächliche Einkommens- und Vermögenssituation beim Übergang in das Rentenalter ein subjektives Gleichgewicht repräsentiert. Das Rentenniveau wurde außerdem in einem weitgehenden politischen Konsens als ausreichend angesehen. Von den Rentnern gab es

<sup>60</sup>Dazu wird angenommen, dass der Lebensstandard in Geldeinheiten genau dem permanenten Einkommen entspricht. Das permanente Einkommen liegt aber unterhalb des letzten Erwerbseinkommens. Folglich ist die notwendige Ersatzquote kleiner als die Differenz zwischen Rente und letztem Erwerbseinkommen. In Braun (2000a; Tabelle 4, S. 85, Variante E) wird ein Verhältnis zwischen dem letzten Nettoerwerbseinkommen und dem aktuellen permanenten Einkommen (=Konsum) der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte von 94 % bei den 60- bis 65-Jährigen und nur noch 69 % bei den 75- bis 79-Jährigen geschätzt. Im Ergebnis muss bei einer Betrachtung über 20 Jahre nicht 20-mal die Jahresdifferenz zwischen letztem Nettoerwerbseinkommen und aktueller Rente kompensiert werden, sondern nur 16,9-mal bzw.  $16,9/20=84\%$  des letzten Nettoerwerbseinkommens.

<sup>61</sup>Insbesondere das Wegfallen von Ansparprozessen für die Altersvorsorge und Ausgaben für die Einkommenserzielung rechtfertigen eine unvollständige Lückenschließung. Auf der anderen Seite können neue Ausgaben hinzukommen, da mehr Freizeit und damit mehr Konsummöglichkeiten zur Verfügung stehen und weil die Pflegekosten im hohen Alter nicht vollständig von der Pflegeversicherung abgedeckt werden.





anders als bei verschiedenen Berufsgruppen keine systematische Kritik am Einkommensniveau. Diese Aussage wird durch empirische Daten gestützt (vgl. Abschnitt 2 in Teil B).

## 6. Literaturverzeichnis

Adelt, P., Dehm, H. und Schulte, K. (1999), Die Deutschen und ihr Geld; Einkommen, Vermögen, Alterssicherung und die Einstellung dazu im Spiegel empirischer Befunde, hrsg. v. Deutsches Institut für Altersvorsorge.

Attanasio, O. und Banks, J. (1998), Trends in Household Saving: a Tale of two Countries, IFS Working Paper.

Attanasio, O.P. und DeLeire, T.C. (1994), IRAs and Household Saving Revisited: Some New Evidence, NBER Working Paper No. 4900.

Banks, J. und Tanner, S. (1999), Household Saving in the UK, Institute for Fiscal Studies (IFS), London.


Banks, J., Dilnot, A. und Low, H. (1994), The Distribution of Wealth in the UK, IFS, London.

Banks, J., Tanner, S. (1996), Savings and Wealth in the UK: Evidence from Micro data, Fiscal Studies, 17, 37-64.

Bernheim, B.D (1999), Taxation and Saving, NBER Working Paper No. 7061.

Birg, H. und Börsch-Supan, A. (1999), Für eine neue Aufgabenteilung zwischen gesetzlicher und privater Altersversorgung, eine demographische und ökonomische Analyse, hrsg. v. Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft.

Blommestein, H., Hicks, P. und Vanston, N. (1997), Retirement-Income Reforms in the Context of OECD Work on Ageing, OECD Working Paper: Joint ILO-OECD Workshop – December 1997: Development and Reform of Pension Schemes.



BMBAU Hrsg. (1994), Kostensenkung und Verringerung von Vorschriften im Wohnungsbau, Bericht der Kommission, Bonn.

Börsch-Supan, A. (1995), The Consequences of Population Aging for Growth and Savings, mimeo, in: Bovenberg, L. und Ewijk, C., Lecture Notes on Pensions and Aging, Oxford University Press.

Börsch-Supan, A. (1996), The Impact of Population Ageing on Savings, Investment and Growth in the OECD Area, OECD Working Paper: Future Global Capital Shortages – Real Threat or Pure Fiction.

Börsch-Supan, A. (1997), Retirement Income: Level, Risk and Substitution among Income Components, OECD Working Paper: Joint ILO-OECD Workshop – December 1997: Development and Reform of Pension Schemes.

Börsch-Supan, A. (1999), Für eine neue Aufgabenteilung zwischen gesetzlicher und privater Altersversorgung, Gutachten für den Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft.

Börsch-Supan, A. (2000a), Rentenreform und Eigenvorsorge: Umfrageergebnisse Deutschland, FAZ v. 29.4.2000.

Börsch-Supan, A. (2000b), Deutschland braucht eine wirkliche Rentenreform, keine weitere Minireform, die nur die Politiker, nicht aber die Rentenfianzen entlastet, FAZ v. 11.5.200.

Börsch-Supan, A. und Winter, J.K. (1999), Pension Reform, Savings Behaviour and Corporate Governance, mimeo, Universität Mannheim.

Börsch-Supan, A., Miegel, M. Brombacher-Steiner, V., Bovenberg, A.L., Meijdam, L., Disney, R., Wise, D.A. und Schmidt-Hebbel, K. (1999), Reformerfahrungen im Ausland, hrsg. v. Deutsches Institut für Altersvorsorge.

Braun, R. (1998), Konsum- und Vermögensstrukturen der Erwerber von Wohneigentum, Gutachten im Auftrag der Schwäbisch-Hall Stiftung, Schwäbisch Hall (Preprint).

Braun, R. (2000a), Vermögensbildung privater Haushalte, empirische Auswertungen und Modellrechnungen, Frankfurt.

Braun, R. (2000b), Vermögensbildung im Lebenszyklus- Update, Gutachten im Auftrag der Bundesgeschäftsstelle der Landesbausparkassen, Bonn (Preprint).

Brown, J.R (1999), Are the Elderly really over-annuitized? New Evidence on Life Insurance and Bequests, NBER Working Paper No. 7193.


Browning and Lusardi (1996), Household Saving: micro Theories and micro Facts, Journal of Economic Literature, 34, S. 1797-1855.

Coronado, J.L., Fullerton, D. und Glass, T. (2000), The Progressivity of Social Security, NBER Working Paper No. 7520.

Danziger, S. et al. (1984), Implications of the relative Economic Status of the Elderly for Transfer Policy, in: Aaron, H.J. und Burtless, G., Retirement and Economic Behavior, Brooking Institute, S. 175-96.

Davies, J.B. und Kuhn, P.J. (1991), A Dynamic Model of Redistribution, Inheritance and Inequality, Canadian Journal of Economics, 24, S. 324-344.

Deutsche Bundesbank (1999), Möglichkeiten und Grenzen einer verstärkten Kapitaldeckung der gesetzlichen Alterssicherung in Deutschland, Monatsbericht 12/99, S. 15-31.



Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW, 1999), Geldvermögen und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte, DIW-Wochenbericht 30/99.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW, 1998), Kapitaldeckung: Kein Wundermittel für die Altersvorsorge, Wochenbericht 46/98, S. 833-840.

Dilnot, A.W. (1992), Taxation of Private Pensions: Costs and Consequences, in: OECD, Private Pensions and Public Policy, Paris.

Dunn, T.A. und Phillips, J.W. (1997), The Timing and Division of Parental Transfers to Children, *Economic Letters*, 54, S. 135-137.

Edwards, S. (1995), Why are Saving Rates so Different across Countries? An International Comparative Analysis, NBER Working Paper No. 5097.

Eitenmüller, S. und Eckerle, K. (1999), Versorgungslücken in der Alterssicherung: Privater Vorsorgebedarf für den Schutz im Alter, bei Erwerbsminderung und im Hinterbliebenenfall, Gutachten im Auftrag des Gesamtverbandes der deutschen Versicherungswirtschaft e.V., Basel.

Engen, E.M., Gale, W.G. und Scholz, J.K. (1996), The Effects of Tax-Based Saving Incentives on Saving and Wealth, NBER Working Paper No. 5759.

Feldstein, M. und Ranguelova, E. (1999), The Economics of Bequests in Pensions and Social Security, NBER Working Paper No. 7065.

Feldstein, M. und Ranguelova, E. (2000), Accumulated Pension Collars: A Market Approach to Reducing the Risk of Investment-Based Social Security, NBER Working Paper No. 7861.

Fisher, I. (1930), *The Theory of Interest, As Determined by Impatience to spend Income and Opportunity to invest it*, New York.

Fratantoni, M.C. (1999), Reverse Mortgage Choices: a Theoretical and Empirical Analysis of the Borrowing Decisions of Elderly Homeowners, *Journal of Housing Research*, 10, S. 189-208.

Gokhale, J., Kotlikoff, L.J., Sefton, J. und Weale, M. (1999), Simulating the Transmission of Wealth Inequality via Bequests, NBER Working Paper No. 7283.

Guiso, L. und Jappelli, T. (1999), Private Transfers, Borrowing Constraints and the Timing of Homeownership, Centre for Studies in Economics and Finance, Working Paper No. 17.


Haurin, D.R., Hendershott, P.H. und Wachter, S.M. (1996), Wealth Accumulation and Housing Choices of Young Households: An Exploratory Investigation, *Journal of Housing Research*, 7, S. 33-58.

Hauser, R. (1997), Adequacy and Poverty among the Retired, OECD Working Paper: Joint ILO-OECD Workshop – December 1997: Development and Reform of Pension Schemes.

Holzmann, R. (1998), A World Bank Perspective on Pension Reform, Worldbank Working Paper.

Hubbard, R.G. und Skinner, J.S. (1997), Assessing the Effectiveness of Saving Incentives, *Journal of Economic Perspectives*, 10, S. 73-90.

Hurd, M.D. (1992), Measuring the Bequest Motive: the Effect of Children on Saving by the Elderly in the United States, In: *Saving and Bequests*, hrsg. v. Tachibanaki, University of Michigan Press, S. 111-136.



Hurd, M.D. und Smith, J.P. (1999), Anticipated and Actual Bequests, NBER Working Paper No. 7380.

Japelli, T. und Pagano, M. (1998), The Determinants of Saving: Lessons from Italy, Centre for Studies in Economics and Finance, Working Paper No. 1.

Jappelli, T. (1999), The Age-Wealth Profile and The Life-Cycle Hypothesis: A Cohort Analysis with a Time Series of Cross-Sections of Italian Households, Centre for Studies in Economics and Finance, Working Paper No. 14.

Jappelli, T. und Modigliani, F. (1998), The Age-Saving Profile and the Life-Cycle Hypothesis, Working Paper no. 9, Centre for Studies in Economics and Finance (CSEF), Università degli Studi di Salerno.

Jappelli, T. und Pistaferri, L. (1999), The Dynamics of Household Wealth Accumulation in Italy, Centre for Studies in Economics and Finance, Working Paper No. 27.

Kalisch, D.W. und Aman, T. (1997), Retirement Income Systems: the Reform Process across OECD Countries, OECD Working Paper: Joint ILO-OECD Workshop – December 1997: Development and Reform of Pension Schemes.

Keynes, J.M. (1936), The General Theory of Employment, Interest and Money, London.

Konrad, K.A. und Wagner, G.G. (2000), Reform of the Public Pension System in Germany, DIW-Discussion Paper No. 200.

Laitner, J. (1979a), Household Bequests, Perfect Expectation, and the National Distribution of Wealth, *Econometrica*, 74, S. 1175-1193.

Laitner, J. (1979b), Household Bequest Behaviour and the National Distribution of Wealth, *Review of Economic Studies*, 46, S. 467-483.

Lang, O., Sönke, J. und Spieß, K. (1998), Wirkungsanalyse der staatlichen Sparförderung und Vermögensbildung aus subventionspolitischer Sicht, Gutachten für das Bundesministerium der Finanzen, Basel.

Leibfritz, W. (2000), Die Zukunft der Alterssicherung in den Industriestaaten, *Die Sparkasse*, 2, S. 53-60.

Madrian, B.C. und Shea, D.F. (2000), The Power of Suggestion: Inertia in 401(k) Participation and Savings Behavior, NBER Working Paper No. 7682.

McKinsey Global Institute (1997), Removing Barriers to Growth and Employment in France and Germany, with Assistance from Solow, B., Blanchard, O., Malinvaud, E. und Sinn, H.W. and Contributions from Börsch-Supan, A. und Gersbach, H., Frankfurt, Paris, Washington.


Merril, S.R., Finkel, M. und Kutty, N.K. (1994), Potential Beneficiaries from Reverse Mortgage Products for Elderly Homeowners: An Analysis of AHS Data, *Journal of American Real Estate and Urban Economics Association*, 22, S. 257-299.

Miegel, M. und Wahl, S. (1999), *Solidarische Grundsicherung – Private Vorsorge: Der Weg aus der Rentenkrise*, München.

Miegel, M. und Wahl, S. (2000), *Die gesetzliche Rentenversicherung unter Anpassungsdruck*, hrsg. v. Deutsches Institut für Altersvorsorge.

Modigliani, F. und Brumberg, R.E. (1954), Utility Analysis and the Consumption Function: An Interpretation of Cross-Section Data, in: Kurihara, K.K., *Post-Keynesian Economics*, Brunswick, N.J., S. 388-436.





Mulligan, C. B. und Sala-i-Martin, X. (1999), Social Security in Theory and Practice (I): Facts and Political Theories, NBER Working Paper No. 7118.

Pfeiffer, U. und Braun, R. (1998), Wohneigentum oder Mietwohnung – eine rationale Entscheidung? Der langfristige Kredit, 18/98, S. 598-602.

Pfeiffer, U. und Simons, H. (1999), Immobilien im neuen Jahrtausend, Langfristige Trends und Visionen, Ergebnisse einer Marktstudie, Gutachten im Auftrag der Bayerischen Landesbank, München 1999.

Pfeiffer, U., Braun, R. und Simons, H. (1999), Vermögen im Lebenszyklus, Gutachten im Auftrag der Bundesgeschäftsstelle der Landesbausparkassen, Bonn.

Pfeiffer, U., Sarrazin, T., Simons, H. und von der Groeben, G. (2000), Demographie, Staatsverschuldung und Umbau der sozialen Sicherung, Thesenpapier des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Poterba, J.M. und Wise, D.A. (1999), Individual Financing Decisions in Retirement Saving Plans and the Provision of Resources for Retirement, NBER Working Paper No. 5762.

Poterba, J.M., Venti, S.F. und Wise, D.A. (1995), The Effects of Special Saving Programs on Saving and Wealth, NBER Working Paper No. 5287.

Rürup, B. (1999), Langlebigkeit: Chancen und sozioökonomische Herausforderungen, Vortrag beim Allianz Leben Symposium, IV. European Congress of Gerontology, 7.-11.7.1999 in Berlin.

Rürup, B. (2000), The Future of the German Pension System: Stabilization of Contributions by a Mandatory Savings Plan, Paper presented at the NBER-Kiel Institute Conference „Coping with the Pension Crisis – Where does Europe stand?“, 20./21. März 2000 in Berlin.

Samwick, A.A. (1998), Tax Reform and Target Savings, NBER Working Paper No. 6640.

Schnabel, R., Raffelhüsch, B. und Miegel, M. (1998), Renditen der gesetzlichen Rentenversicherung im Vergleich zu alternativen Anlageformen, hrsg. v. Deutsches Institut für Altersvorsorge.

Sinn, H.W. (2000), Why a funded Pension System is useful and why it is not useful, NBER Working Paper No. 7592.

Thum, M. und v. Weizsäcker, J. (1999), Implizite Einkommensteuer als Messlatte für die aktuellen Rentenreformvorschläge, Center for Economic Studies, Working Paper No. 64.

Tomes, N. (1981), The Family, Inheritance, and the Intergenerational Transmission of Inequality, *Journal of Political Economy*, 89, S. 928-958.

Venti, S.F. und Wise, D.A. (2000), Choice, Chance and Wealth Dispersion at Retirement, NBER Working Paper No. 7521.

Weinrobe, M. (1985), HELP comes to Buffalo: A Review and Analysis of the Initial Equity Conversion Experience, *Housing Finance Review*, 4, S. 537-548.

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft (1998), *Grundlegende Reform der gesetzlichen Rentenversicherung*, Bonn.

Wohnungspolitik auf dem Prüfstand (1995), *Expertenkommission Wohnungspolitik*, Tübingen.

Zimmermann, D.J. und Solon, G. (1992), Regression toward Mediocrity in Economic Stature, *American Economic Review*, 82, S. 409-429.


# Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

## Abbildungsverzeichnis

- Abb. 1: Kumulierte Abgabensätze der Sozialversicherungen seit 1958 als Prozentsatz der Bruttolöhne (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil)
- Abb. 2: Steuer- und Abgabenbelastung von 1958 bis 2008 (ohne Arbeitgeberanteil)
- Abb. 3: Aggregierte Sparquote in Westdeutschland 1960-1999
- Abb. 4: Geburtenüberschuss und schematische Sparquote in Humankapital 1960-99
- Abb. 5: Gesamtsparquote einschließlich Humankapital 1960-99
- Abb. 6: Aggregierte Sparquoten im Altersquerschnitt 1978-98
- Abb. 7: Modellrechnungen zur aggregierten Sparquote
- Abb. 8: Absolute Armut im Altersquerschnitt 1978 und 93
- Abb. 9: Ausgaben für Bildung, Unterhaltung und Freizeit im Alterslängsschnitt ausgewählter Geburtskohorten 1978-93
- Abb. 10: Ersatzquoten des Erwerbseinkommens 1934-39 geborener Haushaltsvorstände (Angestellte und Arbeiter)
- Abb. 11: Mittelwert der Wohnkostenbelastung von Mietern und Selbstnutzern im Altersquerschnitt 1993
- Abb. 12: Struktur der Konsumausgaben im Alterslängsschnitt
- Abb. 13: Struktur des realen Nettoerwerbseinkommens des Haushaltsvorstands und der Erwerbsbeteiligung des Lebenspartners im Alterslängsschnitt
- Abb. 14: Nettogeldvermögen im Altersquerschnitt als Vielfaches des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens 1993
- Abb. 15: Entwicklung der realen Haushaltsnettoeinkommen 1969-98 (Index 1969=100)
- Abb. 16: Normative Entwicklung des Vermögensaufbaus im Lebenszyklus
- Abb. 17: Zusammensetzung des Gesamtvermögens aus Privatem und Rentenvermögen beim Renteneintritt im Status quo der 90er Jahre
- Abb. 18: Nettogeldvermögens im Alterslängsschnitt als Vielfaches des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens 1978-93
- Abb. 19: Aggregierte Sparquote in Großbritannien, USA und Italien

### Tabellenverzeichnis

- Tab. 1: Geldvermögensbildung und Kursgewinne in Deutschland 1992-98
- Tab. 2: Empirische Ersatzquoten 1934-39 geborener Haushaltsvorstände (Angestellte und Arbeiter)
- Tab. 3: Verteilung der empirischen Ersatzquoten durch Rente und eigenes Vermögen 1934-39 geborener Haushaltsvorstände (Angestellte und Arbeiter)
- Tab. 4: Anteil der kurzfristigen Vermögensbildung am Bruttogeldvermögen im Altersquerschnitt 1993
- Tab. 5: Notwendiges Altersvorsorgevermögen am Vorabend des Ruhestands
- Tab. 6: Notwendige Aufschläge auf das notwendige Altersvorsorgevermögen zur Finanzierung einer real konstanten Privatrente
- Tab. 7: Notwendige Sparquoten zur Deckung einer 10%igen Einkommenslücke – unterschiedliche steuerliche Rahmenbedingungen
- Tab. 8: Notwendige Sparquoten aus dem Bruttoeinkommen bei unterschiedlicher Anspar- und Auszahlungsdauer
- Tab. 9: Notwendiger absoluter monatlicher Sparbetrag bei unterschiedlicher Anspar- und Auszahlungsdauer und Bruttoeinkommen 6.000 DM/Monat
- Tab. 10: Notwendiges Vermögen aller Haushalte, um eine Einkommenslücke im Ruhestand auszugleichen
- Tab. 11: Notwendiges Vermögen zur Kompensation einer 10%igen Einkommenslücke im Ruhestand im Jahr 1993
- Tab. 12: 3 Beispiele zu Versorgungslücken
- Tab. 13: Indirekte staatliche Sparförderung in Deutschland
- Tab. 14: Direkte staatliche Sparförderung in Deutschland
- Tab. 15: Ausmaß von Zinseszinsseffekten
- Tab. 16: Aktuelle Reformvorschläge der Parteien
- Tab. 17: Auswirkung unterschiedlicher Steuersysteme auf die Vermögensbildung

- 
- Tab. 18: Entwicklung der Abhängigkeitsquotienten im internationalen Vergleich
- Tab. 19: Entwicklung der verbleibenden Lebenserwartung mit 60 Jahren im internationalen Vergleich
- Tab. 20: Arbeitslosenquote und Erwerbsquote bei Männern und Frauen im Alter von 55 bis 64 Jahren im internationalen Vergleich
- Tab. 21: Geschätzt Alters- und Zeitpunkteffekte auf die Wachstumsrate der Bruttoerwerbseinkommen



### **Impulse für die Zukunft geben**

Altersvorsorge ist ein zentrales Thema der Gesellschaft. Es wird in Zukunft noch stärker an Bedeutung gewinnen. Denn immer mehr Rentner müssen von immer weniger Beitragszahlern in der gesetzlichen Rentenversicherung angemessen versorgt werden. Das wird zu Einbußen im Lebensstandard führen, wenn die private und betriebliche Altersvorsorge nicht verstärkt wird.

### **Analysieren, informieren, diskutieren**

Das Deutsche Institut für Altersvorsorge will hier konstruktive Beiträge leisten durch

- Studien und Projekte sowie
- klare, verständliche und fundierte Informationen.

Der wissenschaftliche Schwerpunkt liegt in der Beobachtung, Analyse und Fortentwicklung staatlicher und privater Systeme zur finanziellen Altersvorsorge sowie Erforschung der Einstellung der Bevölkerung zur Altersvorsorge. Die Ergebnisse werden auf Symposien mit Experten diskutiert und publiziert. Ziel des Instituts ist es also, Chancen und Risiken der Altersvorsorge bewusst zu machen und die private Initiative zu fördern.

### **Im Verbund der Deutsche Bank-Gruppe**

Kooperationspartner des Instituts sind die Deutsche Bank AG, Deutsche Bank 24 AG, Deutsche Bank Bauspar-AG, DWS Investment GmbH und Deutscher Herold Lebensversicherungs-AG der Deutschen Bank.

### **Neutral und unabhängig**

Das Institut bewahrt seine Neutralität gegenüber allen; es wird zwar von der Deutschen Bank-Gruppe unterstützt, ist jedoch in seiner Arbeit unabhängig von ihren Marketing- und Verkaufsaktivitäten.

### **Berater des Instituts**

Prof. Dr. Meinhard Miegel, Bonn  
(Wissenschaft und Forschung)  
Dipl.-Kfm. Bernd Katzenstein, Köln  
(Publizistik)

### **Ansprechpartner**

Bernd Katzenstein  
(Sprecher des Instituts)  
Hans-Christian Leicher, Klaus Gläser, Köln  
(Geschäftsführer)

### **Deutsches Institut für Altersvorsorge GmbH**

Hohenstaufenring 29-37  
50674 Köln  
Telefon: (0221) 92394-0  
Telefax: (0221) 92394-9  
[www.dia-vorsorge.de](http://www.dia-vorsorge.de)  
E-Mail: [dia@cologne.net](mailto:dia@cologne.net)

### **Bisher erschienen:**

- Renditen der gesetzlichen Rentenversicherung im Vergleich zu alternativen Anlageformen, 1998
  - Reformvorschläge zur gesetzlichen Alterssicherung in Deutschland, 1999 (vergriffen)
  - Die Deutschen und ihr Geld, 1999
  - Die Versorgungssillusion, Rentenwunsch und Rentenwirklichkeit, 1999
  - Reform Erfahrungen im Ausland, 1999
  - Altersvorsorge und Frauen (Repr. Befragung), 1999
  - Mehrländerumfrage: Rentenversicherung und Reformbereitschaft (Umfrage), April 2000
  - Gesetzliche Rentenversicherung im Anpassungsdruck (Studie), Mai 2000
- Diese Studien können kostenlos per E-Mail oder Fax bestellt werden.